Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Zentrum für Europäische Kultur- und Geschichtswissenschaften
Historisches Seminar
Wintersemester 2024/2025

**Pflichtverteidiger „für besonders vertrauliche Fälle“ am
Volksgerichtshof**

Eine vergleichende Untersuchung von fünf Strafverteidigern und ihrer
Auswahl und Tätigkeit in der Zeit des Nationalsozialismus

Abschlussarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades des

Master of Arts

vorgelegt von

Simon Kleinhanß

Bearbeitungszeitraum: 4. Juli 2024 – 20. Dezember 2024
Erstgutachter: Prof. Dr. Frank Engehausen
Zweitgutachterin: Prof. Dr. Katja Patzel-Mattern

Simon Kleinhanß
Matrikelnummer: 4074007
Studiengang: M.A. Geschichte
6. Fachsemester

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Erkenntnisinteresse und Fragestellungen	1
1.2. Rechtsanwälte und Strafverteidiger – Forschungsstand und Quellenlage	3
1.3. Die Perspektive der NS-Täterforschung	7
2. Fünf Pflichtverteidiger des Volksgerichtshofs	9
2.1. Auswahl und biografischer Überblick der untersuchten Rechtsanwälte	9
2.2. Herkunft, Studienzeit, Kriegsteilnahme und politischer Aktivismus vor 1923	14
2.3. Politische Aktivität in Partei- und Standesorganisationen	21
2.4. Rechtsanwaltliche Tätigkeit in der NS-Zeit	34
2.4.1. Spezialisierung, Notariat, wirtschaftliche Situation und Honorare	34
2.4.2. Verteidigungstätigkeit	40
2.5. Entnazifizierungsverfahren und Tätigkeit nach 1945	52
2.6. Strafverteidiger zwischen Ideologie, „Dienst am Recht“ und Opportunismus	60
3. Rechtsanwaltslisten – Zu Hintergrund und Entstehung der „Liste B“	62
4. Fazit	68
5. Abkürzungs-, Quellen- und Literaturverzeichnis	71
5.1. Abkürzungsverzeichnis	71
5.2. Quellenverzeichnis	72
5.2.1. Ungedruckte Quellen	72
5.2.2. Gedruckte Quellen	75
5.3. Literaturverzeichnis	76

1. Einleitung¹

Das Strafrecht ist seit der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols das weitreichendste Sanktionsmittel eines Landes gegenüber seinen Bürger:innen². Dementsprechend ist die Verteidigung eines oder einer Angeklagten vor Gericht die zentrale Abwehr- und Schutzmöglichkeit des Individuums vor dem Staat. Im Rahmen der juristischen Auseinandersetzung wird diese, für eine rechtmäßige Judikative zentrale Schutzrolle von Rechtsanwält:innen, im Strafverfahren die Strafverteidiger:innen, wahrgenommen. Die Funktionen, Stellung und Aufgaben der Rechtsanwaltschaft wandelten sich im Laufe der Zeit maßgeblich und stehen eng im Zusammenhang mit der Herrschaftsform eines Staates. Daher ist nicht nur deren Historisierbarkeit evident, sondern zugleich der Blick auf die Rechtsanwaltschaft während und infolge politischer Veränderungen oder Ausnahmesituationen von besonderem Interesse.³ Deswegen wird in der folgenden Arbeit eine ausgewählte Gruppe von Strafverteidigern untersucht, welche zur Zeit des Nationalsozialismus (NS) als Pflichtverteidiger am Volksgerichtshof verzeichnet waren.

1.1 Erkenntnisinteresse und Fragestellungen

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist eine Auflistung von Berliner Rechtsanwälten, die als Officialverteidiger am Volksgerichtshof (VGH) tätig waren. Der VGH wurde 1934 als Sondergericht geschaffen und war für Hoch- und Landesverratsachen zuständig. 1936 wurde er ordentliches Gericht und seine Zuständigkeit später immer weiter ausgedehnt. Die Auflistung wurde mit Schreiben vom 6. März 1944 von einem Landgerichtsdirektor am VGH an den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Berlin gesandt und erfolgte in Erwiderung eines nicht erhaltenen Schreibens von dort vom 2. März.⁴ Weitere Informationen zu Hintergrund, Anlass oder Grundlage, auf der die Liste zusammengestellt wurde, sind der Akte nicht zu entnehmen. Das Dokument enthält in einer „Liste A“ 89 Namen und Anschriften von Rechtsanwälten, von denen die meisten maschinenschriftlich, wenige handschriftlich eingetragen wurden. Außerdem nahmen verschiedene Personen zahlreiche spätere handschriftliche Ergänzungen und Änderungen vor, die sich vor allem auf die Adressen, aber auch auf das Versterben der betroffenen Anwälte bezogen.

¹ Die Archivrecherchen, ohne die diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre, wurden finanziell unterstützt durch den Verein „Forum Anwalts-geschichte e. V.“, dem ich daher – namentlich Herrn Jürgen Taschke sowie Herrn Georg Prick – herzlich danken möchte. Außerdem danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedenen Archive, welche mir bei meinen Recherchen und auf meine Anfragen geholfen haben.

² In der vorliegenden Arbeit wird im Rahmen allgemeiner Ausführungen zur Repräsentation aller Geschlechter mit Doppelpunkt gegendert, sofern die angesprochene Gruppe nicht nur aus Männern bestand. Für die Darstellung der Anwaltschaft in Weimarer Republik und Nationalsozialismus wird stets die männliche Form verwendet, da Frauen erst seit 1922 und nur bis 1935 zur Rechtsanwaltschaft zugelassen wurden und es daher nur wenige Rechtsanwältinnen gab. Am Volksgerichtshof ist keine Verteidigung einer Rechtsanwältin bekannt, auch die Untersuchungsgruppe besteht ausschließlich aus Männern, weswegen hier auf das Gendern verzichtet wird.

³ Vgl. BRUHN, Hans-Henning: Die Rechtsanwaltschaft in der DDR. Stellung und Aufgaben, Köln 1972, S. 9.

⁴ Hier und im Folgenden: LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 73, Berliner Rechtsanwälte als Officialverteidiger für den Volksgerichtshof, darin u. a.: Schreiben von LG-Direktor Stier an den Präsidenten der RAK Berlin, 6.3.1944.

An diese Liste angefügt ist eine weitere sogenannte „Liste B“, welche Verteidiger enthält „für Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof in Fällen, in denen besondere politische Zuverlässigkeit des Verteidigers erforderlich ist.“ Diese Liste ist wiederum unterteilt in zwei Unterlisten mit jeweils fünf Namen von Anwälten: Bei den ersten fünf handelt es sich um „Rechtsanwälte, welche sich nur für diese Sonderfälle zur Übernahme von Verteidigungen bereit erklärt haben, denen im übrigen die Übertragung von Officialverteidigungen vor dem Volksgerichtshof nicht erwünscht ist“ und die deswegen „auf der allgemeinen Liste A nicht verzeichnet“ sind. Die zweite Hälfte umfasst Strafverteidiger, die auf der „Liste A“ bereits erscheinen und „für besonders vertrauliche Fälle [...] in Betracht [kommen]“. Weitere Informationen, was genau solche „besonders vertrauliche Fälle“ ausmacht, sind nicht enthalten.

Dieses Zeugnis der Verwaltungspraxis aus der NS-Zeit wirft eine Reihe von Fragen auf, die in dieser Untersuchung soweit möglich beantwortet werden: Von wem wurde die Rechtsanwaltsliste zu welchem Zweck erstellt? Wann und weshalb sind die händischen Ein- und Nachtragungen erfolgt? Welche Relevanz hatte die „Liste B“ für die Verteidigungspraxis am Volksgerichtshof und die Auswahl der Pflichtverteidiger? Und vor allem: Welche Anwälte wurden aus welchen Gründen auf dieser „Liste B“ verzeichnet, was qualifizierte sie hierfür besonders? Zur Beantwortung dieser Fragestellungen werden eingangs zugrundeliegende inhaltliche und methodische Überlegungen vorgestellt. Daher ist zunächst auf den Forschungsstand und die Quellenlage zu Strafverteidigern und Anwälten in der Zeit des Nationalsozialismus einzugehen. Methodisch ist es ein Anliegen in der Analyse zu untersuchen, ob und inwieweit die erkenntnisleitenden Ansätze der Täterforschung auf die Anwaltsgeschichte anwendbar sind und zu neuen Einsichten führen können. Hierfür wird deren Perspektive eingenommen, weshalb die zentralen Blickwinkel dargestellt und ihre Anwendung im Rahmen dieser Untersuchung erläutert werden. Gerade aufgrund dieser Sicht versteht sich die Arbeit als Auslotung einer – für das mit großen Desideraten versehene Forschungsfeld – neuen Methodik auf ihre Grenzen und Möglichkeiten. Anschließend erfolgt die vergleichende Untersuchung der Biografien der ausgewählten Rechtsanwälte. Hierbei wird auf Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede in der Gruppe eingegangen, um herauszuarbeiten, durch welche Faktoren sie zusammen in die untersuchte Auflistung aufgenommen wurden. Auch die vorhandenen Erkenntnisse über ihre anwaltliche Tätigkeit werden berücksichtigt, um zu erklären, welche Bedeutung die Liste in der Praxis der Strafverteidigung hatte. Dafür ist zudem auf die Funktion und Bedeutung von Rechtsanwaltslisten während des Nationalsozialismus im Allgemeinen und die mutmaßlichen Entstehungskontexte und Hintergründe der „Liste B“ näher einzugehen. Die Diskussion möglicher Schlussfolgerungen und der Erkenntnisse für die Anwalts- sowie Täterforschung beschließt die Arbeit.

1.2 Rechtsanwälte und Strafverteidiger – Forschungsstand und Quellenlage

Die Rechtsanwaltschaft und Strafverteidiger:innen vor Gericht sind weder im Allgemeinen noch in der Forschung zur Justiz im Nationalsozialismus ein zentraler Gegenstand der Rechtsgeschichte. Meist wurden und werden nur die Juristen untersucht, welche zur Etablierung und Systemerhaltung der NS-Herrschaft als unmittelbare staatliche Akteure beitrugen, das heißt Richter, Staatsanwälte und Verwaltungsjuristen. Gerade letztere sind in den Blick der Täterforschung gelangt.⁵ Die Rolle der Rechtsanwälte im „Dritten Reich“ findet zumeist kaum Erwähnung, ihr Einfluss auf die Rechtsprechung wurde lange weitgehend ignoriert.⁶ In der Forschung zum Volksgerichtshof ist das gleichermaßen der Fall. Untersuchungen seiner Rechtsprechung fokussieren die Richter und/oder die Angeklagten, die Verteidiger kommen – wenn überhaupt – nur randständig vor.⁷

Einerseits liegt das am Interesse, das bisherige Studien zum Volksgerichtshof hatten: Entweder wurde die Täterseite betrachtet, das heißt die Richter und Staatsanwälte, die an der Verurteilung zahlreicher Angeklagter beteiligt waren, um ihre Verstrickung in die NS-Justiz und damit ihre vermeintliche oder tatsächliche (Un-)Schuld aufzuzeigen. Dies geschah in den Nachkriegsjahrzehnten auch infolge der juristischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus.⁸ Oder es wurden die Opfer dieses Rechtssystems, die Angeklagten und Verurteilten untersucht, auch im Interesse einer Erinnerungskultur, die das durch das NS-Regime verursachte Leid präsent hält. Entsprechend ist die Literatur immer wieder inhaltlich oder in Registern nach Berufs- und ehrenamtlichen Richtern, Anklagevertretern oder Angeklagten strukturiert, die Verteidiger erscheinen selten.⁹ Diese vermeintlich zwischen den Kategorien von „Täter:innen“ und „Opfern“ stehende

⁵ Vgl. MORISSE, Heiko: Rechtsanwälte im Nationalsozialismus. Zur Funktion der Ehrengerichtbarkeit, dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg, Hamburg 1995, S. 11. In den Führungsschichten von Geheimer Staatspolizei, SD und SS, deren Verbrechen in der klassischen Täterforschung einen Forschungsschwerpunkt darstellen, gab es einen hohen Anteil von Juristen; vgl. PAUL, Gerhard: Von Psychopathen, Technokraten des Terrors und „ganz gewöhnlichen“ Deutschen. Die Täter der Shoah im Spiegel der Forschung, in: Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, hrsg. v. Gerhard PAUL, Göttingen 2002, S. 13–90, hier S. 23, 45 und KRAMER, Helgard: Einleitung, in: NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive, hrsg. v. Helgard KRAMER, München 2006, S. 9–26, hier S. 9.

⁶ Vgl. KÖNIG, Stefan: Vom Dienst am Recht. Rechtsanwälte als Strafverteidiger im Nationalsozialismus, Berlin 1987, S. 1 und KÖNIGSEDER, Angelika: Recht und nationalsozialistische Herrschaft. Berliner Anwälte 1933–1945, Bonn 2001, S. 162. Beispielhaft kann STAFF, Ilse: Justiz im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Frankfurt am Main/Hamburg 1964 genannt werden: Nur 14 der etwa 260 Seiten behandeln die „Anwaltschaft im Dritten Reich“.

⁷ Das ist bereits bei der bis heute grundlegenden ersten Monografie über den VGH von 1974 der Fall: WAGNER, Walter: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat. Mit einem Forschungsbericht für die Jahre 1974 bis 2010 von Jürgen Zarusky, München 2011. Strukturiert ist diese Arbeit nach vor dem VGH verhandelten Tatkomplexen, ein gesonderter Blick auf die Verteidigung erfolgt nicht. Vgl. ZARUSKY, Jürgen: Walter Wagners Volksgerichtshofstudie von 1974 im Kontext der Forschungsentwicklung, in: WAGNER, Walter: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat. Mit einem Forschungsbericht für die Jahre 1974 bis 2010 von Jürgen Zarusky, München 2011, S. 993–1023, hier S. 996, 1006.

⁸ Ein Hinweis hierfür ist ein 1963 im Bundesarchiv erstelltes „Verzeichnis der an den Urteilen des vorliegenden Bestandes beteiligten Richter, Beisitzer und Anklagevertreter mit Angabe der jeweiligen Urteilsnummern“, BArch, R 3016/906.

⁹ So z. B. bei KOCH, Hannsjoachim: Volksgerichtshof. Politische Justiz im 3. Reich, München 1988, S. 523–535; im „Erschlieungsband zur Mikrofiche-Edition. Widerstand und Verfolgung in Österreich 1938 bis 1945“, hrsg.

Gruppe wurde oft als für den Verfahrensablauf nicht relevant betrachtet und ihre Handlungsspielräume marginalisiert, sodass eine Untersuchung dieser „Statisten“ oder „Marionetten“ wenig Anreiz zu bieten schien.¹⁰ Die Forschung folgte bei dieser Nichtbetrachtung als „Akteure“ durchaus den Selbstaussagen der Betroffenen, welche sich in ihren Entnazifizierungsverfahren nicht selten damit zu entschuldigen suchten, dass die Verantwortung der Unrechtsurteile des VGH auf die Richter und Senatspräsidenten, insbesondere den verstorbenen Roland Freisler, oder das Reichsjustizministerium (RMJ) geschoben wurde. Da von dieser Seite die Urteile bereits im Vorfeld festgestanden hätten, sei die vorgeworfene oder tatsächliche Untätigkeit des Verteidigers in der Nachkriegszeit nicht als schuldhaftes Verhalten zu sühnen, weil ihm ein Eingreifen gar nicht möglich gewesen wäre. In vielen Fällen wird dies noch dadurch unterstrichen, dass sich die Anwälte selbst als Opfer dieses Unrechtswesens darstellten, die unter den Verzerrungen der Rechtsstaatlichkeit persönlich gelitten hätten.¹¹

Andererseits ist dieser Befund zur Forschungslage auch mit der diffusen und schwierigen Quellsituation zu Rechtsanwälten und Verteidigern zu erklären. Die Akten des Volksgerichtshofs und der Anwaltskammern, hier besonders der Reichsrechtsanwaltskammer (RRAK) sowie der Rechtsanwaltskammer (RAK) Berlin, sind infolge kriegsbedingter Verluste nur fragmentarisch erhalten. Zur Tätigkeit der Verteidiger vor Gericht, über die etwa die Plädoyers oder im Verfahren gestellte Anträge Aufschluss geben könnten, ist angesichts der schlechten Überlieferungslage von Verfahrensakten des Volksgerichtshofs wenig aussagbar.¹² Möglicherweise sowieso aufschlussreicher bezüglich des Einsatzes für ihre Mandant:innen könnten zudem die Handakten der Rechtsanwälte sein. Die Rechtsanwälte konnten in außergerichtlichen Besprechun-

v. Wolfgang FORM, Wolfgang NEUGEBAUER u. Theo SCHILLER, München 2005, S. 465–500; vgl. auch MARXEN, Klaus/SCHLÜTER, Holger: Terror und „Normalität“: Urteile des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs 1934–1945. Eine Dokumentation, Recklinghausen 2004; MÜHLEN, Bengt VON ZUR (Hrsg.): Die Angeklagten des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof, Berlin-Kleinmachnow 2001 und BUCHHEIT, Gert: Richter in roter Robe. Freisler. Präsident des Volksgerichtshofes, München 1968.

¹⁰ RAMM, Arnim: Der 20. Juli vor dem Volksgerichtshof, Berlin 2007, S. 123; WAGNER 2011, S. 678 oder KÖNIGSEDER 2001, S. 162.

¹¹ Vgl. PAUL 2002, S. 18 und WELZER, Harald: Wer waren die Täter? Anmerkungen zur Täterforschung aus sozialpsychologischer Sicht, in: Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, hrsg. v. Gerhard PAUL, Göttingen 2002, S. 237–253, hier S. 251 Anm. 22. Zugleich wird jedes begleitete Verfahren, das in einem Freispruch oder einem verhältnismäßig milden Urteil endete, dem eigenen (überdurchschnittlichen) erfolgreichen Einsatz für den/die Mandant:in zugeschrieben, eine eigene Handlungsmacht und Einflussmöglichkeit also durchaus zugestanden.

¹² Vgl. KÖNIG 1987, S. 1f., KOCH 1988, S. 11 und RAMM 2007, S. 216 sowie SCHÄFER, Frank: Geschichte der Bundesrechtsanwaltskammer in der Bonner Republik, in: Festschrift 60 Jahre Bundesrechtsanwaltskammer 1959–2019, hrsg. v. Reinhard GAIER, Köln 2019, S. 1–62, hier S. 6. Das Gebäude der RRAK, in welchem auch die RAK Berlin untergebracht war, wurde bei einem Luftangriff am 22.11.1943 nahezu vollständig zerstört, das Gebäude des VGH am 3.2.1945. Dabei verbrannten wesentliche Teile der Unterlagen. Nach DÖRRENBÄCHER und OEHLER sind aber selbst bei einer vollständigen Auswertung von Verfahrensakten nur wenige Aussagen über die Qualität der Verteidigung beziehungsweise das Engagement der Rechtsanwälte möglich, „da sie in den Akten nur bruchstückhaft Niederschlag fanden“; OEHLER, Christiane: Die Rechtsprechung des Sondergerichts Mannheim 1933–1945, Berlin 1997, S. 202. Vgl. DÖRRENBÄCHER, Simon: NS-Strafjustiz an der Saar. Nationalsozialistisches Strafrecht in der Rechtsprechung des Sondergerichts Saarbrücken 1939 bis 1945, Berlin 2023, S. 337.

gen, Schreiben, Anträgen und durch eigene Ermittlungen tätig werden. Da es sich bei ihnen allerdings nicht um staatliche Akteure handelte, sind ihre Privatunterlagen in öffentlichen Archiven kaum aufzufinden und dürften in den meisten Fällen spätestens nach Schließung der Kanzleien vernichtet worden sein. Im Fall von Verteidigungen in Hoch- und Landesverratsachen vor dem Volksgerichtshof dürften aber auch zuvor kaum Unterlagen bei den Anwälten verblieben sein. Sie durften nach entsprechenden Merkblättern keine Abschriften der Anklageschrift vornehmen und mussten dieselbe nach Ende der Hauptverhandlung zurückgeben und eigene Mitschriften und Aktennotizen spätestens drei Monate nach dem Prozess vernichten.¹³

Mangels Quellen der RRAK und des VGH ist ein systematischer Zugriff auf die Rechtsanwälte und Pflichtverteidiger des Volksgerichtshofs durch die Forschung nur anhand individueller, personenbezogener Unterlagen möglich. Dazu zählen die Personalakten beispielsweise des Kammergerichts Berlin (KG)¹⁴ oder des Reichsjustizministeriums. Weiterhin aufgrund ihres Umfangs und der Fremd- und Eigenaussagen über das Agieren vor Gericht von großer Bedeutung sind Entnazifizierungs- beziehungsweise Spruchkammerakten und gegebenenfalls spätere Ermittlungsunterlagen, wenn die Anwälte aufgrund ihrer früheren Tätigkeit juristisch verfolgt wurden. Hier sind auch Vernehmungen und Aussagen von Rechtsanwälten im Rahmen der Nürnberger Prozesse zu nennen, die unter anderem das Handeln der Justiz und des Volksgerichtshofs in den Blick nahmen. Aus der NS-Zeit können personenbezogene Unterlagen der NSDAP sowie weiterer Organisationen und Gliederungen wie etwa der Wehrmacht, der SA oder der SS vorhanden sein, insoweit die Personen diesen angehörten. Zuletzt ist die Suche nach Informationen über einzelne Personen anhand diverser namentlicher Nennungen in Unterlagen verstreuter Provenienzen möglich und notwendig. Die Diversität der verschiedenen Quellenformen und -bestände sowie der damit verbundene hohe Aufwand erschweren die Erforschung der Rechtsanwaltschaft sowie ihrer Mitglieder im Allgemeinen, wie auch der Verteidiger des Volksgerichtshofs im Speziellen. Die dargelegte Quellenlage ist neben dem systematischen Verschwinden als „Statistik“ zwischen Täter:innen und Opfern ein Grund für ihre bisher ausgebliebene systematische Untersuchung.¹⁵

Nichtsdestotrotz gibt es Bemühungen um die Erforschung der Rechtsanwaltschaft, der Strafverteidiger im Nationalsozialismus oder der Berliner Anwälte. Maßgeblich sind die Werke von OSTLER, KÖNIG und KÖNIGSEDER. Fritz OSTLERS¹⁶ Werk umfasst einen deutlich breiteren Zeitraum und geht bezüglich der Zeit des NS-Regimes vor allem auf strukturelle Fragen des An-

¹³ BArch, R 3001/21079, darin: Merkblatt für Verteidiger, 12.10.1936; BArch, R 3001/32035, darin: Merkblatt für Verteidiger vor dem Volksgerichtshof, 24.5.1938. Vgl. RAMM 2007, S. 121f.

¹⁴ Das Kammergericht erfüllte und erfüllt als höchstes Gericht Berlins die Funktionen eines Oberlandesgerichts.

¹⁵ Vgl. ZARUSKY 2011, S. 1018.

¹⁶ OSTLER, Fritz: Die deutschen Rechtsanwälte 1871–1971, Essen 1971, insb. S. 229–304.

waltsrechts und Änderungen der Rechtsanwaltschaft als Stand ein, wie beispielsweise die Reichsrechtsanwaltskammer oder die Reichsrechtsanwaltsordnung. Mit dem Fokus auf die Standesorganisationen und strukturelle Fragen thematisiert er beispielsweise deren Gleichschaltung oder die Abschaffung der freien Advokatur. Auf den Volksgerichtshof oder (einzelne) Strafverteidiger geht er nicht ein. Stefan KÖNIG verfasste das nach wie vor maßgebliche Werk zur Tätigkeit von Strafverteidigern im Nationalsozialismus. Selbst bei ihm kommen dem Volksgerichtshof und der Verteidigung vor diesem aber nur kurze Passagen zu.¹⁷ Am detailliertesten auf einzelne Personen geht Angelika KÖNIGSEDER in ihrer Studie über die Berliner Anwaltschaft im Nationalsozialismus ein. Neben einem Unterkapitel zu den Verteidigern am Volksgerichtshof, bietet sie außerdem eine – nach nicht näher definierten Kriterien getroffene – Auswahl biografischer Abrisse von Berliner Rechtsanwälten, die deren „Spannbreite“ deutlich machen sollen.¹⁸ Auch ihre Schwerpunkte liegen allerdings auf den Entwicklungen, welche die gesamte Rechtsanwaltschaft betrafen, wie etwa die Ausgrenzung und der Ausschluss der jüdischen Rechtsanwälte von ihrem Beruf. Zum Volksgerichtshof und seiner Verteidigung liegen ergänzende Studien zu speziellen Verfahrens- oder Deliktsgruppen vor.¹⁹ Insgesamt ist daher für die Forschungslage festzuhalten, dass in den meisten Fällen lediglich Einzelaussagen von oder über Anwälte herangezogen werden; eine ausreichend umfassende Betrachtung und vertiefende Studien über die Gesamtheit der Gruppe oder einzelne Biografien fehlen bisher. Die spezifische Rechtsanwaltsliste der Berliner Officialverteidiger am Volksgerichtshof wurde bislang als Quelle nur bei KÖNIG erwähnt sowie bei weiteren Autor:innen mit Verweis auf ihn, ohne dass diese weitergehende Angaben dazu machen. KÖNIG nennt die Liste bei der Beschreibung der Auswahl und Zulassung von Verteidigern kurz, indem er ausführt, dass „Officialverteidiger einer Liste entnommen [wurden], die beim VGH geführt wurde. Ihre Zusammenstellung ging auf Empfehlungen der Anwaltskammern zurück. Ein Antrag des betroffenen Rechtsanwalts war nicht erforderlich, Mitgliedschaft in der NSDAP keine Voraussetzung für die Aufnahme in die Liste.“²⁰ Im Folgenden nennt er die Unterteilung in drei Kategorien, ohne dann näher darauf einzugehen oder die Verteidiger der „Liste B“ für Verhandlungen „besondere[r] politische[r] Zuverlässigkeit“ weiter zu untersuchen. Dieses Forschungsdesiderat wird mit dieser Arbeit erstmals ausführlich erschlossen, wozu methodisch die Ansätze und Perspektive der Täterforschung herangezogen und angewendet werden.

¹⁷ KÖNIG 1987, S. 137–140, 246–250.

¹⁸ KÖNIGSEDER 2001, S. 162–185, 211–225.

¹⁹ Bspw. RAMM 2007 oder KLEIN, Horst: Der Strafverteidiger im nationalsozialistischen Staat unter besonderer Berücksichtigung seines Auftretens in Hoch- und Landesverratsprozessen, München 1996.

²⁰ KÖNIG 1987, S. 139. KÖNIG zitiert dabei die Signatur LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 72, statt Nr. 73. Auf die Unterschiede zwischen den Listen dieser beiden Signaturen wird später noch einzugehen sein. Vgl. etwa KÖNIGSEDER 2001, S. 166 und RAMM 2007, S. 123, der die Unterteilung der Liste falsch wiedergibt.

1.3 Die Perspektive der NS-Täterforschung

Die NS-Täterforschung nimmt seit den 1990er Jahren einen (gruppen- oder kollektiv-)biografischen Blickwinkel mit Fokus auf die Handlungsspielräume und das Handeln von Personen ein. Sie reagierte damit auf die zuvor erfolgte Dämonisierung oder Pathologisierung und die spätere Schuldabwehr durch Entpersonalisierung der bürokratisch verstandenen Verbrechen. Durch den Fokus auf den Akteur:innen rückte die Täterforschung deren Motive anstelle institutioneller Erklärungen in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen und nahm so eine empirische Rekonkretisierung vor. Die Forschung betont nun individuelle Täterschaft und Initiative auf Basis der Handlungsfreiheit und eigenen Entscheidungsspielräumen der untersuchten Personen, die als autonom und für ihr (Nicht-)Handeln verantwortlich betrachtet werden.²¹ Der historische Täterbegriff entspricht dabei nicht dem klarer definierten, aber sehr engen juristischen Begriff der Täterschaft. In der Geschichtswissenschaft ist der Begriff das Ergebnis einer potenziell fluiden Kategorienbildung und eine Hilfskonstruktion ohne rechtlich klar fassbare Merkmale, die genutzt wird, um „Täter:innen“ von anderen beschriebenen Gruppen abzugrenzen.²²

Praktisch bedeutet diese akteurszentrierte Perspektive auf konkrete Handlungen den Miteinbezug multipler Faktoren. Die biografische Betrachtung bietet die „größtmögliche Annäherung an die Akteure“, allerdings kann auch sie ein Leben nicht gänzlich rekonstruieren und der Blick auf weitere Umstände bleibt notwendig, um vorhandene Leerstellen soweit möglich zu ergänzen.²³ Die Annäherung hieran bezieht neben der biografischen Prägung der Täter:innen in soziokultureller, politisch-ideologischer und gegebenenfalls beruflicher Hinsicht das strukturelle, soziale und situative Umfeld mit ein. Unter der Annahme der Handlungsmöglichkeiten wird durch die Analyse dieser miteinander in Wechselwirkung stehenden Dimensionen versucht, Erklärungen für die Frage nach den Gründen und der Motivation für spezifisches Handeln zu geben. Ziel der Täterforschung ist also die Rekonstruktion objektiv gegebener Hand-

²¹ Grundlegend zur Forschungsgeschichte: PAUL 2002. Vgl. ebd., S. 41; BAJOHR, Frank: Neuere Täterforschung, in: Nationalsozialistische Täterschaften. Nachwirkungen in Gesellschaft und Familie, hrsg. v. Oliver VON WROCHEM, Berlin 2016, S. 19–31, hier S. 19 und WILDT, Michael: Blick in den Spiegel. Überlegungen zur Täterforschung, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 19/2 (2008), S. 13–37, hier S. 19.

²² Vgl. KRAMER, Helgard: Tätertypologien, in: NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive, hrsg. v. Helgard KRAMER, München 2006, S. 253–309, hier S. 254 und SCHULTE, Jan Erik/VOLLNHALS, Clemens: Einführung, in: Totalitarismus und Demokratie 7/2 (2010), S. 179–181, hier S. 180f. und WILDT 2008, S. 19f., 22. Die Grenzen zwischen diesen Gruppen können dabei allerdings fließend sein. Die klare Dichotomie von „Täter:innen“ und „Opfern“ wird daher in der Forschung als zu undifferenziert abgelehnt, da dieselbe Person in unterschiedlichen Kontexten *sowohl* Täter:in *als auch* Opfer sein kann; vgl. ROELCKE, Volker: „Täterschaft“ und Täter in der Medizin zur Zeit des Nationalsozialismus. Umriss einer Typologie unter Berücksichtigung konkreter Handlungskontexte, in: Medizintäter. Ärzte und Ärztinnen im Spiegel der NS-Täterforschung, hrsg. v. Philipp RAUH u. A., Köln 2022, S. 135–164, hier S. 158, 160. In der juristischen Aufarbeitung des NS-Unrechts nach 1945 zeigten sich die praktischen Grenzen des juristischen Täterbegriffs. In geschichtswissenschaftlichen Arbeiten wird aus diesem Grund im Regelfall nicht nach einer „Schuld“ im juristischen oder ethischen Sinn gefragt.

²³ PAUL, Gerhard/MALLMANN, Klaus-Michael: Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung, in: Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, hrsg. v. Klaus-Michael MALLMANN u. Gerhard PAUL, Darmstadt 2005, S. 1–32, hier S. 4.

lungsspielräume der Akteur:innen und die Betrachtung, ob, wie und weshalb diese genutzt oder nicht genutzt wurden.²⁴

Hierbei kann nichtsdestotrotz kein einheitlicher Erklärungsansatz konstruiert werden, sondern es ist eine Fülle verschiedener Motive und Dispositionen herauszuarbeiten, die zum entsprechenden situationsgebundenen Handeln führen. Motive können beispielsweise ideologische Überzeugung, ökonomisches Bereicherungsstreben, Gruppendruck oder (karrieristischer) Opportunismus sein. Da sich dabei mehrere Motivationen in verschiedenem Maß überlagern oder gegenseitig ergänzen können, bleiben auch in der Täterforschung eindeutige analytische Kategorisierungen der Täter:innen und die Gewichtung verschiedener handlungsleitender Determinanten schwierig. Man müsse sich, so PAUL, mit nachvollziehbaren Annäherungen begnügen.²⁵

Um diese Annäherungen an die Strafverteidiger des Volksgerichtshofs vornehmen zu können, ist zunächst notwendig, sie dezidiert als Akteure mit Handlungsspielräumen sowie als (potenzielle) „Täter“ im Tatgeschehen justiziellen NS-Unrechts zu begreifen und zu denken.²⁶ Diese Überlegung liegt auch deshalb nahe, weil der VGH als Institution bereits 1985 in einer einstimmigen politischen Feststellung des Bundestages zum „Terrorinstrument zur Durchsetzung nationalsozialistischer Willkürherrschaft“, mithin also zu einem „Täter“ im übertragenen Sinne, erklärt wurde und 1998 alle seine Entscheidungen aufgehoben wurden.²⁷ Die Ausweitung des Fokus der Täterforschung auf die Anwaltsgeschichte ist dabei nicht als Form der Vorverurteilung zu verstehen; nicht grundlos wird eine Vielzahl unterschiedlich verwendeter Begriffe genutzt, um die Nicht- oder Mitbeteiligung an einem Tatgeschehen zu beschreiben: Neben Täter:innen und Opfern gab es Kompliz:innen, Mitwisser:innen und Mitläufer:innen, Zuschauer:innen und Profiteur:innen, Helfer:innen und Oppositionelle, die in die Erforschung von Verbrechenskontexten allesamt zu integrieren sind. Täterschaft ist durch das Mitwirken all dieser Gruppen als arbeitsteiliger sozialer Akt zu verstehen.²⁸ Die zugrundeliegende Annahme dieses Verständnisses der Rechtsanwälte als Akteure ist – ungeachtet der angesprochenen gleichzeitigen Margi-

²⁴ Vgl. PAUL/MALLMANN 2005, S. 2, 4, 9; WILDT 2008, S. 22 sowie WELZER 2002, S. 241.

²⁵ PAUL 2002, S. 66. Vgl. ebd., S. 63; BAJOHR 2016, S. 24, 31 und KRAMER 2006b, S. 286.

²⁶ Bislang geschieht das nicht: Die Täterbiografien bei KRAMER, Helmut: Schreibtischtäter und ihre vergessenen Opfer. Biographien aus der NS-Zeit und die Probleme institutionalisierter Gedenkkultur, Dähre 2022 umfassen Richter, Staatsanwälte, Ministerialbeamte und Juraprofessoren, aber keine Rechtsanwälte oder Verteidiger. Gleiches gilt für MAAS, Heiko (Hrsg.): Furchtlose Juristen. Richter und Staatsanwälte gegen das NS-Unrecht, München 2017, worin keine (politisch nonkonformen) Verteidiger vorgestellt werden, da diesen prinzipiell keine Täterzuordnung zugeschrieben und ihre Hervorhebung daher nicht als notwendig erachtet wird. Nach dem in dieser Arbeit vertretenen Verständnis handelt es sich damit auch nicht um eine von BAJOHR 2016, S. 20 kritisierte inflationäre Ausweitung des Täterbegriffs, sondern um die Einnahme einer spezifischen Perspektive, die dabei die *Möglichkeit* einer Täterschaft der Strafverteidiger berücksichtigt und daraus ihr Untersuchungsinteresse generiert. Vgl. ebd., S. 30, wonach es sich bei der Täterforschung nicht um eine Methode, sondern v. a. um eine Perspektive handelt.

²⁷ DEUTSCHER BUNDESTAG, Drucksache 10/2368. Vgl. „Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege und von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte“ vom 25.8.1998.

²⁸ Vgl. KRAMER 2006a, S. 19 und PAUL/MALLMANN 2005, S. 9f.

nalisation ihrer Rolle vor Gericht als „Statisten“ – wiederholt festgestellt worden: Die Strafverteidiger im Nationalsozialismus besaßen maßgebliche Ermessensspielräume ihres Agierens, waren sich darüber bewusst und nutzten diese entsprechend.²⁹

Im Rahmen dieser Arbeit erfolgt auf dieser methodischen Grundlage die vergleichende Untersuchung der verschiedenen Biografien von ausgewählten Rechtsanwälten sowie ihrer politisch-ideologischen Prägung und ihres sozialen und strukturellen Umfelds. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Gruppe werden zudem mit Blick auf ihre anwaltliche Tätigkeit und das Handeln während des NS-Regimes herausgearbeitet. Bevor allerdings die detaillierte Analyse erfolgen kann, ist zunächst die Auswahl der verglichenen Personen zu begründen und eine zum Verständnis notwendige biografische Gesamtschau zu geben.

2. Fünf Pflichtverteidiger des Volksgerichtshofs

2.1 Auswahl und biografischer Überblick der untersuchten Rechtsanwälte

Bei den fünf untersuchten Rechtsanwälten und Strafverteidigern handelt es sich um Dr. Rudolf Behse, Justizrat Dr. Reinhard Neubert, Justizrat Werner Ranz, Dr. Arno Weimann und Dr. Wolfgang Zarnack. Sie sind der Liste „Berliner Rechtsanwälte als Offizialverteidiger für den Volksgerichtshof“ von 1944 entnommen.³⁰ Dabei sind Neubert, Ranz und Zarnack ausschließlich auf „Liste B“ aufgeführt, haben sich also nur für Sonderfälle zur Verteidigung vor dem VGH bereit erklärt, wenn eine „besondere politische Zuverlässigkeit des Verteidigers“ erforderlich war.³¹ Behse ist auf dieser „Liste B“ genannt und damit ebenfalls „für besonders vertrauliche Fälle“ heranzuziehen, jedoch zugleich auch auf „Liste A“ verzeichnet und konnte damit gleichermaßen mit anderen Pflichtverteidigungen beauftragt werden.³² Weimann ist auf „Liste B“ nicht angegeben, sondern findet sich „nur“ in der Reihe der auf „Liste A“ verzeichneten Anwälte.

Für die Auswahl der genannten Personen waren überlieferungstechnische und methodische Überlegungen ausschlaggebend. Es wurden die Rechtsanwälte identifiziert, zu denen möglichst umfangreiches und aussagekräftiges Material vorhanden ist.³³ Es wurde anschließend darauf

²⁹ Vgl. schon OSTLER 1971, S. 278f.; ebenso KÖNIG 1987, S. 3, 249; KLEIN 1996, S. 97 und RAMM 2007, S. 236.

³⁰ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 73.

³¹ Weiter sind in diesem Teil der Liste genannt: Dr. Konrad von Kries und Justizrat Dr. Wilhelm Schön.

³² Neben Behse sind sowohl auf „Liste A“ als auch auf „Liste B“ aufgeführt: Wolfgang Hercher, Justizrat Hellmuth Herold, Dr. Hans Kemritz und Dr. Alfred Treppe.

³³ Hier sind im Speziellen die Entnazifizierungsakten zu nennen, in denen zumeist sowohl be- als auch entlastendes Material über die Tätigkeit während des NS enthalten ist und die hierdurch von besonderem Interesse sind. Regelmäßig finden sich in diesen Eigenaussagen über das eigene Handeln und Begründungen oder Rechtfertigungen, welche in Personalakten nur selten enthalten sind. Für die Rechtsanwälte von Kries, Schön, Hercher, Herold, Kemritz und Treppe der „Liste B“ konnte eine Entnazifizierungs- oder Spruchkammerakte nicht ermittelt werden. Zudem ließen die weiteren identifizierten Quellen zu diesen Personen nicht vermuten, dass eine mit den vier übrigen Personen vergleichbare und ausreichende Grundlage zur Analyse der biografischen und persönlichen Hintergründe und ihres Handelns während des „Dritten Reiches“ gegeben ist.

geachtet, dass sowohl ausschließlich auf „Liste B“ als auch auf den Listen A und B verzeichnete Anwälte Teil der Untersuchungsgruppe sind. Aus der Anzahl von 84 Anwälten, welche ausschließlich auf „Liste A“ angegeben sind, wurde eine Person zum Vergleich hinzugenommen, um über die gegebenenfalls vorhandenen gruppenspezifischen Gemeinsamkeiten der Strafverteidiger der „Liste B“ aussagekräftige Befunde treffen zu können. Hier wurde Arno Wiemann ausgewählt, da zu ihm bereits Vorarbeiten bestehen und auf Aussagen über seine Person in der Literatur zurückgegriffen werden kann.

Es ist zu überlegen, ob und gegebenenfalls welche Verzerrungen durch diese Auswahl von vier Anwälten der zehn Personen umfassenden „Liste B“ in den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung entstanden sind. Mit Blick auf das Alter, das heißt die Zeit ihrer politischen und gesellschaftlichen Sozialisation, ergibt sich nur im Fall des 1869 geborenen Wolfgang Hercher ein erheblicher Unterschied. Die übrigen nicht ausgewählten Anwälte sind im Schnitt leicht älter als die Untersuchungsgruppe. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass die Ergebnisse dieser beiden Kohorten sich durch verschiedene generationelle Erfahrungen deutlich unterscheiden würden.³⁴ Zwar ist hier neben der Sozialisation im Deutschen Kaiserreich häufiger von einer aktiven Kriegsteilnahme auszugehen, jedoch sind diese durch Werner Ranz (*1893) und Reinhard Neubert (*1896) auch in der Untersuchungsgruppe abgebildet.

Neben diesem Faktor ist außerdem die Überlegung naheliegend, dass die günstigere Quellenlage nicht nur im Überlieferungszufall, sondern auch in den Positionen und Funktionen begründet liegt, welche die Rechtsanwälte im NS-Regime innehatten. Aus diesem Grund könnten sie als im Vergleich zu den übrigen Anwälten der „Liste B“ überdurchschnittlich eng verstrickt und politisch aktiv im „Dritten Reich“ erscheinen. Diese plausible Überschätzung der politischen Nähe zum Nationalsozialismus lässt sich allerdings relativieren. So war Wolfgang Hercher, der nicht Teil der engeren Untersuchungsgruppe ist, ab April 1933 stellvertretender Vorsitzender der Berliner Rechtsanwaltskammer, ab Juni 1933 bis zu seiner Auflösung Vorsitzender des Berliner Anwaltsvereins und ab 1936 stellvertretender Reichsgruppenwalter Rechtsanwälte des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes (NSRB³⁵). Im Gegenzug hierzu hatte der in die Analyse einbezogene Rudolf Behse außer seiner Mitgliedschaft im 33-köpfigen Vorstand der Rechtsanwaltskammer Berlin zwischen 1933 und 1945 keine weiteren Ämter oder Funktionen in Standesorganisationen, dem Staat oder der NSDAP und ihren Gliederungen inne.³⁶ Auch

³⁴ Die fünf untersuchten Anwälte wurden zwischen 1893 und 1902 geboren. Unter den sechs nicht detailliert ausgewerteten Rechtsanwälten finden sich neben Hercher die Geburtsjahrgänge 1882, 1888, 1890, 1895 und 1904.

³⁵ 1936 wurde der vorige Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ) umbenannt in Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund (NSRB); vgl. DÖLEMEYER, Barbara: Gleichschaltung und Anpassung der Anwaltschaft, in: Anwälte und ihre Geschichte. Zum 140. Gründungsjahr des Deutschen Anwaltvereins, hrsg. v. Deutschen Anwaltverein, Tübingen 2011, S. 265–284, hier S. 282.

³⁶ Vgl. KÖNIGSEDER 2001, S. 69, 215.

weitere formale Kriterien lassen weder eine nennenswerte Über- oder Unterrepräsentation in der ausgewählten Gruppe der vier Rechtsanwälte der „Liste B“ erkennen.³⁷ Aus diesen Gründen kann angenommen werden, dass die Teilauswahl der zehn Strafverteidiger des Volksgerichtshofs, „denen besondere politische Zuverlässigkeit“ zugeschrieben wurde, keine maßgeblich verzerrende Wirkung hat und daher unberücksichtigt bleiben kann.

Dr. Rudolf Behse³⁸ (1901–1974) wurde in Potsdam geboren, studierte in Berlin und war dort nach Absolvieren seines Referendariats ab 1928 Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht.³⁹ Im Herbst 1929 wurde er an der Universität Erlangen promoviert. Seit 1938 war er zudem in Berlin als Notar tätig. Während der Dauer des NS-Regimes war Behse zunächst Mitglied im Vorstand, später Mitglied der Rechtsanwaltskammer Berlin.⁴⁰ 1930 wurde er Mitglied der NSDAP. Nach seiner Wehrdienstzeit als Gefreiter zwischen Januar 1942 und März 1945 arbeitete Rudolf Behse nach Kriegsende zunächst als Fabrikarbeiter und Syndikus, bis er im September 1949 wieder als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht Köln zugelassen wurde, wo er sich in der Zwischenzeit niedergelassen hatte und bis zu seinem Tod lebte.

Dr. Reinhard Neubert⁴¹ (1896–1945) kam in Riga zur Welt. Am Ersten Weltkrieg nahm er zwischen 1915 und 1918 teil. Nach dem Krieg diente er 1919/20 im Garde-Kavallerie Schützenkorps. Nach Abschluss seines Studiums und dem dreijährigen Referendariat erhielt Neubert 1924 die Zulassung als Rechtsanwalt am Amts- und Landgericht Berlin. 1922 hatte er sich an der Universität Breslau promoviert. 1933 wurde er als Notar bestellt und erhielt im Jahr 1939 den Ehrentitel des Justizrats. Reinhard Neubert, der seit 1927 NSDAP-Rechtsberater des Gaus Groß-Berlin war, führte für die NSDAP, NS-Presseorgane und die SA eine Vielzahl an Prozessen. Er war seit 1929 NSDAP-Mitglied und hatte eine Vielzahl an Ämtern und Funktionen in

³⁷ Geprüft wurde auf die Verleihung des Ehrentitels Justizrat, das Vorhandensein einer Bestellung als Notar sowie einer abgeschlossenen Promotion und auf die Mitgliedschaft in der SA. Lediglich die SS-Mitgliedschaft von Ranz ist gegenüber den nicht untersuchten Anwälten, von denen keiner Mitglied der SS war, als Unterschied zu nennen.

³⁸ LA NRW, NW 0252 Nr. 31, Personalakte Rudolf Behse; LA NRW, BR-PE Nr. 10259, Personalakte Rudolf Behse.

³⁹ Die Zulassung eines Rechtsanwalts erfolgte zunächst nur in einem der drei Berliner Landgerichtsbezirke, abhängig vom Ort der Kanzlei. Im Anschluss konnten sich die Anwälte um eine Zulassung bei den beiden übrigen Landgerichten bemühen, was sie in der Regel taten und was meist wenige Wochen bis Monate nach der ersten Zulassungsverfügung bewilligt wurde. Sie konnten dann an allen Berliner Land- und Amtsgerichten tätig werden. Aus diesem Grund werden in der Arbeit die verschiedenen Zulassungsdaten nicht im Detail nachverfolgt. Im Juli 1933 wurden die drei Landgerichte zu einem Landgericht zusammengelegt; vgl. GRUCHMANN, Lothar: Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München ³2001, S. 229 und exemplarisch BLHA 4A KG Berlin – Kartei der Notare, Reinhard Neubert.

⁴⁰ Bis zur neuen Reichsrechtsanwaltsordnung (RRAO) 1936 bildeten alle Rechtsanwälte eines Oberlandesgerichtsbezirks die Rechtsanwaltskammer, die ihren Vorstand wählte. Nachdem die regionalen RAKs nach der neuen RRAO lediglich weisungsgebundene Organe der RRAK waren, wurde nur noch das zuvor als „Vorstand“ bezeichnete Gremium, nun präsidial organisiert, als RAK bezeichnet; vgl. KÖNIGSEDER 2001, S. 62, 75 und SCHÄFER 2019, S. 7 sowie DÖLEMEYER 2011, S. 272.

⁴¹ BLHA, 4A KG Pers. 9951, Personalakte Reinhard Neubert; LA Berlin, B Rep. 031-02-01 Nr. 12642/1+2, Entnazifizierungsakte Reinhard Neubert, darin u. a.: Todeserklärung für Reinhard Neubert, 12.8.1947; DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 328f.; KÖNIGSEDER 2001, S. 67.

Staat, Partei- und Standesorganisationen inne. So war er unter anderem seit 1933 Präsident der Reichsrechtsanwaltskammer und der Rechtsanwaltskammer Berlin sowie Mitglied der Akademie für Deutsches Recht und des Führerrats des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ). Im gleichen Jahr wurde er Ratsherr der Reichshauptstadt und 1936 Mitglied des Reichstags. Bis Mai 1940 war Neubert Leiter des Gaurechtsamts Berlin. Er erhielt für sein Engagement in und für die Partei das silberne Gauehrenzeichen Berlin sowie die bronzene und silberne Parteidienstauszeichnung. Reinhard Neubert, am Kriegsende schwer verwundet, verstarb im Lazarett Potsdam. Nach einer 1947 getroffenen Entscheidung des Amtsgerichts Berlin-Zehlendorf wurde sein Todestag auf den 27. April 1945 festgelegt.

Werner Ranz⁴² (1893–1970) stammte gebürtig aus Berlin. Dort sowie an der Universität Kiel studierte er von 1911 bis 1914 und absolvierte 1914 zunächst das erste juristische Staatsexamen. Zwischen 1914 und 1918 diente er im Ersten Weltkrieg als Offizier, zuletzt als Leutnant, und wurde mehrfach verwundet. 1922 schloss Ranz das Referendariat ab und wurde in Berlin als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht zugelassen. 1928 erhielt er das Notariat und 1939 wurde ihm der Titel Justizrat verliehen. Seit dem 1. Mai 1933 war Werner Ranz Mitglied der NSDAP, ohne in der Partei Ämter auszuüben. Hingegen war er als Rechtsanwalt Inhaber einer Reihe von Positionen in Standesorganisationen: Kurz nach der Machtübernahme wurde er Schriftführer und Schatzmeister und damit Mitglied im Präsidium der RRAK, ab 1934 Vorsitzender des dritten Senats des Ehrengerichtshofs (bis 1939) und Mitglied der Akademie für Deutsches Recht und 1936 Präsident der Rechtsanwaltskammer Potsdam. In die SS trat Ranz 1938 ein.⁴³ Im Zweiten Weltkrieg war er zwischen 1939 und 1945 zur Wehrmacht eingezogen und dort zuletzt Regimentskommandeur im Rang eines Oberstleutnants. Nach der deutschen Kapitulation zog er nach Hamburg und erlangte dort 1949 erneut die Zulassung als Rechtsanwalt. Auch in nicht-nationalsozialistischen Anwaltsorganisationen war Werner Ranz während seines ganzen Lebens tätig: Schon in der Zeit der Weimarer Republik war er von 1925 bis zur Auflösung 1933 Mitglied im Vorstand des Berliner Anwaltsvereins. Von 1928 an war er Vorstandsmitglied der „Hülfskasse für Deutsche Rechtsanwälte“. Ab 1946 engagierte er sich erneut für den Wiederaufbau dieser anwaltschaftlichen karitativen Einrichtung, die Anfang 1948 in der britischen Besatzungszone als „Hülfskasse deutscher Rechtsanwälte“ neugegründet wurde. Er lebte bis zu seinem Tod 1970 in Hamburg und vermachte die Hälfte seines Vermö-

⁴² StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz; BArch, R 3001/82578, Personalakte Werner Ranz; DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 369; KÖNIGSEDER 2001, S. 226f.

⁴³ In seinem Entnazifizierungsverfahren in Hamburg gab Ranz an, dass ihm der Grad des SS-Obersturmführers als Ehrendienstgrad verliehen worden sei. Seiner SS-Akte ist allerdings unter anderem die Bitte um Aufnahme in die SS sowie das aktive spätere Bemühen um die Beförderung entsprechend seines militärischen Dienstgrads zu entnehmen; siehe unten und StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz sowie BArch, R 9361-III/549162, SS-Personalakte Werner Ranz.

gens der von ihm zwei Jahre zuvor gegründeten Werner-Ranz-Stiftung für die Unterstützung der Ausbildung von Rechtsanwaltsweisen.

Dr. Arno Weimann⁴⁴ (1899–1964) wurde in Berlin geboren und noch im letzten Kriegsjahr 1917/18 als Soldat eingezogen. Von 1918 bis 1921 studierte er Rechtswissenschaft in Berlin und ließ sich 1921 an der Universität Breslau promovieren. Nach bestandem Examen arbeitete er ab 1924 als Rechtsanwalt in Berlin vor dem Amts- und Landgericht. In der Folgezeit spezialisierte er sich auf die Strafverteidigung. Im Mai 1933 trat Weimann der NSDAP bei. In der Partei oder in Anwaltsorganisationen hatte er in der Zeit des „Dritten Reichs“ keine Ämter inne. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete er zwischenzeitlich als Wirtschaftsberater, bis sein zweites eingereichtes Gesuch um Wiederezulassung zur Rechtsanwaltschaft in Berlin 1949 nach der ersten Ablehnung mangels entlastendem Spruchentscheids drei Jahre zuvor erfolgreich war. An seine Anwaltstätigkeit konnte Arno Weimann im Anschluss als bekannter Strafverteidiger mit eigener Praxis problemlos anknüpfen und agierte als solcher bis zum Ende seines Lebens.

Dr. Wolfgang Zarnack⁴⁵ (1902–1980) kam in Eberswalde im Kreis Oberbarnim, etwa 60 km nordöstlich von Berlin, zur Welt. Nach Ende des Ersten Weltkriegs trat er noch 1918 der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) bei. Zu Beginn der Weimarer Republik war er von 1919 bis 1921 Angehöriger des Freikorps Reinhard in Berlin und dabei an den Spartakuskämpfen und dem Kapp-Putsch beteiligt. Sein Studium in Berlin und Erlangen von 1921 bis 1925 schloss er mit der Promotion in Erlangen ab. 1930 erhielt er die Zulassung als Rechtsanwalt und ließ sich als solcher in Berlin nieder, 1933 erfolgte die Bestellung als Notar. Wolfgang Zarnack trat der NSDAP zweimal bei, erstmals noch während seines Studiums 1923 in Erlangen, dann nach ihrem Verbot und der Wiedergründung im Jahr 1927 erneut. Zeitgleich trat er 1927 der SA bei, der er bis 1935 angehörte. Als sogenannter „Alter Kämpfer“ war er Träger des Goldenen Parteiabzeichens.⁴⁶ Vor 1933 war Zarnack in verschiedener Form in NS-Gliederungen aktiv: Er war Rechtsberater der NSDAP und verschiedener SA-Einheiten und wurde später Abteilungsleiter in der Rechtsabteilung der NSDAP-Reichsabteilung. Von Ende 1928 bis Januar 1930 war er Vorsitzender des parteiinternen Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses im Gau Groß-Berlin. Zwischen 1930 und 1933 war er ebendort Gauobmann und 1934/35 Vorsitzender des Reichs-Ehrengerichts des BNSDJ. Er war sowohl Mitglied der Akademie für Deutsches Recht als auch seit 1933 des Vorstands der Rechtsanwaltskammer Berlin. Nach den

⁴⁴ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann; BLHA, 4A KG Pers. 10291, Personalakte Arno Weimann; KÖNIGSEDER 2001, S. 176–182.

⁴⁵ HHSStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack; LA Berlin, B Rep. 031-03-06, unb. Karton 213 (6 Bde.), Entnazifizierungsverfahren Wolfgang Zarnack; DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 540f.; DVORAK, Helge: Zarnack, Wolfgang, in: Biographisches Lexikon der Deutschen Bur-schenschaft, Band I: Politiker, Teil 6: T–Z, Heidelberg 2005, S. 406f.; KÖNIGSEDER 2001, S. 222f.

⁴⁶ Vgl. WEIß, Hermann: Alte Kämpfer, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. v. Wolfgang BENZ, Hermann GRAML u. Hermann WEIß, München 2007, S. 398f.

Röhm-Morden 1934 zog Zarnack sich parteipolitisch zurück und fokussierte sich auf die anwaltliche Tätigkeit. Noch im Oktober 1944 wurde er zum Wehrdienst eingezogen und war nach Kriegsende zunächst im Lazarett und ab Juli 1945 schließlich als Kriegsgefangener in US-Gewahrsam. Nach Überführung in ein Internierungslager kam er dort im April 1948 wieder auf freien Fuß und verlegte seinen Lebensmittelpunkt bis zu seinem Tod nach Frankfurt am Main. Nach dem Krieg bemühte sich Wolfgang Zarnack mit Nachdruck um seine Wiederzulassung als Rechtsanwalt. Nachdem ihm diese zunächst wiederholt versagt worden war, benötigte es mehrere Verhandlungen vor dem Ehrengericht der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main und dem Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte in Hessen, bis er ab 1955 dem Beruf wieder nachgehen konnte. Als Anwalt wurde er nach dem Krieg unter anderem als Pflichtverteidiger im Ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess bestellt.

2.2 Herkunft, Studienzeit, Kriegsteilnahme und politischer Aktivismus vor 1923

Betrachtet man die Herkunft der fünf Strafverteidiger geografisch sowie familiär-sozio-ökonomisch, fallen einige Gemeinsamkeiten auf. Vier der fünf Anwälte stammen gebürtig aus Berlin oder der näheren Umgebung, lediglich Neubert wurde in zum Zarenreich gehörenden Riga geboren. Da seine Familie allerdings nach Berlin übersiedelte, als er zehn Jahre alt war und er anschließend acht Jahre in Berlin das Mommsengymnasium (1906–1914) besuchte, gilt für alle fünf Strafverteidiger, dass sie die weiterführende Schule bis zum Abitur in Berlin absolvierten. Im Fall von Behse und Zarnack lässt sich sogar vermuten, dass sie sich in ihrer Schulzeit, zumindest oberflächlich, kannten. Beide besuchten das Humanistische Askanische Gymnasium Berlin ab 1908, wobei der ein Jahr ältere Behse bereits ab Ostern desselben Jahres dort Schüler gewesen ist. Entsprechend verließ er die Schule ein Jahr vor Zarnack, 1919, mit der Hochschulreife.⁴⁷

Aufgrund der Herkunft aus dem überwiegend evangelisch geprägten Preußen ist nicht gesondert zu erklären, dass alle Rechtsanwälte ursprünglich der evangelisch-lutherischen Kirche angehörten. Die Selbstbeschreibung der Religionszugehörigkeit während der NS-Zeit zeigt jedoch eine auffallende Gemeinsamkeit zwischen den Personen. Weimann gab sowohl im als auch nach dem Krieg (1943 und 1946) „evangelisch“ als seine Religion an. Jene drei Anwälte, welche nur auf der „Liste B“ als Anwälte verzeichnet waren, das heißt Neubert, Ranz und Zarnack, gaben als Konfession beziehungsweise Glaubensbekenntnis (zu verschiedenen Zeitpunk-

⁴⁷ Ranz besuchte von 1902 bis 1911 das Königliche Wilhelms-Gymnasium, in dessen Gebäude später der Volksgerichtshof untergebracht war. Weimann war von 1906 bis 1917 Schüler des Humanistischen Kaiserin-Augusta-Gymnasium. DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 328; BArch, R 55/23693, darin: Dr. jur. Reinhard Neubert; LA NRW, NW 0252 Nr. 31, Personalakte Rudolf Behse, darin: Lebenslauf, 27.1.1949; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin: Lebenslauf, o. D.; StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin: Fragebogen des Staatskommissars für die Entnazifizierung und Kategorisierung der Hansestadt Hamburg; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Lebenslauf, 15.9.1949.

ten) „gottgläubig“ an. Dieser Begriff war ab 1936 eine Identifikationsformel für aus der Kirche ausgetretene Personen, die sich zugleich nicht als konfessionslos oder ungläubig bezeichnen wollten.⁴⁸ 1939 gaben nur etwa 3,5 % der befragten Personen im Deutschen Reich „gottgläubig“ als ihre Konfession an, sodass man den Kirchenaustritt und diese Angabe als Zeichen der besonderen ideologischen Nähe zum nationalsozialistischen Regime deuten kann.⁴⁹ Im Fall Behses ist dieser Aspekt nicht eindeutig zu beantworten. Er hatte 1938 in einer Personal- und Befähigungsnachweisung noch „evangelisch“ angegeben, war dann aber vor Kriegsbeginn aus der Kirche ausgetreten – rein aus religiösen „inneren Bedenken und Konflikte[n]“, wie er in seinem Entnazifizierungsverfahren angab. Diese Darstellung wird durch die eidesstattliche Erklärung eines Pfarrers bestätigt, der es für „höchst unwahrscheinlich [hielt], dass der Kirchenaustritt Dr. Behses im Zusammenhang mit seiner Stellung zur NSDAP erfolgt ist.“⁵⁰ 1945 war Behse bei eben jenem Pfarrer wieder der evangelischen Kirche beigetreten. Ungeachtet der Gründe für diesen Schritt von Behse kann festgehalten werden, dass die vier auf „Liste B“ geführten Anwälte während der NS-Diktatur allesamt aus der Kirche austraten und sich in nachweislich drei Fällen selbst als „gottgläubig“ bezeichneten. Damit ist festzustellen, dass sie mehr Nähe zur Ideologie nachwiesen als der nur auf der „Liste A“ verzeichnete Weimann.

Nicht nur räumlich stammten die fünf Männer überwiegend aus ähnlichen Verhältnissen, sondern auch die familiäre Herkunft, insbesondere die in den Personalbögen meist aufgeführten Berufe ihrer Väter, weisen Ähnlichkeiten auf. Einzig Wolfgang Zarnacks Vater, der als promovierter Tierarzt als Veterinär in beamteter Anstellung des preußischen Staates tätig war, hatte einen eindeutig akademischen Bildungshintergrund. Die weiteren Vorfahren dieser Familien- seite waren „Bauern und Beamte“ gewesen.⁵¹ Auch Werner Ranz stammte väterlicherseits aus

⁴⁸ Vgl. NICOLAISEN, Carsten: Gottgläubig, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. v. Wolfgang BENZ, Hermann GRAML u. Hermann WEIB, München 2007, S. 541. Neubert bezeichnete sich noch 1938 als evangelisch-lutherisch, 1944 dann aber als gottgläubig. Ranz, der seinen Kirchenaustritt schon auf ca. 1928 datierte, gab 1933 noch evangelisch, 1939 und 1945 gottgläubig bei der Frage nach der Religionszugehörigkeit an. In der Nachkriegszeit war er „keiner“ Religion zugehörig. Dies hatte Zarnack 1936 angegeben, während er im Vorjahr noch „evangelisch“ gewesen sei und sich später, 1939 und im Mai 1945, als gottgläubig bezeichnete. LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann; BLHA, 4A KG Pers. 10291, Personalakte Arno Weimann; BLHA, 4A KG Pers. 9951, Personalakte Reinhard Neubert; LA Berlin, B Rep. 031-02-01 Nr. 12642/1+2, Entnazifizierungsakte Reinhard Neubert; BArch, R 3001/82578, Personalakte Werner Ranz; BArch, B 578/Kbl Berlin 176, S. 346, lfd. Nr. 573/6849/2066; StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz; BArch, R 9361-I/4042, Parteistatistische Erhebung 1939, Wolfgang Zarnack; BArch, B 578/209097, Krankenblatt Wolfgang Zarnack; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack.

⁴⁹ Vgl. JUNGINGER, Horst: Die Deutsche Glaubensbewegung und der Mythos einer „dritten Konfession“, in: Zerstrittene „Volksgemeinschaft“. Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus, hrsg. v. Manfred GAILUS u. Armin NOLZEN, Göttingen 2011, S. 180–203, hier S. 196f. Diese Ansicht gab es bereits kurz nach Kriegsende, wie die Frage „Haben Sie je offiziell oder inoffiziell Ihre Verbindung mit einer Kirche aufgelöst?“ im Fragebogen der britischen Militärregierung vom Stand 5.7.1947 zeigt; LA NRW, NW 0252 Nr. 31, Personalakte Rudolf Behse.

⁵⁰ BLHA, 4A KG Pers. 9431, Personalakte Rudolf Behse; LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin: Schreiben von Rudolf Behse an den Hauptausschuss für Entnazisierung [sic!] im Siegkreis, 23.5.1948 und Eidesstattliche Versicherung von Alfons Kreußel, 19.4.1948.

⁵¹ DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 540.

einer „Bauern- und Beamtenfamilie“, sein Vater war Eisenbahnersekretär.⁵² In ähnlichen Positionen als mittlerer bis „kleiner Beamter“⁵³ waren die Väter von Arno Weimann (Telegrafeneroberwerkmeister) und Rudolf Behse (Ermittlungsassistent beim Berliner Magistrat). Lediglich Neuberts Vater stand als Kaufmann nicht im Dienste Preußens. Alle Anwälte sind damit in (klein)bürgerlichen Familien der unteren Mittelschicht aufgewachsen, wodurch ihnen das Studium der Rechtswissenschaften mit den entsprechenden Bildungschancen und finanziellen Ressourcen möglich wurde. Ihnen gelang in der Weimarer Republik zugleich als akademisch ausgebildete, bürgerliche Elite ein sozialer Aufstieg im Vergleich zu ihren Familien.⁵⁴

Bezüglich dieser akademischen Ausbildung lassen sich für die fünf Rechtsanwälte lediglich allgemeine Informationen festhalten; nähere Kenntnisse über die Bedeutung ihres Studiums für die individuelle Entwicklung, wie sie WILDT vermuten lässt, der die Jahre an der Universität als einen der wichtigsten Erfahrungsräume bezeichnet, sind den Quellen nur sehr eingeschränkt zu entnehmen. Allgemein kann aber angenommen werden, dass das Studium völkisch-nationalistische Einstellungen und Dispositionen befördert haben dürfte.⁵⁵ Soweit dazu Informationen vorhanden sind, studierten sie alle an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität.⁵⁶ Behse und Weimann blieben ihr gesamtes Studium über in Berlin. Weimann wurde nur ein Semester nach dem universitären Abschluss und nach insgesamt weniger als drei Jahren Studiendauer im Juli 1921 in Breslau promoviert. Behse studierte zwischen Januar 1920 und Sommer 1923 und fünf Jahre nach dem bestandenen Referendarexamen konnte er in Erlangen im Oktober 1929 seine Promotion abschließen.⁵⁷ Ranz und Zarnack studierten an mehreren Hochschulorten. Im Fall von Ranz, dessen Studium von 1911 bis 1914 dauerte und der die erste juristische Staatsprüfung in Form einer Notprüfung noch vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs ablegte, kam neben Berlin noch die Christian-Albrechts-Universität Kiel als Ausbildungsort hinzu. Wie Neubert studierte er Rechts- und Staatswissenschaften. Zarnack ist, als Sohn eines Akademikers, der Einzige aus der Untersuchungsgruppe, der mit einer kaufmännischen Lehre zunächst eine Ausbil-

⁵² BArch, R 9361-III/549162, SS-Personalakte Werner Ranz, darin: Lebenslauf, 21.1.1938.

⁵³ So Behses Einordnung seines Vaters 1928; Universitätsarchiv Greifswald, Jur. Fak. 258, Rechtsanwalt Rudolf Behse.

⁵⁴ Vgl. WILDT, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002, S. 850.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 847, 850; PAUL/MALLMANN 2005, S. 8 und KRAMER 2006b, S. 262.

⁵⁶ Zu Reinhard Neubert, der zwischen 1914 und 1921 – mit Kriegsunterbrechung – neben Rechtswissenschaft auch Staatswissenschaften und Geschichte studierte, ist keine Angabe des Studienorts vorhanden. Seine 1922 erfolgte Promotion absolvierte er an der Universität in Breslau; BArch, R 55/23693, darin: Dr. jur. Reinhard Neubert.

⁵⁷ Vorausgegangen war ein mangels Gutachter nicht erfolgreicher Versuch im Vorjahr, sich zur Promotion an der Universität in Greifswald einzuschreiben. Dass zwischen Abschluss und Promotion ein deutlich längerer Zeitraum lag als bei den übrigen Juristen, erklärte er damit, dass er aufgrund von Überarbeitung während des Referendarexamens (1924) einen „Nervenzusammenbruch“ erlitten habe und daher während des Vorbereitungsdienstes nicht die Möglichkeit zur Erbringung der für die Promotion nötigen Leistungen sah. Nach bestandenen Assessorexamen und Zulassung zur Rechtsanwaltschaft 1928 holte er nach, was er „als natürlichen Abschluss der akademisch-wissenschaftlichen Ausbildung“ ansah; Universitätsarchiv Greifswald, Jur. Fak. 258, Rechtsanwalt Rudolf Behse.

derung begann. Nach eineinhalb Jahren brach er diese ab und studierte dann ein Semester Nationalökonomie, bevor er im Winter 1921 zu den Rechtswissenschaften wechselte. Im Verlauf seines Studiums war er zudem 1923/24 für ein Jahr an der Universität in Erlangen, wo er im September 1925 später auch promoviert wurde.⁵⁸

In persönlicher Hinsicht zumindest potenziell am langfristig prägendsten ist zur Studienzeit die Zugehörigkeit zu Verbindungen oder Corps zu zählen. Zarnack war 1921 der Burschenschaft Franconia Berlin beigetreten, jedoch scheint diese für sein Leben ausweislich der verfügbaren Quellen keine weitere Bedeutung gehabt zu haben. In seinem ersten Studienjahr war Behse der Berliner Burschenschaft Teutonia beigetreten, dort aber nur wenige Monate verblieben, da ihm das Verbindungsleben, das „entgegen [s]einer Erwartung [...] in der Hauptsache aus Trinken und Fechten bestand, nicht zusagte.“⁵⁹

Einzig für Ranz waren die persönlichen Verbindungen und Beziehungen seines Corps über Jahrzehnte hinweg bedeutsam. Ab dem Sommersemester 1911 war er Mitglied im Corps Normannia Berlin, dessen Ehrenmitglied eher später wurde. Während seines Studienaufenthalts in Kiel wurde er 1914 Mitglied des dortigen Corps Saxonia. Bis 1945 trat Ranz nicht weiter in Erscheinung, war sich allerdings der bestehenden Verbindungen über die Corpsmitgliedschaft bewusst und nutzte sie argumentativ durchaus. Bei der Beschreibung der persönlichen Nähe zu Horst Wessel, die er 1938 als Ausweis seiner frühen Vertrautheit mit der NS-Weltanschauung anführte, kennzeichnete er diesen als seinen „Corpsbruder“, da Wessel nach Ranz ebenfalls Mitglied der Berliner Normannia war.⁶⁰ Das studentische Lebensbundprinzip verwirklichte sich nicht nur in diesem gedanklichen Präsent-Halten, mit wem er sich als Mitglied seines Corps verbunden fühlte, sondern nach dem Zweiten Weltkrieg auch in intensivem Engagement. So betrieb Ranz die Wiedergründung des Verbandes Alter Corpsstudenten e. V., der Altherrenvereinigung der Corps des Köseiner Seniorenkonvents, den er zwischen 1952 und 1957 als Vorsitzender leitete. Auch in Anerkennung dieser Tätigkeit wurde er 1965 Ehrenmitglied des Corps Frankonia-Prag zu Saarbrücken, dem er – zu der Zeit noch in Prag situiert – 1937 beigetreten war, das heißt zu einer Zeit, als im Deutschen Reich die Studentenverbindungen bereits aufgelöst waren.⁶¹ Für Ranz schufen sein Studium und der Beitritt zu den genannten Corps lebens-

⁵⁸ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann; LA NRW, NW 0252 Nr. 31, Personalakte Rudolf Behse; BArch, R 3001/82578, Personalakte Werner Ranz; DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 369; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack.

⁵⁹ LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin: Schreiben von Rudolf Behse an den Hauptausschuss für Entnazifizierung [sic!] im Siegkreis, 23.5.1948. Vgl. DVORAK 2005, S. 406.

⁶⁰ BArch, R 9361-III/549162, SS-Personalakte Werner Ranz, darin: Schreiben von Werner Ranz an den Chef der Personalkanzlei des RFSS, 21.1.1938. Nur wenige Zeilen später bezog er sich erneut auf einen „Corpsbruder“, SS-Hauptsturmführer Professor Kreuz, durch den sein Beitrittswunsch zur SS „besonders rege geworden“ war.

⁶¹ Vgl. KOCH, Willi: In memoriam! In Dankbarkeit für Erich Bauer, Werner Ranz und Rudolf Heindl, in: Einst und Jetzt. Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung 16 (1971), S. 235–240, hier S. 236–238. Durch sein Engagement wurde unter anderem 1953 das „Handbuch des Köseiner Corpsstudenten“ über 20

lange Verbindungen. In seinem Alltag wirksam und heute nachvollziehbar wurden diese erst ab den 1950er Jahren; inwieweit die Corpsmitgliedschaft und persönliche Beziehungen für seine berufliche Tätigkeit vor und während der NS-Diktatur entscheidungsrelevant wurden, kann nicht genauer bestimmt werden.

Mit deutlich diverseren Erfahrungshorizonten ausgestattet sind die fünf Verteidiger infolge ihres verschiedenen Alters und der Zugehörigkeit zu zwei unterschiedlichen generationellen Kohorten im Hinblick auf die Teilnahme als Soldaten am Ersten Weltkrieg. Die generationelle Erfahrung der sogenannten Frontkämpfergeneration, also der Jahrgänge zwischen 1890 und 1900, teilen die beiden ältesten, Neubert und Ranz, welche 1896 beziehungsweise 1893 geboren wurden.⁶² Werner Ranz war seit Anfang August 1914 als Kriegsfreiwilliger eingezogen und wurde während seines Fronteinsatzes in Frankreich und Russland dreimal verwundet. Er war bis November 1918 im Reichsheer tätig. Auch Reinhard Neubert war ab 1915 und bis 1918 als Soldat an der West- und an der Ostfront eingesetzt. Arno Weimann, 1899 geboren, steht gewissermaßen am Übergang zwischen beiden Generationen. Er wurde im Oktober 1917 eingezogen und war im letzten Kriegsjahr ab April Frontsoldat.⁶³ Rudolf Behse und Wolfgang Zarnack, Jahrgänge 1901 und 1902, erlebten im Unterschied dazu den Krieg nur von der „Heimatfront“ aus. Sie waren zu jung, um aktiv am Kriegsgeschehen teilnehmen zu können, nahmen dieses aber zugleich in der Phase des Erwachsenwerdens und der frühen Adoleszenz bewusst im Alltag wahr und waren alt genug, dass diese eigenen Erfahrungen Einfluss auf ihre politisch-kulturelle Sozialisation nahmen und sie von den Kriegsauswirkungen geprägt wurden. Sie gehörten damit der sogenannten Kriegsjugendgeneration der zwischen 1900 und 1910 Geborenen an.⁶⁴

Wenngleich das Alter der untersuchten Anwälte also nur um etwas mehr als ein Jahrzehnt voneinander abweicht, hat diese Gruppe infolge der historischen Zäsur des Weltkriegs stark unterschiedliche Erfahrungen gemacht und war diesbezüglich divers durchmischt. Mit Blick auf die politische Tätigkeit und (militärische) Beteiligung an den Auseinandersetzungen in den frühen Jahren der Weimarer Republik scheint sich zunächst nur für Wolfgang Zarnack zu bestätigen, was über die Kriegsjugendgeneration herausgearbeitet wurde: Eine frühe politische Militanz und ideologische Radikalisierung als Reaktion auf die aufgrund ihres Alters nicht erhaltene

Jahre nach der letzten Ausgabe 1930 wieder herausgegeben und im gleichen Jahr die Deutsche Corpszeitung wieder ins Leben gerufen. In dieser publizierte er bis zwei Jahre vor seinem Tod wiederholt Artikel; RANZ, Werner/BAUER, Erich/SCHAEFER-ROLFFS, Gerd (Hrsg.): Handbuch des Kösener Corpsstudenten, 4. Ausgabe, Hamburg 1953 und RANZ, Werner: Reiseeindrücke in Südafrika, in: Deutsche Corpszeitung 69 (1968), S. 13–16.

⁶² Vgl. HERBERT, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903–1989, München ⁶2016, S. 54.

⁶³ DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 328, 369; StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz; BLHA, 4A KG Pers. 9951, Personalakte Reinhard Neubert; BArch, R 55/23693, darin: Dr. jur. Reinhard Neubert; BLHA, 4A KG Pers. 10291, Personalakte Arno Weimann, darin: Schreiben von Arno Weimann an den Präsidenten des LG III, 8.12.1924; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann.

⁶⁴ Vgl. HERBERT 2016, S. 54 und WILDT 2002, S. 848f.

Chance zur Bewährung, die sie nun gegenüber den „Alten“ zu beweisen müssen glaubten. Diese entwickelten sich unter anderem durch die politische Sozialisation in der völkischen (Studenten-)Bewegung.⁶⁵

Zarnack war seit Beginn der Weimarer Republik in der völkischen Bewegung aktiv und trat als Sechzehnjähriger im März 1919 dem paramilitärischen Freikorps Reinhard „von der Schulbank“ aus bei, dem er nach eigener Angabe bis 1921 angehörte.⁶⁶ In den bürgerkriegsähnlichen Zuständen und Auseinandersetzungen 1919 und 1920 erlebte er die sogenannten Spartakusunruhen sowie den Kapp-Putsch in Berlin und war damit selbst mitten im Geschehen der politischen Instabilität der ersten Jahre der Weimarer Republik. Er machte zudem „im Rahmen des Selbstschutzes Oberschlesien den Dritten Polenaufstand 1921 mit“ und nahm an den dortigen Kämpfen teil. Der noch keine 20 Jahre alte Wolfgang Zarnack zeigt damit eine bereits früh erfolgte Politisierung und einen weltanschaulichen Erfahrungsraum, in dem er mit völkisch-nationalistischen, militaristischen Positionen in Kontakt kam. Ausdruck seiner rechtskonservativen politischen Haltung ist auch der Beitritt zur DNVP schon im Monat ihrer Gründung, im November 1918. Zarnack ist damit im Vergleich zu den beiden Altersgenossen der Kriegsjugendgeneration, Behse und Weimann, früh überaus politisch engagiert. Für Arno Weimann lässt sich keine Form der politischen Aktivität nach dem Ersten Weltkrieg und in den 1920er Jahren ausmachen. Einer Partei gehörte er bis 1933 nicht an.⁶⁷ Über eine Parteimitgliedschaft vor seinem Beitritt zur NSDAP ist bei Rudolf Behse gleichermaßen nichts bekannt. Er war 1918 kurzzeitig im Minenwerfer-Detachement Heuschkel tätig, mutmaßlich aber nicht mehr an der Niederschlagung des sogenannten Spartakusaufstandes beteiligt. Da die Angabe über seinen Dienst in diesem Freikorps von 1938 stammt, ist davon auszugehen, dass er bei längerem Engagement und insbesondere der Beteiligung am Einsatz gegen die linken Gruppierungen dies aus Profilierungsgründen mit angegeben hätte.⁶⁸

Tatsächlich scheint damit weniger die generationelle Zugehörigkeit für die frühe politische Aktivität der späteren Strafverteidiger am Volksgerichtshof entscheidend gewesen zu sein. Größere Schnittmengen zu Zarnack weisen die beiden Frontkämpfer Neubert und Ranz auf. Ersterer war zwischen Januar 1919 und bis 1920 als Angehöriger des rechtsgerichteten Schutzregiments Groß-Berlin des Garde-Kavallerie-Schützenkorps ebenfalls an den Kämpfen der Spartakusunruhen beteiligt und nahm am Kapp-Putsch in Berlin teil. Außerdem war Neubert wie Zarnack vor seiner NSDAP-Mitgliedschaft Mitglied der DNVP gewesen, wenngleich das Eintrittsdatum

⁶⁵ Vgl. WILDT 2002, S. 848 und BAJOHR 2016, S. 24.

⁶⁶ Hier und folgend: HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Wolfgang Zarnack an den Präsidenten des LG Berlin, 4.3.1943.

⁶⁷ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Lebenslauf, 15.9.1949.

⁶⁸ BLHA, 4A KG Pers. 9431, Personalakte Rudolf Behse, darin: Personal- und Befähigungsnachweisung, 1938.

nicht bekannt und daher unklar ist, ob er dieser Partei zu einem ähnlich frühen Zeitpunkt oder erst später beitrug.⁶⁹ Ranz hatte im Unterschied dazu weder in Freikorps oder vergleichbaren Verbänden gedient, noch war er in der Weimarer Republik einer Partei beigetreten. In einer Erklärung bezüglich seines Aufnahmegesuchs zur SS gab er allerdings an, sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs politisch in der „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ im brandenburgischen Neuruppin betätigt zu haben. In dieser rechtsradikalen Organisation, auch als „Antibolschewisten-Liga“ bezeichnet, war er nach eigenen Angaben knapp zwei Jahre Kreisobmann und führte politische Agitationsarbeit durch. Seine in dieser Form erfolgte politische Tätigkeit stellte er mit dem Ende seiner Referendarzeit in Neuruppin und der Verlagerung seines Aufenthalts nach Berlin 1921 ein. Es liegt nahe, dass Ranz in diesem Schreiben seine frühe politische Aktivität gegebenenfalls stärker hervorhebt als sie es tatsächlich war. Das gilt insbesondere mit Blick auf die von ihm postulierte „eingehende Beschäftigung mit der Judenfrage“, die ihn erkennen lassen haben soll, dass „der zersetzende Einfluss des Judentums die Hauptursache für die Not des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit“ gewesen sei.⁷⁰ Zugleich liegen aber keine Hinweise darauf vor, die einer politischen Betätigung in den ersten Jahren nach Kriegsende widersprechen würden. Dass diese Angaben vollständig erfunden sind, wird daher an dieser Stelle nicht angenommen.

Der Vergleich des politischen und (para)militärischen Auftretens in den Jahren vor Gründung der NSDAP zeigt demnach, dass die drei später ausschließlich auf der „Liste B“ der VGH-Pflichtverteidiger erscheinenden Männer sich schon früh antirepublikanisch und in rechtsgerichteten Kreisen engagierten und dies darüber hinaus in einem stärkeren Umfang als es für die beiden weiteren untersuchten Anwälte der Fall war.

Die biografische Perspektive auf die frühen Lebensjahrzehnte hat ergeben, dass die „Startbedingungen“ vergleichbar gewesen sind. Mehrheitlich aus der unteren Mittelschicht des protestantisch geprägten Preußen in und um Berlin stammend erlebten die Männer durch ihre akademische Ausbildung einen sozioökonomischen Aufstieg. Ihr Studium der Rechtswissenschaften, in mindestens vier von fünf Fällen ebenfalls in Berlin, ist eine weitere Gemeinsamkeit. Von diesem Startpunkt aus zeigt sich jedoch bereits vor Gründung der NSDAP ein unterschiedlicher politischer Einsatz, der in dieser Gruppe nicht anhand der Generation gedeutet und erklärt werden kann. Bei der individuell herausgearbeiteten Aktivität zeigt sich stattdessen ein auffallendes Gefälle entsprechend den Teilgruppen der Rechtsanwaltsliste, aus denen die späteren Verteidiger ausgewählt wurden: Jene, die 1944 nur für Fälle besonderer politischer Sensibilität heran-

⁶⁹ BLHA, 4A KG Pers. 9951, Personalakte Reinhard Neubert; DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 328.

⁷⁰ BArch, R 9361-III/549162, SS-Personalakte Werner Ranz, darin: Schreiben von Werner Ranz an den Chef der Personalkanzlei des RFSS, 21.1.1938.

gezogen werden wollten, traten insgesamt früher und involvierter in Gruppierungen und Organisationen auf, welche die Weimarer Republik ablehnten. Im Folgenden wird geprüft, ob und wie sich dies analog später fortsetzte, indem die Ämter und Funktionen sowie herausragender Einsatz in anderen Formen für die NSDAP sowie in weiteren nationalsozialistischen Partei- und Standesorganisationen untersucht werden. Zu erwarten ist dabei eine ähnliche Verteilung der politischen Aktivitäten innerhalb der Anwaltsgruppe, da eine starke Korrelation zwischen einer späteren Täterschaft im Nationalsozialismus und der politischen Sozialisation in einem der verschiedenen Netzwerke völkischer Gewalt, etwa Kameradschaftsverbänden oder Freikorpsgruppen, festzustellen ist.⁷¹

2.3 Politische Aktivität in Partei- und Standesorganisationen

Durch den Blick auf die politischen, spezifisch nationalsozialistischen Aktivitäten kann erklärt werden, inwieweit eine besondere ideologische Überzeugung gegebenenfalls als entscheidender Faktor für die Bewertung der „politischen Zuverlässigkeit“ für die Pflichtverteidigerliste am VGH festzustellen ist.

Bezüglich der nationalsozialistischen parteipolitischen Betätigung sticht erneut Wolfgang Zarnack heraus, der nach 1918 am stärksten in Freikorps und parteilich eingebunden war. Er trat schon am 11. Mai 1923 im bayerischen Erlangen erstmals in die NSDAP ein, bevor die Partei im November des gleichen Jahres reichsweit verboten wurde. Nach ihrer Wiedergründung erfolgte sein erneuter Parteieintritt am 22. Oktober 1927. Aufgrund des frühen Eintrittsdatums wurde ihm 1933 automatisch das Goldene Parteiabzeichen verliehen, welches Mitgliedern mit einer Parteinummer kleiner als 100.000 zukam.⁷² Zeitgleich zum Parteieintritt trat er der SA bei. Hier war er zuletzt im Rang eines Sturmbannführers der Reserve.⁷³

Wie bereits zuvor ist Zarnack auch mit Blick auf den SA- und Parteieintritt ein typischer Vertreter der Kriegsjugendgeneration. Diese habe in der Zukunft ein „Gegenmodell zum Bestehenden, eine neue, radikal andere Ordnung“ gesehen und zu erreichen gesucht. Es sollte eine neue, bessere Welt entworfen und das Alte, Überkommene hinter sich gelassen werden.⁷⁴ Im seinem

⁷¹ Vgl. PAUL/MALLMANN 2005, S. 10f. Zugleich ist anhand der Mitgliedschaft in solchen Freikorps noch keine biografische „Weichenstellung“ zu einer späteren Täterschaft zu behaupten; vgl. KRAMER 2006a, S. 19.

⁷² BArch, R 9361-I/4042, Parteistatistische Erhebung 1939, Wolfgang Zarnack. Dieses soll er in den ersten Jahren ständig getragen haben; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Aussage von Ernst Dahlmann im Protokoll einer Vernehmung vor dem AG Berlin-Tiergarten, 22.9.1950. Die Interpretationen der Bedeutung der Mitgliedschaft in NS-Organisationen für die Einschätzung von Täterschaft gehen sehr weit auseinander. Die Mitgliedschaft kann daher nur ein Merkmal unter anderen sein und sollte weder über- noch unterbewertet werden, insbesondere der Zeitpunkt des Eintritts kann aber von Interesse sein; vgl. ROELCKE 2022, S. 154, 156, 158.

⁷³ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Stellungnahme Wolfgang Zarnack zur Klageschrift, 23.5.1948. Der Rang des Sturmbannführers war das Äquivalent zum militärischen Rang des Majors; vgl. KLEE, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 718.

⁷⁴ WILDT 2002, S. 850.

Fall zeigte sich diese weltanschauliche Determinierung in seiner Motivation und den Begründungen für den Parteiwechsel von der DNVP zur NSDAP. Er sei ihr „auf Grund selbständiger Überlegungen von der Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Neuordnung [...] als junger idealistischer Mensch beigetreten.“ An anderer Stelle spricht er von der „volle[n] Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer sozialistischen Neuordnung“, die ihn dazu bewogen habe.⁷⁵ Aus seiner idealistisch motivierten Haltung folgte Zarnacks aktive Beteiligung an der Parteiarbeit schon vor 1933. Zwischen 1927 und 1930 bot er für Partei- und SA-Genossen, die sich juristisch verantworten mussten, eine kostenlose Rechtsberatung an und war zwischen Ende 1928 und Januar 1930 Vorsitzender des parteiinternen Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (aus dem 1934 das Oberste Parteigericht wurde) für den Gau Groß-Berlin. Für die SA im Gau war er außerdem Rechtsreferendar und wurde 1930 als SA-Führer und Rechtsberater in den Stab der Obersten SA-Führung Ost berufen.⁷⁶ Er betätigte sich also nicht ausschließlich, aber schwerpunktmäßig in seinem juristischen Metier. Es ist daher nicht überraschend, dass er auch in der NS-Berufs- oder Standesorganisation aktiv wurde. Im BNSDJ war er mehrere Jahre Gauobmann des Gaus Groß-Berlin.⁷⁷

Durch all diese Tätigkeiten kam Zarnack früh mit hochrangigen Parteifunktionären in Kontakt. So war er bereits ab 1928 wiederholt im persönlichen Austausch mit Joseph Goebbels und nachweislich spätestens 1933 auch mit Hans Frank, der den BNSDJ gegründet hatte und ihn ebenso wie die Rechtsabteilung der NSDAP leitete.⁷⁸ Die Aussagen Zarnacks, dass er schon vor 1933 mit Goebbels „scharf[e] Auseinandersetzungen“ und Meinungsverschiedenheiten hatte und dass dieser ihn sogar gehasst haben solle, sind als Schutz Aussagen der Nachkriegszeit zu sehen. Das gleiche Ziel der größtmöglichen Distanzierung von Goebbels zeigte sich auch im Bericht der Ablehnung einer laut Zarnack von Goebbels angebotenen „massgebliche[n] Stelle“, für die Zarnack eine völlig freie Gehaltvorstellung zu äußern befugt gewesen sein soll.⁷⁹ 1934

⁷⁵ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Wolfgang Zarnack an Rechtsanwalt Dr. Götzel, 18.1.1950; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Stellungnahme Wolfgang Zarnack zur Klageschrift, 23.5.1948. Vgl. BAJOHR 2016, S. 24.

⁷⁶ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Stellungnahme Wolfgang Zarnack zur Klageschrift, 23.5.1948; DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 541.

⁷⁷ Die Jahresangaben in Zarnacks Aussagen hierfür variieren. Je nachdem soll er dieses Amt von 1930 bis Mitte 1933 oder schon seit 1929 oder erst ab 1931, dann aber bis ins Jahr 1934 innegehabt haben; DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 541; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Wolfgang Zarnack an die Lagerspruchkammer Augsburg-Göggingen, 26.2.1948; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin: Gesuch von Wolfgang Zarnack, 4.1.1947.

⁷⁸ GOEBBELS, Joseph: Tagebucheinträge vom 18. Juni 1928 und 9. April 1929 (IDs: TJG-0901 und TJG-1159), in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945 (Online-Datenbank) [9.11.2024]; IfZ, MA 1563/28, NG 2498, Schreiben von Johannes Weygand an den Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Lammers, 15.4.1933.

⁷⁹ IfZ, MA 1569/81, Interrogation Records, Vernehmung Wolfgang Zarnack, 22.8.1947. Zarnack stellte sich nach dem Krieg als selbst vom NS-Regime (politisch) Verfolgter dar; siehe unter Kapitel 2.5.

wurde er hingegen noch als „Rechtsberater von Dr. Goebbels“ bezeichnet.⁸⁰ Festzustellen ist daher stattdessen, dass sich diese und weitere persönliche Kontakte bis in die Kriegsjahre hinein hielten und für seine rechtanwaltschaftliche Praxis von nicht unerheblicher Bedeutung waren.⁸¹ Wegen seiner vielen verschiedenen Funktionen schon in der Anfangszeit des NS war Zarnack in der Berliner Anwaltschaft „einer der bekanntesten der ausgesprochenen Nazianwälte“. Sein Verteidiger vor dem Spruchausschuss Spandau erklärte ihn sogar als „zur Garnitur der ersten Anwälte Berlins und zu den Prominenten-Kollegen“ gehörend.⁸² Dass dies keine Nachkriegsnarrative waren, zeigt sich an ähnlichen Äußerungen, die aus der NS-Zeit stammen.⁸³

Aufgrund seiner prominenten Position und seiner Tätigkeit im BNSDJ wurde Zarnack nach der Machtübernahme als Leiter des Reichslehrengerichts des BNSDJ (1934/35) Mitglied von dessen Führerrat und erhielt zugleich ehrenhalber den Titel eines Amtsleiters der Rechtsabteilung der NSDAP-Reichsleitung. Er war außerdem 1933 Mitglied der von Frank gegründeten „Akademie für Deutsches Recht“ geworden. Zwar hatte Zarnack damit zu Beginn der Diktatur durchaus einen potenziellen Aufstiegshorizont vor Augen, die eigentliche biografische Zäsur war für ihn allerdings weniger das Jahr 1933, sondern vielmehr 1935.⁸⁴ Nach diesem Jahr zog sich Zarnack aus seinen verschiedenen Ämtern, mit Ausnahme der Rechtsanwaltskammer Berlin, der er für die gesamte Dauer des Regimes angehörte, zurück und war später kaum noch selbst politisch aktiv. Als ursächlich für diesen Rückzug gab Zarnack seinen „inneren Bruch“ an, der durch den sogenannten Röhmputsch erfolgt war, und die Wahrnehmung des Verrats an der sozialistischen Idee. Die Ermordung Strassers, dem er politisch anhing, führte seinen Angaben zufolge bei ihm zu seelischem Leid und zum Ausscheiden aus den SA- und BNSDJ-Ämtern. Nach diesem Zeitpunkt habe er sich nahezu ausschließlich seiner Rechtsanwalts-tätigkeit und seiner Familie gewidmet.⁸⁵

Zarnack kann zugutegehalten werden, dass er nach 1935 politisch und in Ämtern kaum mehr auftrat, sei es aus inhaltlich-ideologischer Differenzen nach der Ausschaltung der SA oder aus anderen Gründen. Zugleich ist aber zu berücksichtigen, dass er sich in den Jahren zuvor als

⁸⁰ DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 541.

⁸¹ Siehe unter Kapitel 2.4.

⁸² HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Aussage des Rechtsanwalts Ernst Dahmann vor dem AG Berlin-Tiergarten, 22.9.1950; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin: Verhandlungsprotokoll des Spruchausschusses Spandau, 12.1.1950.

⁸³ 1933 bezeichnete Weygand ihn als „angesehenen und in Berlin bekannten Pg.“, in einer politischen Auskunft von 1943 wurde er als „führender und als Nationalsozialist bekannter Rechtsanwalt“ genannt; IfZ, MA 1563/28, NG 2498, Schreiben von Johannes Weygand an den Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Lammers, 15.4.1933 und BArch, R 3001/24204, darin: Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an Staatssekretär Dr. Rothenberger, 16.3.1943.

⁸⁴ LA Berlin, C Rep. 375-01-17, Nr. 103 A.04, Entnazifizierungsverfahren Wolfgang Zarnack; DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 77, 541. Vgl. WILDT 2002, S. 855 und MORISSE 1995, S. 112.

⁸⁵ IfZ, MA 1569/81, Interrogation Records, Vernehmung Wolfgang Zarnack, 22.8.1947; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Stellungnahme Wolfgang Zarnack zur Klageschrift, 23.5.1948 und Eidesstattliche Erklärung von Emma Heimert, 19.11.1946.

scharfer und weltanschaulich überzeugter Nationalsozialist und vehementer Antisemit präsentierte sowie als SA-Mitglied innerhalb der NS-Bewegung eine Gewaltsozialisation erlebte und selbst aktiv an Gewalt- und Unrechtskontexten beteiligt war.⁸⁶ Im DEUTSCHEN FÜHRERLEXIKON, das sich die biografischen Angaben der aufgeführten Personen „selbst erteilen“ beziehungsweise „genehmigen“ ließ, wurden für die Zeit um 1928 „Straßenkämpfe und Überfälle auf Sturmlokal“ aufgeführt.⁸⁷

Ein zentraler Gegenstand der späteren Entnazifizierungsverfahren war sein Verhalten am 1. April 1933 im Landgericht I Berlin. Nach zahlreichen Aussagen soll Zarnack an diesem reichsweiten Tag des „Judenboykotts“ in SA-Uniform mit dem Sturmriemen unter dem Kinn und mit einer Pistole hantierend mit einer Gruppe von SA-Männern das Gerichtsgebäude gestürmt haben und im Anwaltszimmer aufgetreten sein. Was genau passiert ist und ob Zarnack selbst gegenüber jüdischen Anwälten handgreiflich wurde, ist unklar. Übereinstimmend wurde berichtet, dass Zarnack auf einen Tisch gestiegen sei und dort antisemitische Aussagen über die jüdischen Rechtsanwälte getätigt und deren Entfernung aus der Justiz gefordert habe.⁸⁸ Mit einer Gruppe von SA-Leuten, die er „dirigiert“ habe, soll Zarnack außerdem bei der Neuwahl des Berliner Anwaltskammervorstands am 22. April 1933, die aufgrund des erzwungenen Rücktritts notwendig geworden war, anwesend gewesen sein und die Rechtsanwälte eingeschüchtert haben.⁸⁹ Dass nicht nur diese Aktionen, sondern Zarnacks gesamtes Auftreten in den Jahren um 1933 nachdrücklich wahrgenommen wurden, zeigen die Reaktionen auf einen Aufruf des Präsidiums

⁸⁶ Vgl. KÖNIGSEDER 2001, S. 38. Ein „innerer Bruch“ ist auch aufgrund einer Veröffentlichung in einer SS-Zeitung infrage zu stellen, in der Zarnack im August 1935 als Reichsamtsleiter dazu aufforderte, Juden festzunehmen, wenn diese „gegen die allgemeine Verkehrssitte“ verstoßen würden; ZARNACK, Wolfgang: Was jeder wissen muß. Wann darf ich jemanden festnehmen?, in: Das Schwarze Korps, Folge 23 vom 7.8.1935, S. 5, abgedruckt in: VEJ 1/185, S. 466f.

⁸⁷ DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 541. Bei Zarnack ist, anders als bei Neubert und Ranz, im DEGENER, Hermann (Hrsg.): Wer ist's?, Berlin 1935, S. 1775 der Zusatz „arisch“ angegeben. Vgl. PAUL/MALLMANN 2005, S. 16.

⁸⁸ LA Berlin, B Rep. 058 Nr. 10485–10486, Ermittlungsverfahren gegen Wolfgang Zarnack; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack. Insbesondere der Ruf „Juden raus!“ soll gefallen sein und Zarnack strebte laut einem Zeugen „als fanatischer Gegner des Judentums eine völlige Ausmerzungen der jüdischen Richter und Rechtsanwälte aus der Justiz an.“ Zarnack widersprach diesen Darstellungen bezüglich der antisemitischen Parolen und der Anwendung von Gewalt. Er verteidigte sich damit, dass er zwar „sehr forsch“ gewesen sei, nahm aber zugleich „sogar das Verdienst in Anspruch, grössere judenfeindliche Aktionen und Ausschreitungen bewusst verhindert zu haben.“; LA Berlin, B Rep. 031-03-06, unb. Karton 213 (6 Bde.), Entnazifizierungsverfahren Wolfgang Zarnack, 1. Band, darin u. a.: Verhandlungsprotokoll des Spruchausschusses Spandau, 3.7.1950 und LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Schreiben von Wolfgang Zarnack an Rechtsanwalt Dr. Götzel, 18.1.1950. Vgl. LANDAU, Peter: Justiz und Rechtsanwaltschaft in der nationalsozialistischen Diktatur, in: BRAK-Mitteilungen 3/2003, S. 110–113, hier S. 111 und KÖNIG, Stefan: Zur Rolle der Berliner Anwaltschaft nach 1933, in: Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate, hrsg. v. Wolfram FISCHER U. A., Berlin 1994, S. 139–151, hier S. 148.

⁸⁹ LA Berlin, B Rep. 031-03-06, unb. Karton 213 (6 Bde.), Entnazifizierungsverfahren Wolfgang Zarnack, 1. Band, darin: Verhandlungsprotokoll des Spruchausschusses Spandau, 3.7.1950; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack und KÖNIG 1994, S. 144. Faktisch handelte es sich nicht um eine „Wahl“, sondern um die per Akklamation erfolgte Bestätigung eines vorab entschiedenen nationalsozialistisch dominierten Kammervorstands. Die Wahl fand in Preußen in allen Anwaltskammern einheitlich zur gleichen Zeit und ohne Aussprache statt und nach weniger als einer halben Stunde war die Veranstaltung bereits beendet. In Berlin wurde Neubert zum neuen Präsidenten gewählt; vgl. KÖNIGSEDER 2001, S. 68 und DÖLEMEYER 2011, S. 270.

der Rechtsanwaltskammer Berlin anlässlich der Durchführung des Spruchkammerverfahrens zur Einsendung von be- und entlastendem Material. Mehrere Anwälte sandten Schreiben ein, in denen sie betonten, dass der „Wiederzulassung mit Entschiedenheit widersprochen werden [muß]“, da er ein „besonders stark hervorgetretener Anhänger des Nazismus“ und „bekannt als ein Mann, der zur Denunzierung neigte“, gewesen sei.⁹⁰ In mehr als einem Dutzend weiterer Aussagen bezüglich seiner Entnazifizierung, die wiederholt seinen nationalsozialistischen Aktivismus und Antisemitismus als „fanatisch“ und ihn als „eine[n] der wildesten und rücksichtslosesten Parteigenossen“ bezeichneten, wurde dieses Bild bestätigt. Das Unverständnis bezüglich des Entnazifizierungsstrebens fasste ein Rechtsanwalt mit Blick auf den Anschlag des Anwaltskammerpräsidiums wie folgt zusammen: „Daß sich hierunter Herr Zarnack befindet, hielt ich zuerst für einen Witz.“⁹¹

In der Gesamtschau ist Wolfgang Zarnack demnach bis 1935 als partei- und standespolitisch hoch engagierter Anwalt einzuordnen, der aus ideologischer Überzeugung Nationalsozialist war und aktiv antisemitisch handelte. Von dieser Grundeinschätzung ist auch nach 1935 trotz der Verteidigungsbehauptungen Zarnacks nicht abzuweichen, wenngleich er sich anschließend nicht mehr in Form von Ämtern und Funktionen für die Partei und das Regime engagierte, sondern sich auf die rechtsanwaltliche Arbeit fokussierte.⁹²

Die gleiche Schlussfolgerung ist im Fall von Reinhard Neubert zu treffen. Neubert trat am 1. November 1929 aus der DNVP in die NSDAP ein, hatte sich allerdings bereits seit 1927 als Rechtsberater und Prozessvertreter der Reichsleitung der Partei, des Gaues Berlin, parteilicher Publikationsorgane und der SA in politischen Prozessen betätigt. Seit 1932 leitete er für acht Jahre das NSDAP-Gaurechtsamt Großberlin.⁹³ Ebenso wie Zarnack war er hierdurch bereits vor 1933 mit der Führungsspitze der Partei in Kontakt gekommen, wie unter anderem eine Voll-

⁹⁰ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin: Aufruf des Präsidiums der Rechtsanwaltskammer Berlin, 1.2.1950; Schreiben von Rechtsanwalt Rive, 8.2.1950; Schreiben von Rechtsanwalt Werner Windscheid, 18.2.1950.

⁹¹ LA Berlin, B Rep. 031-03-06, unb. Karton 213 (6 Bde.), Entnazifizierungsverfahren Wolfgang Zarnack, 6. Band, darin u. a.: Schreiben von Rechtsanwalt Wittkowski, 9.3.1950 und Schreiben von Rechtsanwalt Walter Patschan, 28.6.1950; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack; LA Berlin, B Rep. 058 Nr. 10485–10486, Ermittlungsverfahren gegen Wolfgang Zarnack; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack. Patschan schrieb, es sei ihm „unverständlich, wie mich der Appellant vielleicht auch als seinen Entlastungszeugen benennen kann. Ich kann zur Entlastung des Appellanten nicht das Geringste [...] sagen“. Stattdessen warf er Zarnack vor, „jüdische Kollegen in diffamierender Weise behandelt“ zu haben.

⁹² Noch nach 1935 schmückte Zarnack sein Büro mit Urkunden mit Hitlerunterschrift oder der Verleihungsurkunde des Goldenen Parteiabzeichens. Ein Notarskollege beurteilte dies als „geschmacklos“. Nach außen blieb eine Verbindung zum Regime also sichtbar; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Erklärung Otto Pfannkuch, 27.9.1950.

⁹³ BLHA, 4A KG Pers. 9951, Personalakte Reinhard Neubert; DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 328f. Beispielhaft sei als Prozess die Vertretung des Freistaats Preußen im Oktober 1933 genannt. Neubert erwiderte als beauftragter Rechtsanwalt die Klage einer Zeitung, welche aufgrund der sogenannten „Reichstagsbrandverordnung“ verboten worden war. Dabei regte er zugleich an im Fall solcher Verbote oder der Verhängung von Schutzhaft gesetzlich den Rechtsweg auszuschließen; BArch, R 43-II/481b, Bd. 2, darin: Anregung von Rechtsanwalt Neubert, den Rechtsweg bei Verboten auszuschließen, Oktober 1933.

macht Hitlers für die Durchführung von Rechtsmaßnahmen sowie Tagebucheinträge Goebbels' nachweisen.⁹⁴ Für die NSDAP war Neubert nicht nur Mitglied des Preußischen Bezirksausschusses Groß-Berlin (1930–1933), sondern auch als Vorsitzender des preußischen Verfassungsausschusses Mitglied des Preußischen Staatsrates (1933), Stadtverordneter beziehungsweise Ratsherr der Stadt Berlin (1933–1945) sowie Mitglied des Reichstags (1936–1945).⁹⁵ Der Schwerpunkt seiner Arbeit lag allerdings nicht in der parteipolitischen oder staatlichen Arbeit, wie besonders die Ablehnung des ihm Ende 1934 angebotenen Amtes eines hauptamtlichen Stadtrechtsrats Berlins zeigt, sondern in der Tätigkeit für den Rechtsanwaltsstand.⁹⁶ Für Neubert bedeutete das Jahr 1933 die entscheidende biografische Zäsur, die eine standespolitisch zuvor unerwartete Karriere mit der für viele Nationalsozialisten typischen Ämterhäufung ermöglichte.⁹⁷ Noch im Januar 1933 war er bei den letzten freien Wahlen zum Berliner Anwaltskammervorstand als einer von zwei NSDAP-Kandidaten weit abgeschlagen geblieben. Die Mehrzahl seiner Standesgenossen hatte hier noch für demokratische, in großer Zahl auch jüdische Anwälte gestimmt.⁹⁸ Nachdem der Kammervorstand auf entsprechenden Druck des Preußischen Justizministers Kerrl zurückgetreten war, wurde er am 31. März vom Präsidenten des Kammergerichts kommissarisch mit der Leitung der Berliner Rechtsanwaltskammer beauftragt und im April 1933 zu deren Vorsitzenden gewählt.⁹⁹ Außerdem wurde er Präsident der im März 1933 errichteten Reichsrechtsanwaltskammer und blieb dies bis 1945. Aufgrund dieses Amtes war er zudem seit der Übertragung der zweitinstanzlichen Ehrengerichtsbarkeit vom Reichsgericht auf die RRAK 1934 Präsident von deren Ehrengerichtshof.¹⁰⁰ Infolge seiner standespolitischen Ämter wurde er schon 1933 zum Mitglied der Akademie für Deutsches Recht

⁹⁴ LA Berlin, B Rep. 031-02-01 Nr. 12642/1+2, Entnazifizierungsakte Reinhard Neubert, darin: Beglaubigte Abschrift einer Vollmacht von Adolf Hitler, 1.4.1931; GOEBBELS, Joseph: Tagebucheinträge vom 6. und 7. Juni 1929 und 11. Juni 1931 (IDs: TJG-1212, TJG-1213, TJG-1885), in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945 (Online-Datenbank) [9.11.2024]. Schon 1933 stand er auch im direkten Kontakt mit dem Reichsinnenminister Wilhelm Frick; BArch, R 43-II/481b, Bd. 2, darin: Schreiben des Reichsministers des Innern an den Staatssekretär in der Reichskanzlei, 27.10.1933.

⁹⁵ LA Berlin, B Rep. 031-02-01 Nr. 12642/1+2, Entnazifizierungsakte Reinhard Neubert; DAS DEUTSCHE FÜHRER-LEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 328.

⁹⁶ BLHA, 4A KG Pers. 9951, Personalakte Reinhard Neubert. Dessen ungeachtet hatte Neubert 1932 für die NSDAP für den Preußischen Landtag kandidiert und hierbei eine nur kurzzeitig in dieser Form verwendete Erklärung abgegeben, in der er als „Nationalsozialist auf Ehrenwort“ zusicherte, das (ggf.) „von Adolf Hitler und den preußischen Wählern übertragene Mandat“ „stets im Sinne [s]eines Führers“ auszuüben und im Falle einer Aberufung durch Hitler dieser Folge zu leisten; BArch, R 9361-II/752687, NSDAP-Parteikorrespondenz Reinhard Neubert, darin: Erklärung, 30.3.1932.

⁹⁷ Vgl. SCHÄFER 2019, S. 5 und PAUL/MALLMANN 2005, S. 5.

⁹⁸ Vgl. KÖNIG 1994, S. 141 und KÖNIGSEDER 2001, S. 65f. Bei diesen Wahlen hatte erstmals im Deutschen Reich eine nationalsozialistische Liste für eine Vorstandswahl einer RAK kandidiert.

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 67f.; KÖNIG 1987, S. 39 und DÖLEMEYER 2011, S. 270f.

¹⁰⁰ BArch, R 55/23693, darin: Dr. jur. Reinhard Neubert. Vgl. KÖNIGSEDER 2001, S. 61f.

ernannt, war Mitglied des Führerrates des BNSDJ als „Beauftragter zur besonderen Verwendung“ und später Ehrenmitglied des NSRB.¹⁰¹

Für die Dauer seiner standespolitischen Aktivitäten bemühte sich Neubert um die Interessen seines Standes gegenüber Staats- und Parteidienststellen und gegenüber der Öffentlichkeit. So trat er in Eingaben für Besprechungen an das Reichsjustizministerium regelmäßig für die Interessen einzelner Kollegen ein oder positionierte sich gegen Eingriffe in die anwaltliche Berufsausübung oder Rechtspflege, die beispielsweise durch die Polizei erfolgten.¹⁰² Später ging er nach erheblicher Kritik der SS-Zeitung „Schwarzes Korps“ gegen die gesamte Berufsgruppe in den Konflikt mit der Zeitung und verteidigte seinen Stand gegenüber dem Reichsjustizminister.¹⁰³ Es zeigt sich die polykratische Struktur des NS-Staates, in dem die verschiedenen Akteure jeweils die Partikularinteressen ihrer eigenen Gruppe zu vertreten suchten und konkrete Interessen zu Auseinandersetzungen führten, die unabhängig von ideologischer Zielsetzung waren. Dieses Nebeneinander verschiedener Institutionen zeigte sich auch in der Doppelstruktur von Reichsrechtsanwaltskammer und BNSDJ/NSRB. Der zunächst zur Unterstützung von justiziell verfolgten Parteimitgliedern gegründete BNSDJ war als genuin nationalsozialistische Organisation von der Rechtsanwaltschaft unabhängig. Es gab eine Reichsgruppe Rechtsanwälte, in der die Mitglieder aus dieser Berufsgruppe zusammengefasst waren, aber eine Mitgliedschaft im BNSDJ beziehungsweise im NSRB war nicht verpflichtend.¹⁰⁴ Die Reichsrechtsanwaltskammer hingegen war eine Standesorganisation, in der alle bei den Gerichten zugelassenen Rechtsanwälte automatisch Mitglied waren. Sie umfasste daher auch der NSDAP und dem Regime gegebenenfalls fern(er) stehende Anwälte. Die Einwirkung der Parteiorganisation war allerdings dadurch gegeben, dass die Präsidenten der Rechtsanwaltskammern sowie der Präsident der Reichsrechtsanwaltskammer durch den Reichsjustizminister „im Einvernehmen mit dem Reichsführer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“ berufen wurden. Die gleiche Entscheidungs- und Beteiligungsverteilung war bei dem ab 1936 notwendigen Zulassungsantrag eines Rechtsanwalts vorgesehen.¹⁰⁵

¹⁰¹ BLHA, 4A KG Pers. 9951, Personalakte Reinhard Neubert; DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 77, 328f.

¹⁰² Tagebuch des RMJ Gürtner vom 4.1.1936–5.1.1937, in: Taube Archive of the International Military Tribunal (IMT) in Nuremberg, GB Exhibit 516, Box 21, H-4037/-4038 (= PS-3758), darin: Einträge vom 2.4.1936, 27.5.1936, 2.12.1936, 5.1.1937, online unter: <https://purl.stanford.edu/yv618zn9889> und <https://purl.stanford.edu/wp378tw1583> [11.12.2024].

¹⁰³ Vgl. KÖNIG 1987, S. 208, 213 und MORISSE 1995, S. 118. Beschwerde der PKzL. beim Reichsjustizminister über die pauschale Kritik des Präsidenten der Reichsrechtsanwaltskammer, Neubert, an der Berichterstattung des „Schwarzen Korps“ über die Anwaltschaft [...] (ID: APK-023917), in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945 (Online-Datenbank) [25.10.2024].

¹⁰⁴ Anfang 1935 gehörten etwa zwei Drittel der im Deutschen Reich zugelassenen „arischen“ Rechtsanwälte:innen dem BNSDJ an und auch später traten zahlreiche Anwälte:innen nicht dem NSRB bei; vgl. MORISSE 1995, S. 112 Anm. 257 und DÖLEMEYER 2011, S. 281f. sowie LANDAU 2003, S. 112.

¹⁰⁵ Reichsrechtsanwaltsordnung in der Fassung vom 21.2.1936 (RGBl Teil I, Nr. 15/1936, S. 107–118), § 16, § 50 Abs. 2, § 51 Abs. 1 und § 55 Abs. 1. Es gab Bemühungen, die polykratische Konkurrenz beider Organisationen

Aus dem standespolitisch motivierten Einsatz Neuberts darf nicht geschlussfolgert werden, er sei in seiner Tätigkeit nicht ideologisch geprägt und überzeugter Nationalsozialist gewesen. Dass ihm die genannten Ämter 1933 kurz nach der Machtübernahme übertragen wurden, ist ein klarer Hinweis auf die Akzeptanz und positive Bewertung hochrangiger Parteifunktionäre. Es wurde betont, dass Neubert „für seine Amtsführung Anerkennung verdiene“, weshalb seine Verdienste „in besonders ehrenvoller Weise anerkannt“ werden müssten. In einer anderen Bewertung wird hervorgehoben, dass er „kämpferisch[e] Verdienste vor und nach der Machtübernahme“ geleistet habe und in seiner anwaltlichen Arbeit stets mit „vollem Verständnis für die Belange von Staat und Bewegung“ vertrete.¹⁰⁶ Das besondere Vertrauen, das aus dieser frühen Aktivität für die Partei noch viele Jahre später vorhanden war, zeigt sich im Vorschlag Goebbels, Neubert zum Präsidenten des Kammergerichts zu machen, da er ihn „aus der Kampfzeit kenne“ und er ein Mensch sei, „der auch etwas leiste.“¹⁰⁷

Neben den Bewertungen über Neubert lässt sich auch anhand seines Agierens die inhaltlich-ideologische Nähe und Unterstützung des Regimes festmachen. Bei der Ablehnung des Zulassungsgesuchs eines Rechtsanwalts für das Reichsgericht verwies er etwa auf die besonders strenge Auslese nach Leistung, die „im nat. soz. Staat in erhöhtem Maße zu beachten sein [wird].“¹⁰⁸ Seine Verbindung zur Partei brachte er durch die wiederholt nachweisbare Teilnahme am Reichsparteitag in Nürnberg zum Ausdruck oder bei der Einbindung seiner Kinder, die jeweils am Geburtstag Hitlers des Jahres, in dem sie zehn Jahre alt wurden, in die Hitlerjugend aufgenommen wurden.¹⁰⁹ Nicht zuletzt die Verantwortung für die schon früh nach seiner Amts-

durch die Herbeiführung von personeller Teilidentität zu verringern, wie ein Schreiben von Reichsminister Hans Frank an das RMJ 1936 zeigt. Frank regte darin an, den vor allem verwaltungstechnischen Teil des Präsidentenamts der RRAK von der Aufgabe des Präsidenten des EGH zu trennen. Letzteres Amt sollte Neubert behalten, das Amt des Präsidenten der RRAK sollte der Reichsgruppenwalter Rechtsanwälte im NSRB, Heinrich Droege, übertragen bekommen. Zu dieser personellen Vereinigung kam es nicht, aus welchen Gründen geht aus der Quelle nicht weiter hervor; Tagebuch des RMJ Gürtner vom 4.1.1936–5.1.1937, in: Taube Archive of the International Military Tribunal in Nuremberg, GB Exhibit 516, Box 21, H-4038 (= PS-3758), darin: Eintrag vom 13.7.1936, online unter: <https://purl.stanford.edu/wp378tw1583> [11.12.2024].

¹⁰⁶ BLHA, 4A KG Pers. 9951, Personalakte Reinhard Neubert, darin: Schreiben des LG-Präsidenten, 25.11.1938.

¹⁰⁷ Aussprache von RMJ Thierack mit Goebbels, 14.9.1942, in: Taube Archive of the International Military Tribunal in Nuremberg, RF Exhibit 11, Box 26, H-5135 (= PS-682), online unter: <https://purl.stanford.edu/nj331pq9664> [11.12.2024]. Thierack hatte gegen Neubert u. a. deshalb Bedenken, da er nie als Justizbeamter tätig gewesen sei und, nachdem er sich über ihn informiert hatte, da im Dezember 1942 ein Verfahren wegen fahrlässigen Landesverrats gegen Neubert lief. Nachdem zu dieser Zeit noch „kein Zweifel [bestand], daß das Verfahren mit einer Verurteilung enden wird“, war es einen Monat später „einstellungsreif“. In jedem Fall überließ Goebbels nach seinem Vorschlag dem RMJ die weitere Entscheidung; BArch, R 3001/24204, darin: Schreiben von Thierack an Goebbels, 16.12.1942 und Vermerk, 19.1.1943. Vgl. zu diesem Verfahren wegen Landesverrats: GRUCHMANN 2001, S. 572.

¹⁰⁸ Tagebuch des RMJ Gürtner vom 4.1.1936–5.1.1937, in: Taube Archive of the International Military Tribunal in Nuremberg, GB Exhibit 516, Box 21, H-4037 (= PS-3758), darin: Eintrag vom 27.3.1936, online unter: <https://purl.stanford.edu/yv618zn9889> [11.12.2024].

¹⁰⁹ BLHA, 4A KG Pers. 9951, Personalakte Reinhard Neubert, darin: Schreiben von Neubert an den LG-Präsidenten, 7.9.1936 und 4.9.1937, Personalbogen, 10.8.1944. Ein fast amüsiert anmutender Nachweis seiner persönlichen Überzeugung vom NS-Regime und seiner führenden Persönlichkeiten ist ein handschriftliches Schreiben Neuberts an den Chef der Reichskanzlei vom 14.10.1936, in dem er für seine „größere Handschriftensammlung großer Männer unserer deutschen Geschichte“ um die Unterstützung beim Erhalt von Handschriften Hitlers und

übernahme in der RAK Berlin und der RRAK erfolgte zunehmende Diskriminierung und Exklusion der jüdischen Rechtsanwälte aus der Anwaltschaft, die Aufforderung zum Boykott jüdischer Anwälte und ähnliche Maßnahmen sind Neubert zuzurechnen.¹¹⁰ Nach Kriegsende wurde ihm auch individuell antisemitisches Handeln vorgeworfen, wodurch Jüd:innen geschädigt und deportiert worden sein sollen.¹¹¹ Ein solches Verhalten entsprach Neuberts anzunehmender Überzeugung, wie antisemitische Positionen in einem von ihm 1939 publizierten Buch mit dem Titel „Anwalt in der Politik“ zeigen. Er veröffentlichte darin eine Auswahl eigener Schriftsätze, Gutachten und Aufsätze, die er seit 1918 verfasst hatte und die sein langjähriges juristisches Engagement für die nationalsozialistischen Ziele verdeutlichen. In dieser programmatischen Zusammenstellung gibt es unter anderem den dritten Teil unter der Überschrift „Gegen die Anmaßung des Judentums und Übergriffe der Gewerkschaften“ mit Aufsätzen aus der NS-Zeitung „Der Angriff“ aus den Jahren 1929 bis 1931. Es finden sich darin offen antisemitische Positionen, wie die der Jüd:innen als „Fremdkörper im deutschen Volke“, die in einem „unvereinbaren Gegensatz“ zum „deutschen Volk“ stünden, und daraus von Neubert gefolgerte rechtliche Forderungen.¹¹²

Insgesamt ist daher auch Neubert als vom Nationalsozialismus ideologisch überzeugt zu bewerten, vermutlich bis zuletzt. Er engagierte sich schon vor 1933 intensiv für die Partei, stieg dann im Anschluss als höchster Vertreter der Rechtsanwaltschaft auf und bekleidete zahlreiche (Ehren-)Ämter und Funktionen. In diesen agierte er selbstbewusst im Interesse seiner Berufsgenossen, aber stets nur in den Grenzen, die das Regime ihm bot, die er jeweils akzeptierte und nach außen unterstützte und repräsentierte.¹¹³

Werner Ranz scheint demgegenüber zunächst erheblich weniger belastet, insbesondere was die Jahre vor 1933 betrifft. Ein Engagement für die NSDAP oder die Übernahme von Verteidigungen ließen sich für ihn nicht nachweisen. Frühzeitig beschäftigte sich Ranz mit Fragen des anwaltlichen Standesrechts und war ab 1925 Vorstandsmitglied des Berliner Anwaltvereins bis

weiterer Regierungsmitglieder bittet, um „die bedeutendsten Männer unserer großen Gegenwart anreihen“ zu können; BArch, R 43-II/894c, Bd. 27.

¹¹⁰ Vgl. ROELCKE 2022, S. 146; LANDAU 2003, S. 112; KÖNIGSEDER 2001, S. 67, 74 sowie GRUCHMANN 2001, S. 136 und KÖNIG 1994, S. 147.

¹¹¹ So Rechtsanwalt Offenberg, der Neubert 1959 bei der Zentralen Stelle in Ludwigsburg anzeigte. Von anderer Seite sind ähnliche Vorwürfe, mangels eines infolge seines Todes nicht durchgeführten Spruchkammerverfahrens, allerdings nicht überliefert; LA Berlin, B Rep. 031-02-01 Nr. 12642/1+2, Entnazifizierungsakte Reinhard Neubert und LA Berlin, B Rep. 058 Nr. 9834, Ermittlungsverfahren gegen Reinhard Neubert.

¹¹² NEUBERT, Reinhard: Anwalt in der Politik, Berlin/Wien 1939, S. IXf., XIII, 121. Vgl. KÖNIG 1987, S. 117. Auch in der vom RMJ herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik“ veröffentlichte Neubert als Präsident der RRAK regelmäßig Beiträge, etwa anlässlich der Neufassung der RRAO: NEUBERT, Reinhard: Neujahrsgedanken zum neuen Anwaltsrecht, in: Deutsche Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik 98 (1936), Nr. 1 Ausgabe A vom 3.1.1936, S. 18f.

¹¹³ Vgl. NEUBERT, Reinhard: Die neuen Maßnahmen auf dem Gebiete des Anwaltsrechts, in: Deutsches Recht 13 (1943), Heft 22 vom 29.5.1943, hrsg. v. NATIONALSOZIALISTISCHEN RECHTSWAHRERBUND, S. 593f.

zu dessen Selbstauflösung 1933. Durch seine Arbeit in der karitativen Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte ab 1928 und dem Interesse an Finanzfragen eignete er sich umfassende verwaltungstechnische Fähigkeiten und Kenntnisse an. Diese dürften dann mit entscheidend dafür gewesen sein, dass Neubert ihn – noch als Nicht-Parteimitglied – um die Mitarbeit im Kammervorstand der RAK Berlin bat, in dem er im April zum Schriftführer gewählt wurde. Entsprechend seiner Expertise war Ranz vor allem mit der Finanzverwaltung und den Sozialeinrichtungen der Kammer befasst. Nach deren Gründung übernahm er die Ämter des Schriftführers und Schatzmeisters im Präsidium der RRAK, als Geschäftsführer unterstand ihm auch ihr Personal.¹¹⁴ Erst nach der Übernahme dieser Positionen trat Ranz am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein. Nach Kriegsende begründete er diesen Schritt mit Zweckmäßigkeitserwägungen, da er sich im Kammervorstand „ohne einen Beitritt zur NSDAP keine Resonanz [hätte] verschaffen können.“ Mit seiner Mitarbeit nach der Machterlangung des Nationalsozialismus habe er „Übergriffe radikaler Elemente verhinder[n]“ wollen und versucht, „die Bewegung in eine vernünftige Bahn zu lenken.“¹¹⁵

Durch diese ersten Ämter erhielt Ranz weitere Funktionen und stieg als Anwaltsfunktionär während der NS-Zeit weiter auf. Ab 1934 war er Mitglied der Akademie für Deutsches Recht. Vom gleichen Jahr an und bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht im August 1939 war er Vorsitzender des dritten Senats des Ehrengerichtshofs der RRAK und ab dem 1. April 1938 auch Präsident der Rechtsanwaltskammer Potsdam. Im BNSDJ, dem er 1933 beigetreten war, war er stellvertretender Reichsfachgruppenleiter der Rechtsanwälte.¹¹⁶ In seinen standespolitischen, schwerpunktmäßig karitativen und verwaltungstechnischen Arbeiten trat Ranz scheinbar unpolitisch auf. Über seine Geschäftsführertätigkeit erklärte Ranz selbst, er habe für ausschei-

¹¹⁴ StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin: Schreiben von Werner Ranz an den Fachausschuss Justiz der Stadt Hamburg, 22.6.1949; BArch, R 9361-III/549162, SS-Personalakte Werner Ranz, darin u. a.: Lebenslauf, 21.1.1938. Ranz und Neubert standen also seit 1933 in engstem dienstlichem Kontakt zueinander; vgl. KÖNIGSEDER 2001, S. 62. Nach ihrer gesetzlichen Auflösung 1936 wurde die Hilfskasse als Hilfsfonds in die RRAK überführt, worum sich Ranz intensiv bemühte, da auch der NSRB Interesse an den vorhandenen Geldern hatte; vgl. OSTLER 1971, S. 373 und SCHRÖDER, Wolfram: Zur Geschichte der Hilfskasse, in: Anwälte und ihre Geschichte. Zum 140. Gründungsjahr des Deutschen Anwaltvereins, hrsg. v. Deutschen Anwaltverein, Tübingen 2011, S. 741–751, hier S. 745, 748. OSTLER 1971, S. 235 irrt, dass Ranz schon vorher dem Kammervorstand angehört hätte.

¹¹⁵ StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin: Schreiben von Werner Ranz an den Fachausschuss Justiz der Stadt Hamburg, 22.6.1949. Vgl. RITTER, Ernst: Justiz und innere Verwaltung, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. v. Wolfgang BENZ, Hermann GRAML u. Hermann WEIß, München 2007, S. 87–101, hier S. 89.

¹¹⁶ DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 369. Die anwaltlichen Mitglieder des EGH der RRAK wurden von deren Präsidium bestimmt, die Senatsvorsitzenden bestellte ihr Präsident; Reichsrechtsanwaltsordnung in der Fassung vom 21.2.1936 (RGBl Teil I, Nr. 15/1936, S. 107–118), § 93 Abs. 1, 3. Das Ernennungsschreiben als Präsident der Potsdamer RAK von RMJ Gürtner vom 9.3.1938 ist in BArch, R 3001/82578, Personalakte Werner Ranz überliefert. Fälschlicherweise gab Ranz nach dem Krieg wiederholt das Jahr 1936 an; StAH 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin: Lebenslauf, 22.6.1949 und Fragebogen des Staatskommissars für die Entnazifizierung und Kategorisierung der Hansestadt Hamburg sowie Schreiben von Werner Ranz an den Fachausschuss Justiz der Stadt Hamburg, 22.6.1949. Ranz konnte die RAK Potsdam deswegen problemlos führen, da sich diese im gleichen Dienstgebäude befand wie die RRAK und die RAK Berlin; BArch, R 3016/86, darin: Rundschreiben der RRAK, der RAK Berlin und der RAK Potsdam, 25.11.1943.

dende jüdischen Mitarbeiter der RAK Berlin eine „anständige Regelung“ mit einer höheren Abfindung beziehungsweise Pension gefunden und zudem aus der Hilfskasse jüdische Anwälte und Angehörige unterstützt. In eidesstattlichen Versicherungen wurde ihm bescheinigt, dass er als Senatspräsident des Ehrengerichtshofs „nicht ein einziges politisches Tendenzurteil“ gefällt habe und seine Rechtsprechung „von rassistischen Vorurteilen frei“ gewesen sei.¹¹⁷ In positiven Äußerungen von Vertretern des Regimes über sein Agieren werden prominent seine „wertvolle Aufbauarbeit“ und „hervorragende Verdienste“ beim „Neuaufbau der deutschen Rechtsanwaltschaft“ hervorgehoben, durch die er sich eine „sehr angesehene Stellung“ erarbeitet habe. Ausdruck dieser Würdigung war die Verleihung des Ehrentitels „Justizrat“, die am 30. Januar 1939 erfolgte. Es wurden damit die ehrenamtlichen Aktivitäten anerkannt, spezifisch politisch positiv wertende Urteile über Ranz finden sich nicht.¹¹⁸ Im Gegenteil äußerte RMJ Thierack 1943 gegen die erneute Bestellung von Ranz in das Präsidium der Reichsrechtsanwaltskammer sogar Bedenken. Diese waren aber wohl Ausdruck persönlicher Abneigung. Nach einem eindeutigen Lob Neuberts für Ranz, der die „umfangreiche ehrenamtliche Arbeit“ der „Geschäfte des Schatzmeisters ausgezeichnet geführt“ habe und einer Auskunft vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD, dass über ihn nichts Nachteiliges bekannt sei, wurde Ranz wieder ins Präsidium berufen.¹¹⁹

Nichtsdestotrotz stimmt nicht, dass Ranz sich gegenüber dem Regime grundsätzlich unpolitisch und neutral oder gar widerständig verhalten hätte. Darauf weist schon hin, dass von Seiten des SD aus Sicht des Parteiapparats nichts Negatives über ihn gesagt werden konnte. Insoweit und falls er „schärfste Kritik an nationalsozialistischen Massnahmen geübt“ hat, fand dies ausschließlich im privaten Kontext statt, amtlich oder offiziell trat er so nicht in Erscheinung.¹²⁰ Es ist sogar festzuhalten, dass Ranz sich bewusst und aktiv als Unterstützer positionierte, indem er sich 1938 um die Aufnahme in die SS bemühte. Seiner SS-Personalakte ist zu entnehmen, dass es sich nicht um die Verleihung eines Ehrendienstgrades handelte. Im bereits zitierten Schreiben an die Personalkanzlei des Reichsführers SS (RFSS) bezüglich seiner Aufnahme vom Januar, in der er seine Tätigkeit in der sogenannten Antibolschewisten-Liga schilderte, stellt er sich als frühzeitig antisemitisch motivierten Anwalt dar, der sich darum bemühte „die Juden in den Aemtern der Standesorganisationen zurückzudrängen“ und zur „Bereinigung der

¹¹⁷ StAH 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin: Schreiben von Werner Ranz an den Fachausschuss Justiz der Stadt Hamburg, 22.6.1949.

¹¹⁸ BArch, R 3001/82578, Personalakte Werner Ranz, darin: Vorschlagsliste Nr. 5 des RMJ für die Verleihung des Titels Justizrat, 19.1.1939; StAH 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin: Äußerung des Berliner LG-Präsidenten, 14.12.1938. Reinhard Neubert stand auf derselben Vorschlagsliste und erhielt ebenfalls am 30.1.1939 den Titel „Justizrat“ verliehen.

¹¹⁹ BArch, R 3001/188087, darin u. a.: Schreiben von RRAK-Präsident Reinhard Neubert an Ministerialrat Schoentensack, 8.5.1943.

¹²⁰ StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin: Gründe für die Entscheidung des Fachausschusses auf Zulassung von Werner Ranz als Rechtsanwalt, 11.8.1949.

Anwaltschaft“ beizutragen. Nachdem ihm vom Chef des Sicherheitshauptamtes beim RFSS bescheinigt wurde, dass keine Bedenken gegen seine Aufnahme bestünden, wurde Ranz am 11. September 1938 als Obersturmführer in die SS aufgenommen.¹²¹ Während des Krieges, zu dessen Beginn er „so schnell wie möglich ,ins Gelände“ wollte, bemühte sich Ranz aktiv darum, dass sein SS-Dienstgrad entsprechend seines militärischen Rangs angeglichen wurde. Er nahm dafür im Juni 1940 schriftlich und mündlich Kontakt zu seinem SS-Oberführer auf. Wie eine Aktennotiz in seiner Wehrmachtsakte vom 24. April 1945 belegt, hatte er sich zudem etwa Anfang Februar beim SS-Hauptamt vermutlich bezüglich einer Verwendung gemeldet.¹²² Die im Rahmen des Spruchkammerverfahrens getroffene Aussage, dass er sich nicht erinnern könne, „jemals während des Krieges mit der SS schriftlich oder mündlich Verbindung gehabt zu haben“, ist also nachweislich falsch. Auch die Aussage, er hätte „niemals bis zur Kapitulation eine Mitteilung von der SS über etwaige Beförderung erhalten“, ist, angesichts eines erhaltenen Beförderungsschreibens vom 5. Juni 1944, mit der die Dienstgradangleichung zum SS-Obersturmbannführer mit Wirkung vom 1. März erfolgte und mit Rücksicht auf seinen Kontakt zur SS noch 1945 mutmaßlich gelogen.¹²³ Der Selbstdarstellung und Marginalisierung der eigenen Rolle rund um seine SS-Mitgliedschaft im Entnazifizierungsverfahren ist daher entschieden zu widersprechen. Eine Notwendigkeit, die Aufnahme in die SS anzustreben, gab es für Ranz nicht.

Zusammenfassend ist damit zutreffend, dass Ranz sich in geringerem Maße als Zarnack und Neubert an Unrechtskontexten aktiv beteiligte, vor 1933 nicht parteipolitisch tätig war und sich vor allem auf standesrechtliche und verwaltungstechnische Aufgaben in den Rechtsanwaltskammern fokussierte. Dessen ungeachtet stand er der NS-Regierung ideologisch mitnichten fern und unterstützte sie über die rein legitimierende Übernahme von Ämtern hinaus durch die eigene Einbindung in Organisationen und die SS.

Rudolf Behses und Arno Weimanns standes- und parteipolitischer Einsatz vor und während des NS-Regimes ist gegenüber den ersten drei beschriebenen Verteidigern deutlich geringer. Zwar war Behse bereits zum Jahresbeginn 1930 in die NSDAP eingetreten, aber bis auf die Mitglied-

¹²¹ BArch, R 9361-III/549162, SS-Personalakte Werner Ranz, darin u. a.: Schreiben von Werner Ranz an den Chef der Personalkanzlei des RFSS, 21.1.1938; Schreiben des Chefs des Sicherheitshauptamtes beim RFSS an die Personalkanzlei des RFSS, 19.8.1938. Er behauptete auch, dass ihm ein ehrengerichtliches Verfahren aus dem Jahr 1925 wegen „Beleidigung eines jüdischen Kollegen“ „angehängt“ worden sei. Tatsächlich erhielt er, nach ausführlicher Prüfung und Würdigung, eine Warnung durch das Ehrengericht der RAK Berlin ausgesprochen, da er eine unbegründete Strafanzeige gegen einen Berufskollegen erstattet und daher die ihm als Rechtsanwalt obliegenden Pflichten verletzt hatte; BArch, R 3001/82578, Personalakte Werner Ranz, darin: Urteil des Ehrengerichts der RAK Berlin gegen Werner Ranz, 19.7.1927.

¹²² BArch, R 9361-III/549162, SS-Personalakte Werner Ranz, darin u. a.: Schreiben von Werner Ranz an SS-Oberführer Tondock, 1.9.1939; BArch, PERS 6/33152, Wehrmachts-Personalakte Werner Ranz.

¹²³ BArch, Z 42-III/3980, Spruchkammerakte Werner Ranz, darin: Vernehmungsprotokoll, 23.2.1949; BArch, R 9361-III/549162, SS-Personalakte Werner Ranz.

schaft im Vorstand der Anwaltskammer Berlin ab Februar 1933 beziehungsweise der späteren Rechtsanwaltskammer Berlin bekleidete er weder Ämter noch Funktionen in Partei oder Staat. Dem BNSDJ war er erst Anfang Juli 1935 beigetreten.¹²⁴ Behse beschrieb sich selbst als „völlig unpolitische[n] Mensch[en]“, der der NSDAP aus Sorge vor dem „wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Deutschlands“ durchaus in Übereinstimmung mit dem propagierten Programm beigetreten sei. Von Beginn an habe er eine Parteitätigkeit aber nicht im Sinn gehabt und hätte gegen Ende 1935 sogar vergeblich versucht aus der Partei auszutreten.¹²⁵ Das Engagement erschöpfte sich daher auch im anfangs regelmäßig getragenen Parteiabzeichen sowie einer Verteidigung im Rahmen sogenannter Röhmbriefe 1932. Bei dieser gab er selbst an, „die evtl. politische Tragweite aller Prozessvorgänge nicht immer [...] übersehen“ zu können und bat daher gegebenenfalls um eine politische Instruktion durch Goebbels, falls er eine ungewünschte Beweiserhebung durch „Nichtmehrbestreiten“ verhindern sollte.¹²⁶ Darüber hinaus trat Behse politisch nicht mehr in Erscheinung – nicht unterstützend, aber ebenso wenig in Opposition zu Staat und Ideologie.¹²⁷

Weimann trat, wie Ranz, zum 1. Mai 1933 in die NSDAP und etwa 1934 in den BNSDJ ein.¹²⁸ Im Unterschied zu den vier anderen Anwälten hatte Weimann während der gesamten Dauer der Diktatur keine Ämter oder Funktionen inne. Tatsächlich war er schon vor seinem Parteieintritt als Rechtsanwalt für die NSDAP tätig, und zwar in einem Verfahren vor der Filmoberprüfstelle im Jahr 1931. Die Preußische Regierung hatte gegen die Zulassung des NSDAP-Propagandafilms „Kampf um Berlin“ Widerruf eingelegt und Weimann vertrat die Partei in der darauffolgenden Verhandlung.¹²⁹ Von diesem Einzelfall abgesehen, in welchem die NSDAP als Mandantin auftrat, gibt es jedoch keine weiteren Belege für eine politische Aktivität Weimanns. Bei der Wahl zum Reichstag im November 1932 habe er nach eigener Angabe noch „DVP oder

¹²⁴ BLHA, 4A KG Pers. 9431, Personalakte Rudolf Behse; LA NRW, NW 0252 Nr. 31, Personalakte Rudolf Behse, darin: Personalbogen. Über die RAK Berlin war er also mit Neubert, Zarnack und Ranz persönlich bekannt.

¹²⁵ LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin: Schreiben von Rudolf Behse an den Hauptausschuss für Entnazisierung [sic!] im Siebkreis, 23.5.1948.

¹²⁶ IfZ, MA 616/21, Schlesische SA-Prozesse, darin u. a.: Korrespondenz Rechtsanwalt Behse und Goebbels im Zusammenhang mit der Frage der Echtheit gewisser Röhmbriefe, Oktober 1932; LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin: Protokoll des Berufungsverfahrens von Rudolf Behse, 15.1.1949.

¹²⁷ In Reaktion auf seine Bewerbung um das Notariat wurden die Kammervorsitzenden im März 1938 um eine Einschätzung seiner juristischen Leistungen und der charakterlichen Eigenschaften, darunter „wie er zu dem neuen Staat Stellung nimmt, wodurch er seine Verbundenheit mit dem neuen Staat und seine Eingliederung in das Volksganze bewiesen hat“, gebeten. Nur in einem von zehn Schreiben wird eine Antwort zu diesem Aspekt formuliert, demzufolge Behse „ein zuverlässiger Anhänger des neuen Staates ist.“ Nach den übrigen Reaktionen war nichts über seine „Stellung zum neuen Staat“ bekannt; BLHA, 4A KG Pers. 9431, Personalakte Rudolf Behse.

¹²⁸ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Entnazifizierungsfragebogen des Military Government of Germany, 8.4.1946; BLHA, 4A KG Pers. 10291, Personalakte Arno Weimann, darin: Personalangaben, 10.3.1943.

¹²⁹ Protokoll der Verhandlung der Filmoberprüfstelle, Nr. 1946, vom 13.3.1931, online unter: <https://difarchiv.deutsches-filminstitut.de/zengut/df2tb599z.pdf> [1.12.2024]. Ich danke Herrn Georg Prick vom Forum Anwaltsgechicht e. V. für den Hinweis auf diese Quelle.

DNVP“ gewählt, im März 1933 die NSDAP.¹³⁰ Er scheint sich der aktiven Politik noch stärker als Behse gänzlich enthalten zu haben und sich vollständig auf die eigene rechtsanwaltliche Praxis und deren Erfolg konzentriert zu haben.

Bei Betrachtung aller fünf Rechtsanwälte und ihrer partei- und standesorganisatorischen Tätigkeit auch mit Blick auf ihr späteres Erscheinen auf der Liste der Berliner Officialverteidiger des Volksgerichtshofs zeigt sich eine erhebliche Überschneidung zwischen der exklusiven Erwähnung auf der „Liste B“ und herausragenden Ämtern und Ämterhäufungen in der Partei und ihren Gliederungen, angeschlossenen Organisationen wie der SA und SS oder anwaltlichen Standesvertretungen wie dem BNSDJ/NSRB und den Rechtsanwaltskammern. Die beiden Anwälte, welche auch oder ausschließlich auf der allgemeinen „Liste A“ geführt waren, zeigten sich deutlich weniger institutionell mit dem Regime verbunden und ließen weniger bis gar keine Hinweise auf eine (frühe) ideologische Unterstützung oder offen antisemitische Haltungen und Beteiligung an Unrechtskontexten erkennen.¹³¹ Dass die Zusammenstellung dieser Liste unter anderem mit entsprechenden Funktionen zusammenhing, ist daher anzunehmen. Ob und inwieweit zusätzlich aber gegebenenfalls juristische Eignung oder besondere juristische Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen oder spezifisches Verhalten vor Gericht für diese Rechtsanwaltsliste von Entscheidungsrelevanz waren, wird im nächsten Schritt untersucht.

2.4 Rechtsanwaltliche Tätigkeit in der NS-Zeit

Bezüglich der Arbeit der Untersuchten als Anwälte und Strafverteidiger können Aspekte wie die Spezialisierung ihrer Tätigkeit, das Vorhandensein der Bestellung als Notar sowie Informationen zum ökonomischen Erfolg ihrer Kanzleien ausgewertet werden. Hinzu kommen Aussagen über die inhaltliche Praxis und den Erfolg ihres Auftretens vor Gericht, sowohl vor dem Volksgerichtshof als auch in anderen rechtsanwaltlichen Kontexten.

2.4.1 Spezialisierung, Notariat, wirtschaftliche Situation und Honorare

Zur fachlichen Spezialisierung ist festzustellen, dass Weimann und Behse sich „[a]us einem starken inneren Bedürfnis“ bewusst auf die Strafverteidigung fokussierten und in der Hauptsache Strafsachen bearbeiteten. Weimann strebte diesen Fokus schon seit seiner Studienzeit an. In den letzten Jahren seiner Tätigkeit vor Kriegsende bearbeitete er nahezu keine Zivilverfahren mehr. Als Spezialverteidiger vor dem Strafgericht gehörte er zu einer eher kleinen Gruppe an

¹³⁰ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Entnazifizierungsfragebogen des Military Government of Germany, 8.4.1946.

¹³¹ Dem entsprechend waren aufgrund ihrer Positionen Neubert, Ranz und Zarnack sowohl im DEUTSCHEN FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 328f., 369, 540f. als auch im DEGENER, Wer ist´s?, 1935, S. 1133f., 1261, 1775 aufgeführt. Behse und Weimann sind in beiden Personensammlungen nicht zu finden.

Rechtsanwälten, wie er nach Kriegsende angab.¹³² Zarnack hatte neben dem Strafrecht als Spezialarbeitsgebiet außerdem noch das Kartellrecht. Neben der Strafverteidigung war er entsprechend als „Berater von Wehrwirtschaftsbetrieben“ im intensiven Kontakt mit „Unternehmern und Wirtschaftsleuten“ und deren zivilrechtlichen Verfahren.¹³³ Ranz und Neubert hingegen hatten andere Schwerpunkte. Für Ranz waren dies das „Handelsrecht und gewerblicher Rechtsschutz“. Neubert gab für sich das Öffentliche Recht als „Spezialarbeits- oder Forschungsgebiet“ an.¹³⁴ Eine besondere Expertise, die sie für Verteidigungen vor dem Volksgerichtshof qualifiziert hätte, hatten die beiden letztgenannten damit nicht.

Die Bestellung zum Notar und damit in ein öffentliches Amt kann aufgrund der besonderen Überprüfung, die hierfür notwendig war und neben der fachlichen auch die persönliche Eignung umfasste, für die Beurteilung der Anwälte durch die staatliche Justizverwaltung von Interesse sein.¹³⁵ Die vier auf „Liste B“ verzeichneten Anwälte waren allesamt Anwaltsnotare. Weimann hatte als einziger kein Notariat inne, was jedoch aufgrund seiner expliziten Spezialisierung als Strafverteidiger daran liegen könnte, dass er sich um ein solches nie beworben hat. Die Bestellungen von Werner Ranz (Mai 1928), Reinhard Neubert (Juli 1933) und Rudolf Behse (Juni 1938) erfolgten jeweils etwa neun bis zehn Jahre nach dem bestandenen Assessorexamen.¹³⁶ Das Notariat konnte nach entsprechendem Antrag einem geeigneten Rechtsanwalt „in der Regel“ nach einer zehnjährigen Berufstätigkeit im betreffenden Gerichtsbezirk verliehen werden und wurde als „Krönung der Anwaltschaft“ empfunden. Die Eignung wurde dabei durch eine Anfrage bei den Vorsitzenden der Straf- und Zivilkammern, vor denen der Anwalt tätig war, ermittelt.¹³⁷ Die Bestellungen dieser drei Rechtsanwälte zum Notar zeigen daher lediglich erneut, dass ihnen von Seiten des Regimes kein staatsfeindliches oder oppositionelles Handeln zugeschrieben wurde. Zarnacks Bestellung zum Notar sticht dem gegenüber deutlich heraus. Nachdem er im März 1930 zum Rechtsanwalt zugelassen worden war, bewarb er sich bereits

¹³² LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin: Schreiben von Rudolf Behse an den Hauptausschuss für Entnazisierung [sic!] im Siegkreis, 23.5.1948; IfZ, ZS 1663, Eidesstattliche Erklärung Arno Weimann, Februar 1947; IfZ, MA 1563, NG 555, Affidavit Arno Weimann, 15.10.1946.

¹³³ DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934, S. 541; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Wolfgang Zarnack an den Berliner LG-Präsidenten, 4.3.1943; IfZ, MA 1569/81, Interrogation Records, Vernehmung Wolfgang Zarnack, 22.8.1947.

¹³⁴ DEGENER, Wer ist's?, 1935, S. 1134, 1261. Neubert hatte im Völkerrecht promoviert; vgl. SCHÄFER 2019, S.5.

¹³⁵ Anwaltsnotare waren für die Zeit ihrer Bestellung bzw. ihrer Zulassung als Anwalt Träger dieses öffentlichen Amtes, sie waren aber keine Beamten; vgl. KIBENER, Michael/ROTH, Andreas: Notare in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“. Das westfälische Anwaltsnotariat 1933–1945, Baden-Baden 2017, S. 46.

¹³⁶ BLHA, 4A KG Berlin – Kartei der Notare, Rudolf Behse, Reinhard Neubert und Werner Ranz. Im Fall von Ranz beziehen sich die neun Jahre nicht auf das Assessorexamen (April 1922), sondern, da er dieses aufgrund des Ersten Weltkriegs erst später absolvieren konnte, auf das festgelegte Dienstalster (September 1919), das die Wartezeit verkürzen konnte; C Rep. 301 Nr. 2556, Personalakte Werner Ranz und KIBENER/ROTH 2017, S. 198.

¹³⁷ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Schreiben an den Vizepräsidenten des KG, 15.9.1949; BLHA, 4A KG Pers. 9431, Personalakte Rudolf Behse, darin u. a.: Schreiben an den Präsidenten des KG, 2.5.1938; KIBENER/ROTH 2017, S. 47.

im Frühjahr 1933 um das Notariat und wurde infolgedessen schon im Oktober des gleichen Jahres in sein Amt vereidigt. In seinem Fall wurde aufgrund der erst kurzen Tätigkeit als Rechtsanwalt von einer allgemeinen Eignungsanfrage bei den Kammervorsitzenden abgesehen. Stattdessen wurden nur die Einschätzungen von vier Vorsitzenden, welche Zarnack selbst angegeben hatte, eingeholt. Er wurde in diesen „als zuverlässig und auch als juristisch durchaus qualifiziert“ beurteilt, sodass bezüglich seiner Befähigung keine Bedenken geltend gemacht wurden. Der Präsident des Landgerichts überließ allerdings die „Entscheidung darüber, ob die von dem Bewerber angegebenen Gründe seine vorzeitige Ernennung zum Notar rechtfertigen“ einem „höhere[n] Ermessen“.¹³⁸ Da leider die Bewerbung Zarnacks mit den von ihm vorgebrachten Gründen nicht in der Personalakte enthalten ist, können über diese keine Aussagen getroffen werden. Es ist aber anzunehmen, dass seine bereits dargelegten politischen Betätigungen und Ämter hierauf einen Einfluss gehabt haben und dass die Wahrscheinlichkeit einer so früh erfolgenden Bestellung zum Notar ohne den Systemwechsel 1933 geringer gewesen wäre. Zarnack profitierte also in dieser Hinsicht persönlich von seinem politischen Engagement.

Ebenfalls profitiert hat er bei Betrachtung der ökonomischen Entwicklung seiner Kanzlei. Zarnack ist der Anwalt der Untersuchungsgruppe mit der mit Abstand umsatzstärksten Kanzlei in der Zeit des Nationalsozialismus, wobei zu Neubert hierzu keine Informationen vorliegen. Nach einer Selbstauskunft bewegte sich sein steuerpflichtiges Gesamteinkommen zwischen 1932 und 1945 zwischen 12.000.- und 180.000.- RM und steigerte sich somit um den Faktor fünfzehn. Unterlagen des Finanzamts Charlottenburg-West weisen für die Jahre 1937 und 1938 ein Einkommen von ca. 65.000.- RM auf, das sich im folgenden Jahr fast verdoppelte und 1942 mit knapp über 260.000.- RM sein Maximum erreichte. Auch das versteuerte Vermögen wuchs zwischen dem Jahresbeginn 1935 und 1940 fast um 100 % von 41.900.- auf 79.356.- RM.¹³⁹ Von den exakten Summen unabhängig war Zarnack also, wie der enorme Anstieg seines Kanzleieinkommens zeigt, ein großer Nutznießer des NS-Regimes. Dass er seine Praxis nach 1933 „sprunghaft vergrößert“ hat, war in der Berliner Anwaltschaft bekannt.¹⁴⁰

Ebenso bekannt war, dass einer der Gründe seiner lukrativen Arbeit die „unerhört hohe[n] Honorare“ waren, welche er verlangte. So berichtete der frühere Mandant Emil Mertens, der Zar-

¹³⁸ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Schreiben des Vorsitzenden der vierten Kammer des Landesarbeitsgerichts an den LG-Präsidenten, 6.5.1933 und Bemerkung des LG-Präsidenten, 11.5.1933.

¹³⁹ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Meldebogen, 24.8.1946 und Anlage zum Arbeitsblatt Wolfgang Zarnack des Finanzamtes Charlottenburg-West, 7.7.1947.

¹⁴⁰ LA Berlin, B Rep. 031-03-06, unb. Karton 213 (6 Bde.), Entnazifizierungsverfahren Wolfgang Zarnack, 6. Band, darin: Schreiben von Rechtsanwalt Bellermann an den Spruchausschuss Spandau, 11.4.1950. Es wurden dabei auch deutlich überhöhte Beträge verbreitet. Rechtsanwalt Rive nennt aus seiner Erinnerung die Summe von 900.000.- RM; ebd., darin: Schreiben von Rechtsanwalt G. Rive an den Spruchausschuss Spandau, 1.7.1950. Siehe auch die Aussagen der Anwälte Hans Viereck und Wilhelm Scholz im September/Okttober 1950; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack.

nack nach eigener Angabe zum Dank verpflichtet sei, weil dieser ihm durch Verzögerung seines Verfahrens das Leben gerettet habe, dass er vor dem ersten Gespräch in der Untersuchungshaft schriftlich ein Honorar in Höhe von 5.000.- RM zusichern musste. Im Fall der Vertretung einer Gruppe tschechischer Adliger verdiente Zarnack 40.000.- RM.¹⁴¹ Wegen der Nichtzahlung eines besonders hohen Honorars klagte er 1942 sogar gegen einen früheren Mandanten. Für die Verteidigung, bei der er laut Aussage der Gegenpartei an zwei Dritteln der 24 Gerichtstage nicht einmal anwesend war, sollen 20.000.- RM, für die Vertretung im Gnadenverfahren noch einmal weitere 30.000.- RM vereinbart worden sein.¹⁴² Dieser Umstand bedingte es, dass die im April 1944 erlassene „Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte“, welche Rahmensätze für die Verteidigung in Strafsachen vorgab, in der Anwaltschaft „Lex Zarnack“ oder „Zarnack-Verordnung“ genannt worden sein soll.¹⁴³

Bei Betrachtung dieser hohen Verteidigerkosten ist zu überlegen, weshalb Zarnack dennoch nach wie vor beauftragt wurde und Mandant:innen fand, die bereit waren, diese Honorare zu bezahlen. In den beiden bereits zitierten Schreiben wird als Grund hierfür angegeben, dass Zarnacks Mandant:innen geglaubt hätten, „dass er zu ihren Gunsten seine hohe Parteistellung ausnutzen würde.“¹⁴⁴ Tatsächlich gibt es zahlreiche Aussagen, die dies belegen. Dazu zählen nicht nur ehemalige Mandant:innen und Anwaltskollegen, die sich entsprechend nach Kriegsende äußerten, sondern beispielsweise auch Oberreichsanwalt Ernst Lautz, Chefankläger am Volksgerichtshof, der Zarnack gebeten haben soll, „seinen politischen Einfluss geltend zu machen“, um eine Zurechtweisung für Freislers Verhandlungsführung zu erreichen. Unabhängig davon, ob Lautz dies tatsächlich getan hat, schien es ihm 1947 wohl plausibel, Zarnack – mit dem Ziel seiner Entlastung – einen politischen Einfluss zuzuschreiben. Auch Zarnack selbst rühmte sich in der angesprochenen Klage damit, dass er seinem zahlungsunwilligen Mandanten „durch seine Beziehungen“ eine Stellung besorgt und „sich bei der Partei zu Gunsten des Beklagten“ eingesetzt habe. Dieses Verhalten wurde sogar vom SD wahrgenommen und missbilligend der

¹⁴¹ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Rechtsanwalt Werner Scheepers an den Berliner Polizeipräsidenten, 20.5.1950 und Eidesstattliche Erklärung Emil Mertens, 5.6.1947; IfZ, MA 1569/81, Interrogation Records, Vernehmung Wolfgang Zarnack, 22.8.1947. Zarnack sagte aus, er habe in dem Verfahren 20 Personen vertreten.

¹⁴² LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin: Aktenvermerk, 19.5.1942. Zugleich ist zu nennen, dass in mehreren Erklärungen seines Spruchkammerverfahrens geäußert wurde, dass Zarnack zunächst ohne Honorarvereinbarung verteidigte oder in einem Fall einen Nachlass gewährte. In den Fällen, in denen konkrete Summen zur Sprache kamen, handelte es sich allerdings um die obigen Größenordnungen; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Eidesstattliche Erklärungen von Alice Sauer, Paul Willmann, Willy Magerstein und Albert Speck, November 1946 bis Januar 1948.

¹⁴³ RGBl. I (1944), S. 104–107; LA Berlin, B Rep. 031-03-06, unb. Karton 213 (6 Bde.), Entnazifizierungsverfahren Wolfgang Zarnack, 6. Band, darin: Schreiben von Rechtsanwalt Fritz Dittmann an den Spruchausschuss Spandau, 19.4.1950; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Rechtsanwalt Werner Scheepers an den Berliner Polizeipräsidenten, 20.5.1950.

¹⁴⁴ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Rechtsanwalt Werner Scheepers an den Berliner Polizeipräsidenten, 20.5.1950.

Verdacht geäußert, „dass Z. seine politische Stellung als alter Parteigenosse mitunter bewusst für seine Praxis ausnützt“.¹⁴⁵ Ergänzend zur zuvor betrachteten politischen Tätigkeit ist daher zu bemerken, dass Zarnack nach 1935 zwar nicht mehr selbst aktiv war, dass er von seinem Status als „Alter Kämpfer“ und seinen Beziehungen zu Führern des Naziregimes aus der „Kampfzeit“ aber Gebrauch zu machen wusste und sich innerhalb des Staats- und Parteiapparats entsprechend darstellte und verhielt.

Zarnack selbst verteidigte im Fall Mertens die Höhe seines Honorars von 5.000.- RM unter anderem damit, dass sich dieses „im Rahmen des üblichen in Berlin hielt.“¹⁴⁶ Nicht nur obige Zitate lassen das als unzutreffend vermuten, sondern auch der Vergleich mit anderen bekannten Honoraren und der Gesetzeslage. Was war also der Rahmen eines üblichen Honorars? Nachdem zuvor die Vergütung von Wahlverteidigungen frei ausgehandelt werden konnte, setzte die „Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte“ 1944 als Rahmen fest, dass ein Wahlverteidiger für Verteidigungen vor dem VGH zwischen 80 und 800 RM, ab dem zweiten Verhandlungstag je zwischen 80 und 300 RM verlangen konnte. Als Pflichtverteidiger erhielt er die genannten Mindestsätze.¹⁴⁷ Zwar galt diese Verordnung erst im letzten Kriegsjahr, aber bereits 1940 war für Kriegsstrafverfahren eine noch geringere Pflichtverteidigerentlohnung festgelegt worden, die als Vergleich dienen kann. Weiter ist hier ein Schreiben des Präsidenten des Oberlandesgerichts (OLG) Karlsruhe aus dem Jahr 1937 heranzuziehen. Diesem Brief ist zu entnehmen, dass im dortigen Gerichtsbezirk der „Gesamtbezug eines Verteidigers“ in den Jahren 1935 und 1936 „zwischen etwa 400 RM und 1000 RM (Höchstbetrag einmal 1306 RM)“ schwankte und dass diese Summe für einzelne Anwälte den „lebensnotwendige[n] Kern des anwaltschaftlichen Einkommens darstell[e]“.¹⁴⁸ Auch diese Angaben aus der Vorkriegszeit entsprechen in der Größenordnung den in der Gebührenordnung von 1944 festgehal-

¹⁴⁵ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Eidesstattliche Erklärung Ernst Lautz, 2.4.1947 und Eidesstattliche Erklärung Elisabeth Kunze, 17.3.1947; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin: Aktenvermerk, 19.5.1942; BArch, R 3001/24204, darin: Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an Staatssekretär Dr. Rothenberger, 16.3.1943. Vgl. KÖNIG 1987, S. 232: „Gerade Anwälte, die über ein gutes Verhältnis zur NSDAP oder eine vorzeigbare Parteikarriere verfügten, ließen sich die Vertretung von Mandanten [...] bisweilen fürstlich honorieren, was sie im übrigen nicht hinderte, ihr Handeln später als Taten des Widerstandes auszugeben.“

¹⁴⁶ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Wolfgang Zarnack an die Spruchkammer Fulda, 18.11.1948.

¹⁴⁷ RGBl. I (1944), S. 104f. Die Sätze vor dem Reichsgericht und dem OLG waren mit denen vor dem VGH identisch. In anderen Strafsachen und vor dem Sondergericht lagen die Höchstsätze niedriger (bis 600 bzw. bis 200 RM), vor dem AG waren sie halb so hoch wie vor dem VGH. Es gab also für die Verteidigung vor dem VGH gegenüber Gerichten anderer Instanzen ökonomische Anreize für die Anwälte.

¹⁴⁸ BArch, R 3001/21079, darin u. a.: Schreiben des Präsidenten des OLG Karlsruhe an das RMJ, 27.1.1937 und Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht an den NSRB, Reichsgruppenwaller Rechtsanwälte, 7.8.1940. In der Kriegsstrafverfahrensordnung waren je Verhandlungstag 30 RM, „in schwierigen und umfangreichen Strafsachen“ bis zu 60 RM Gebühren für den Pflichtverteidiger bestimmt. Das Schreiben des OLG-Präsidenten wurde in Reaktion auf eine Verordnung verfasst, die die Hoch- und Landesverratsachen des OLG-Bezirks Karlsruhe dem OLG Stuttgart zuwies, wodurch für die badischen Anwälte ein deutlich spürbarer Ausfall an Verteidigergebühren befürchtet und aufgrund der schlechten finanziellen Lage der Anwaltschaft vor diesem gewarnt wurde.

tenen Honorarangaben und sind deutlich geringer als die von Zarnack festgesetzten und als „üblich“ bezeichneten Vergütungen.

Der Blick auf eine ehrengerichtliche Verurteilung Arno Weimanns 1930/31 bekräftigt dieses Bild. Weimann wurde darin wegen Vereinbarung eines Sonderhonorars in „aussergewöhnlicher Höhe“ von 1.000.- RM zusätzlich zur Prozess- und Verhandlungsgebühr, die etwa in gleicher Höhe anfiel, zu einer Strafzahlung von 500.- RM verurteilt. Der erste Senat des Ehrengerichtshofs führte dieses Sonderhonorar „nur auf Eigennutz zurück“, die erste Instanz sah durch Weimanns Handeln „einen Mangel an Selbstzucht“ als gegeben an.¹⁴⁹ Im Übrigen waren die Honorare Weimanns, die während der NS-Zeit nachzuvollziehen sind, innerhalb der Rahmen, welche 1944 festgesetzt wurden.¹⁵⁰ Auch ohne unlautere Vergütungen war es, wie die Kanzlei Weimanns zeigt, möglich, wirtschaftlich vom NS-System und der Tätigkeit als Strafverteidiger (unter anderem) vor dem Volksgerichtshof zu profitieren. Zwischen 1933 und 1944 stieg sein Einkommen von etwa 30.000.- RM auf ungefähr 50.000.- RM an.¹⁵¹ Ökonomisch zeigt sich ein opportunistisches Verhältnis gegenüber dem Staat im Erwerb eines Hauses durch Weimann im Rahmen eines Zwangsverkaufs. 1939 kaufte er „mit Genehmigung der zuständigen Stellen“ von der Jüdin Josefine Schwarzwald das Grundstück Berliner Straße 99 in Berlin-Charlottenburg, die dieses zur Finanzierung ihrer Flucht in die USA verkaufen musste. In diesem Fall bereicherte er sich also am Unrecht einer anderen Person, da er von der Unfreiwilligkeit der Notwendigkeit zum Verkauf gewusst haben dürfte oder diese hätte vermuten können.¹⁵²

Im Betrag etwa ähnlich wie Weimanns Einkommen war die finanzielle Situation von Werner Ranz, allerdings mit umgekehrter Tendenz. Nach eigener Angabe betrug sein Einkommen zwischen 1931 und 1942 „ziemlich gleichmässig 40-50.000.- RM“ und sank in den zwei folgenden Jahren auf zunächst 30.000.-, dann 25.000.- RM ab.¹⁵³ Ursächlich für diese Entwicklung seiner Einkünfte dürften neben anderen ehrenamtlichen Aufgaben die Tätigkeit als Präsident der RAK Potsdam sowie später die Einberufung zum Wehrdienst im August 1939 gewesen sein. Ranz sagte, dass er aufgrund „dieses Opfer[s]“ vor Kriegsbeginn nur „wenig Zeit für [s]eine Praxis übrig“ gehabt hätte und sein Einkommen daher nicht hätte steigern können. Im Zweiten Welt-

¹⁴⁹ BAArch, R 3005/2244, Verfahrensakte Arno Weimann, darin: Urteil des ersten Senats des EGH, 8.10.1931 und Urteil des Ehrengerichts der Anwaltskammer Berlin, 10.11.1930.

¹⁵⁰ Die einzige Ausnahme, die mit 3.000.- RM die höchste genannte Summe darstellte, war das Gesamthonorar für die Wahlvertretung von Karl Friedrich Stellbrink vor dem VGH 1943; Archiv der Hansestadt Lübeck, 05.5 Stellbrink, Karl Friedrich: 018, darin: Schreiben von Arno Weimann an Hildegard Stellbrink, 17.5.1943.

¹⁵¹ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Entnazifizierungsfragebogen des Military Government of Germany, 8.4.1946.

¹⁵² LA Berlin, B Rep. 025 Nr. 3250-3251/50, Wiedergutmachungsverfahren Josefine Schwarzwald gegen Arno Weimann, darin u. a.: Schreiben von Karl Jaquet an die Gestapo, Staatspolizeileitstelle Berlin, 25.9.1940. Das Grundstück wurde im Januar 1953 nach einer im Vergleich festgesetzten Zahlung an Weimann von knapp 4.000.- DM an Schwarzwald rückerstattet.

¹⁵³ StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin: Fragebogen des Staatskommissars für die Entnazifizierung und Kategorisierung der Hansestadt Hamburg.

krieg war er zudem „nur zu Kriegsbeginn und 1943 während eines mehrmonatigen Lazarett-aufenthalts in Berlin“, sodass seine Kanzlei Praxis reduziert war.¹⁵⁴

Seinen Aussagen zufolge definitiv ebenfalls kein wirtschaftlicher Profiteur der Diktatur war Rudolf Behse. Zu seinem Einkommen gab er im Mai 1948 an: „Mir ist so, als hätte ich in meinen besten Zeiten rund 12.000.- RM jährlich versteuert.“ Seine wirtschaftliche Situation soll aufgrund des Verhältnisses von Einnahmen zu Unkosten sogar einmal von seinem Finanzamt als „ungesund“ bezeichnet worden sein.¹⁵⁵ Von einer konkreten Summe abgesehen, die aufgrund der durch Kriegseinwirkung vernichteten Unterlagen seines Finanzamtes nicht exakt zu bestimmen ist, scheint eine ökonomisch deutlich kleinere Kanzlei plausibel. Behse kam es, soweit bestimmbar weder vor noch nach 1945, nicht auf einen Gewinn an: „Ich würde es deshalb vorziehen, während meines restlichen Lebens in meinem Beruf ein ganz bescheidenes, als durch eine andere Beschäftigung ein höheres Einkommen zu erwerben.“¹⁵⁶ In den einzigen Aussagen über Honorare äußert der Ehemann einer Mandantin, dass Behse für deren Verteidigung „ein Honorar verlangte, das lächerlich gering war [...], sodass [s]eine Frau sich veranlasst sah, gegen [Behses] Widerspruch bei seinem Büro einen zusätzlichen Betrag einzuzahlen.“ Die zweite Thematisierung erfolgte durch Behse selbst, demzufolge er nach der Zerstörung seiner Wohnung und Kanzlei durch einen Luftangriff im November 1943 ausschließlich Verteidigungen vor dem Reichskriegsgericht übernommen und hier fast nur noch Pflichtverteidigungen geführt hätte, die mit einmalig etwa 80 RM vergütet worden wären.¹⁵⁷

2.4.2 Verteidigungstätigkeit

Beginnend mit Behses Handeln vor dem Reichskriegsgericht werden inhaltlich die rechtsanwaltliche Tätigkeit, die Übernahme von Mandaten sowie Aussagen über den Erfolg der Strafverteidigung analysiert. Konkrete Fälle der Verteidigung vor dem VGH, bei denen beispielsweise der Verfahrensausgang nachverfolgt werden könnte, sind für ihn nicht überliefert oder können anhand der Quellen nicht erschlossen werden. Durch wen oder wie häufig Behse als Pflicht- oder Wahlverteidiger beauftragt wurde, ist nicht zu beantworten. Lediglich ein Schreiben aus der Zeit des Bestehens des Volksgerichtshofs, in der Behse von einer „grossen Verteidi-

¹⁵⁴ StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin: Schreiben von Werner Ranz an den Fachausschuss Justiz der Stadt Hamburg, 22.6.1949.

¹⁵⁵ LA NRW, NW 0252 Nr. 31, Personalakte Rudolf Behse, darin: Fragebogen des Military Government of Germany, 23.5.1948; LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin: Schreiben von Rudolf Behse an den Hauptausschuss für Entnazifizierung [sic!] im Siegbereich, 6.6.1948.

¹⁵⁶ LA NRW, NW 0252 Nr. 31, Personalakte Rudolf Behse, darin: Antrag von Rudolf Behse an den Landesjustizminister auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim LG und AG Köln, 27.1.1949.

¹⁵⁷ LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin: Schreiben von Rudolf Behse an den Hauptausschuss für Entnazifizierung [sic!] im Siegbereich, 6.6.1948; Schreiben des Finanzamtes Schöneberg, 27.5.1948; Eidesstattliche Erklärung Paul Scholz, 10.1.1946. Behse gab an, dass er „es nie in [s]einem Leben verstanden habe, [s]ich für [s]eine Arbeit angemessen bezahlen zu lassen“, was er „nicht etwa als moralisches Plus, sondern eher als mangelhafte Fähigkeit zur Selbstbehauptung im Lebenskampf gewertet wissen“ wollte.

gung vor dem Volksgerichtshof, die täglich von 9–17 oder 18 Uhr dauert“, berichtet, belegt neben seinen Aussagen nach Kriegsende, dass er überhaupt Verteidigungen vor dem VGH geführt hatte.¹⁵⁸ Er vertrat allerdings nur bis Anfang 1942 vor dem VGH und anderen Sondergerichten, da er etwa zu dieser Zeit „mit Rücksicht auf den zunehmenden Justiz-Terror“ die Durchführung von Mandaten vor diesen Gerichten einstellte und fast nur noch am Reichskriegsgericht auftrat, „das sich am längsten und erfolgreichsten gegen die Vergewaltigung der Justiz zur Wehr setzte.“¹⁵⁹ Die meist allein der Präsidentschaft Freislers zugeschriebene Eskalation der Todesurteile des Volksgerichtshof erlebte Behse damit nicht mehr als Akteur vor Gericht mit.¹⁶⁰

Vor dem Reichskriegsgericht war er unter anderem 1942 in den Verfahren gegen die sogenannte Rote Kapelle als Pflichtverteidiger von Ilse Stöbe, Libertas Schulze-Boysen und Rudolf von Scheliha bestellt. Diese Verfahren, in denen Behse von Misshandlungen der Angeklagten erfuhr, endeten allesamt nach wenigen Stunden Verhandlungsdauer mit dem Todesurteil. Eine von ihm eingelegte Berufung wurde abgelehnt. Behse äußerte über zwei Jahrzehnte später, dass etwa der Fall von Scheliha „von vornherein völlig aussichtslos“ gewesen sei.¹⁶¹ Inhaltlich wurde Behses Arbeit als Verteidiger durch alle Aussagen und eidesstattlichen Erklärungen seines Entnazifizierungsverfahrens, die er in der Mehrzahl selbst eingereicht zu haben scheint, außerordentlich positiv bewertet. Zwar ist die Eigenaussage, dass die Zahl der Regimegegner, welche ohne seinen Einsatz nicht mehr leben würden, „weit über hundert beträgt“ sicherlich kritisch zu hinterfragen. Allerdings wurde ihm von früheren Mandant:innen und deren Angehörigen sowie Kollegen übereinstimmend nicht nur ein abstrakter „Hass“ gegen das NS-System, sondern auch konkret die tatkräftige Unterstützung in den Verfahren, die „erheblich über das hinausgegangen war, was [damals] [...] von einem Anwalt erwartet werden durfte und üblicherweise getan wur-

¹⁵⁸ BLHA, 4A KG Pers. 9431, Personalakte Rudolf Behse, darin: Schreiben von Rudolf Behse an den Präsidenten des LG Berlin, 11.8.1938.

¹⁵⁹ LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin: Schreiben von Rudolf Behse an den Hauptausschuss für Entnazisierung [sic!] im Siegkreis, 23.5.1948. Nach der Zerstörung seiner Berliner Wohnung verlegte Behse sogar de facto seinen Wohnsitz nach Torgau, wo das Reichskriegsgericht seit Sommer 1943 untergebracht war; LA NRW, NW 0252 Nr. 31, Personalakte Rudolf Behse, darin: Antrag von Rudolf Behse an den Landesjustizminister auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim LG und AG Köln, 27.1.1949. Aufgrund „zu milder“ Urteile verdächtigte Hitler die Militärjustiz, darunter das Reichskriegsgericht, der Sympathie mit Regimegegnern wie den Attentätern des 20. Juli. Aus diesem Grund wurden die beteiligten Militärs formell durch den extra hierfür geschaffenen „Ehrenhof des Heeres“ aus der Wehrmacht ausgestoßen, wodurch diese nicht durch die Militärgerichtsbarkeit, sondern durch den Volksgerichtshof angeklagt werden konnten; vgl. BUCHHEIT 1968, S. 135; KOCH 1988, S. 333 und WAGNER 2011, S. 65, 662.

¹⁶⁰ Dass dieser Anstieg nicht erst mit Freisler begann, wurde in der Forschung mittlerweile dargelegt; vgl. KÖNIGSEDER 2001, S. 165 und HENSLE, Michael: Volksgerichtshof, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. v. Wolfgang BENZ, Hermann GRAML u. Hermann WEIß, München 2007, S. 856.

¹⁶¹ HÖHNE, Heinz: ptx ruft moskau, in: Der Spiegel 28/1968, 7.7.1968; LA Berlin, B Rep. 057-01 Nr. 419, darin: Schreiben von Rudolf Behse an den Generalstaatsanwalt beim KG Berlin, 16.1.1967. Hier gab Behse an, einen Teil der Angeklagten der „Roten Kapelle“ auch vor dem VGH verteidigt zu haben. Vgl. DALLIN, David: Die Sowjetspionage. Die Rote Kapelle in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49/1955, 7.12.1955.

de“, attestiert oder „seine Aufopferungsfähigkeit“ für seinen Beruf bestätigt.¹⁶² Die bisherigen Befunde zu Behses politischer (Nicht-)Tätigkeit sowie ausbleibende entgegengesetzte Äußerungen lassen daher insgesamt den Schluss zu, dass er sich im Interesse der Angeklagten nach seinen Möglichkeiten einsetzte und in deren Rahmen Erfolge erzielen konnte.¹⁶³

Behse konnte der Verteidigung vor dem Reichskriegsgericht bis kurz vor Kriegsende nachgehen, obwohl er seit Januar 1942 zur Wehrmacht eingezogen war. Dies lag darin begründet, dass er nach seiner Einberufung nur kurzzeitig einige Wochen zur Ausbildung nach Stralsund eingezogen war und anschließend nach Berlin versetzt und formell dem Luftgaukommando und einem Kriegsgericht zugeteilt wurde. „In Wahrheit aber [sei er] für die Fortsetzung [s]einer Tätigkeit als Rechtsanwalt und Verteidiger beim Reichskriegsgericht frei[gestellt worden].“ Diese Freistellung wurde monatlich stets verlängert, bis er auf Antrag des Präsidenten des Reichskriegsgerichts im März 1945 „unabkömmlich“ gestellt wurde.¹⁶⁴ Die Einstellung seiner Tätigkeit vor dem VGH und den Sondergerichten ist, so ist anzunehmen, also nicht (nur) wegen seiner Abneigung des „Justiz-Terrors“ erfolgt, sondern wegen der Einberufung zur Wehrmacht und der dann erfolgten Freistellung spezifisch für das Reichskriegsgericht.

Sogar noch weitreichender als bei Behse ist für Werner Ranz keine einzige Verteidigung vor dem Volksgerichtshof konkret zu benennen oder abstrakt den Akten zu entnehmen. Es gibt für diesen Befund, bei dem jedoch unklar ist, ob Ranz keinerlei Verfahren vor dem VGH geführt hat oder diese nur nicht überliefert sind, drei plausible Erklärungsfaktoren. Zunächst war das Strafrecht, wie bereits dargestellt, kein schwerpunktmäßiges Arbeitsgebiet von Ranz, der vor allem handelsrechtliche und gewerbliche Verfahren vertrat. Hinzu kommen die beiden Gründe, die auch für die Entwicklung seiner Einkommenssituation angeführt wurden: Die zeitliche Einschränkung seiner praktischen Arbeit als Rechtsanwalt aufgrund der Ehrenämter in der Rechtsanwaltskammer Potsdam und der Reichsrechtsanwaltskammer sowie die Einziehung zur Wehrmacht als Offizier ab Ende August 1939, während der er als Frontsoldat ab 1940 unter anderem Feldzüge in Frankreich, Russland, Norwegen und auf dem Balkan miterlebte und also nicht in

¹⁶² LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin u. a.: Schreiben von Rudolf Behse an den Hauptausschuss für Entnazisierung [sic!] im Siegkreis, 23.5.1948; Eidesstattliche Erklärungen von Paul Scholz, 10.1.1946 und Georg Meckel, 20.2.1948. Nach HAASE, Norbert: Der Fall „Rote Kapelle“ vor dem Reichskriegsgericht, in: Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hrsg. v. Hans COPPI, Jürgen DANYEL u. Johannes TUCHEL, Berlin 1994, S. 160–179, hier S. 177 Anm. 25 hatte sich Behse „wahrhaftig für einzelne Angehörige der Roten Kapelle vor dem RKG eingesetzt“ und wurde von negativen Bewertungen über die Verteidiger von einer Angeklagten explizit ausgenommen.

¹⁶³ KLEIN 1996, S. 200 verweist darauf, dass allerdings der Einsatz eines Verteidigers für seine Mandant:innen nicht als Beweis für eine ablehnende Einstellung gegenüber dem NS-Staat missverstanden werden darf. Erst wenn sich der Verteidiger selbst in Gefahr brachte, kann eine echte Widerstandshandlung angenommen werden.

¹⁶⁴ LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin: Schreiben von Rudolf Behse an den Hauptausschuss für Entnazisierung [sic!] im Siegkreis, 23.5.1948.

Berlin verteidigen konnte.¹⁶⁵ Zur weiteren rechtsanwaltlichen Tätigkeit sind anhand der Personalunterlagen ebenfalls kaum konkrete Angaben zu machen, lediglich im Falle ehrengerichtlicher Prozesse finden sich dazu Informationen. Bekannt sind aufgrund eines Ehrengerichtsverfahrens gegen Ranz seine Tätigkeit in einem gewerblichen Zivilrechtsfall 1925 sowie zehn Jahre später die Durchführung eines Erbverfahrens als Testamentsvollstrecker, deren ehrengerichtliche Aufarbeitungen sich jeweils über Jahre erstreckten.¹⁶⁶ Da Ranz in seinem Entnazifizierungsverfahren, für das er sich selbst proaktiv bei der Spruchkammer gemeldet hatte, vor allem auf Basis seiner eigenen Angaben aufgrund des Wehrdienstes von 1939 bis 1945 unmittelbar als Entlasteter eingestuft und zur Rechtsanwaltschaft wiederzugelassen wurde, gab es für weitergehende Ermittlungen oder Aussagen über seine, sowieso nicht im Strafrecht tätige, rechtsanwaltliche Praxis wenig Anlass. Eine inhaltliche Bewertung seiner Verteidigungen und Vertretungen ist entsprechend nicht möglich.

Reinhard Neubert war, trotz seiner Spezialisierung im Öffentlichen Recht, bis zuletzt neben seiner Hauptbeschäftigung als Präsident der Reichsrechtsanwaltskammer auch als Anwalt tätig, wenngleich mutmaßlich in eher geringem Umfang.¹⁶⁷ Für die Strafverteidigung vor dem Volksgerichtshof sind mehrere Fälle bekannt, in denen er als Rechtsanwalt auftrat, alle gehörten zum Komplex der Prozesse in Folge des 20. Juli 1944. Im August 1944 vertrat Neubert als Pflichtverteidiger Generalmajor Hellmuth Stieff, im folgenden Monat Generalmajor Otto Herfurth und am 20. Dezember Hermann Pünder, den späteren Oberbürgermeister Kölns. Anfang 1945 ist die Verteidigung von Rüdiger Schleicher belegt. Während Stieff, Herfurth und Schleicher zum Tode verurteilt und kurz darauf hingerichtet wurden, erfolgte für Pünder ein Freispruch aus Mangel an Beweisen, auch Graf von Sponeck wurde freigesprochen.

Über Neuberts Verfahrensführung sind nur wenige Aussagen vorhanden. Sein Plädoyer als Verteidiger von Stieff ist über ein stenografisches Protokoll der ersten VGH-Verhandlung zum 20. Juli am 7./8. August 1944 erhalten. Darin vertrat er die Position, dass für die Angeklagten

¹⁶⁵ StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin: Fragebogen des Staatskommissars für die Entnazifizierung und Kategorisierung der Hansestadt Hamburg; BArch, R 9361-III/549162, SS-Personalakte Werner Ranz, darin: Schreiben von Werner Ranz an das SS-Personalhauptamt beim RFSS, 13.1.1942. Ranz war bis Ende April 1945 als Soldat aktiv, zuletzt seit dem 1.3.1944 im Dienstrang eines Oberstleutnants.

¹⁶⁶ Im ersten Fall wurde Ranz am 31.3.1927 verurteilt und gegen ihn auf Warnung erkannt. Fünf Jahre später wurde die Strafe aus seinen Akten gelöscht. Das zweite Ermittlungsverfahren endete 1939 mit der Einstellung; BArch, R 3001/82578, Personalakte Werner Ranz. Zum dem zweiten Verfahren zugrundeliegenden Gerichtsprozess ist eine Akte des zweiten Zivilsenats des Reichsgerichts überliefert: BArch, R 3002/105697.

¹⁶⁷ Seiner Karteikarte des KG Berlin ist zu entnehmen, dass er noch bis 1945 Armensachen bearbeitete (in den Kriegsjahren 1941 vier Fälle, 1944 zwei Fälle und 1940, 1943 und 1945 je einen Fall); BLHA, 4A KG Berlin – Kartei der Notare, Reinhard Neubert. Außerdem erklärte er sich 1938 bereit, die Vertretung auch von Schutzhäftlingen zu übernehmen. Ob oder wie häufig dies geschah, ist nicht bekannt; BLHA 4A KG Pers. 9951, Personalakte Reinhard Neubert, darin: Schreiben des Präsidenten des LG Berlin, 25.11.1938. Möglich war ihm dies, da er, seit August 1939 eingezogen, dem Generalkommando im III. Armeekorps Berlin zugeteilt und vor Ort stationiert war. Über eine UK-Stellung, die angesichts seiner Ämter durchaus plausibel wäre, finden sich keine Angaben in den Personalakten; BArch, PERS 15/3476, Verfahrensakte Reinhard Neubert und BLHA, 4A KG Pers. 9951, Personalakte Reinhard Neubert, darin: Schreiben von Reinhard Neubert an den Präsidenten des LG Berlin, 2.10.1939.

eine Verteidigung notwendig sei, dass diese sich aber auf die Prüfung zu beschränken habe, „ob der Tatbestand so weit aufgeklärt ist, daß er die sichere Grundlage für eine Entscheidung bietet, und ob die rechtliche Würdigung, die dieser Tatbestand erfahren hat, richtig gewesen ist.“ Am Hochverratsvorwurf sei laut Neubert „nicht zu rütteln“, allerdings sah er die subjektiven Voraussetzungen des Landesverratsvorwurfs nicht gegeben und bat um deren erneute Prüfung. Trotz dieser Ausführungen hatte er aber seine Verteidigung damit begonnen, dass ihm „die[se] undankbare Aufgabe übertragen worden“ sei und in ihr ausgeführt, dass infolge des erfolgten Hochverrats auch die Zweifel am Landesverratsstatbestand „im Ergebnis nichts änder[n], [...] mit all den Konsequenzen, die darauf folgen“.¹⁶⁸ Mehr als nur eine formale und oberflächliche Verteidigung nahm Neubert damit nicht vor. Im Ergebnis bemühte er sich nicht um eine Abwendung des Todesurteils für seinen Mandanten, sondern nur um die Wahrung des Scheins einer pflichtgemäßen Verteidigung im NS-Staat, möglicherweise auch, um dessen Rechtspraxis zu legitimieren. Für das Verfahren gegen Schleicher berichtete Emmi Bonhoeffer von Neuberts Passivität in der Verteidigung.¹⁶⁹

Dass er seinem eigenen Verständnis entsprechend selbstbewusst vor Gericht auftreten und vor dem VGH durchaus Widerspruch äußern konnte, zeigt ein Schreiben an das Reichsjustizministerium. In diesem wurde von einem Wortwechsel zwischen dem Senatsvorsitzenden Freisler und Neubert in der Verhandlung am 29. September 1944 berichtet, durch welchen letzterer „im Bewußtsein [seiner] Autorität“ als RRAK-Präsident in seiner Verteidigung Herfurths „die Grenzen seiner Aufgabe überschritten“ habe. Dieser „Zwischenfall“ sollte nach Ansicht eines Bearbeiters der Parteikanzlei in den geplanten Rechtsanwaltsbriefen ausgewertet und kritisiert werden. Dies erfolgte mit „Rücksicht auf die Stellung des Justizrats Neubert“ nicht.¹⁷⁰ Nicht immer war Neuberts Verhalten also konform mit den Vorstellungen des Gerichts beziehungsweise seines Vorsitzenden, das missliebige Verhalten war allerdings nicht auffallend genug, als dass für ihn Konsequenzen folgten. Im Wesentlichen passte er seine Verteidigung den Erwartungen des Regimes an. Zu einem der bekannten VGH-Verfahren liegt ein Schreiben des freigesprochenen Hermann Pünder an seine Ehefrau vor, in welchem er das lebensrettende Urteil auf die Verteidigung Neuberts zurückführte, ohne deren Art oder Inhalt näher zu benennen. In

¹⁶⁸ Das Plädoyer ist abgedruckt in: Stenogramm der ersten Volksgerichtshofverhandlung vom 7./8. August 1944, in: VON ZUR MÜHLEN 2001, S. 459–547, hier S. 98f. des Stenogramms.

¹⁶⁹ BONHOEFFER, Emmi: Nach dem 20. Juli 1944, in: KOSLOWSKI, Jutta: Wer war Klaus Bonhoeffer? Annäherungen an einen unbekanntem Widerstandskämpfer, Gütersloh 2023, S. 502–542, hier S. 530. Anders allein OSTLER 1971, S. 279, 479 Anm. 73, nach dem Neubert in der Verteidigung von Sponecks ein „unerschrockene[s]“ Plädoyer gehalten habe, das OSTLER vorgelegen haben soll. Unmittelbar zuvor gab er aber an, dass Weimann „geschickt und durchaus integer“ verteidigt habe und folgte dabei einem apologetischen Nachruf, weshalb auch für die Information zu Neuberts Verteidigung Zweifel angemessen sind.

¹⁷⁰ Durch Lorenzen (PKzl.) Informierung eines Beamten im Reichsjustizministerium über einen Zwischenfall in der Volksgerichtshofverhandlung [...] (ID: APK-025728), in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945 (Online-Datenbank) [25.10.2024].

Anbetracht dessen, dass Pünder auch die „feste Überzeugung“ äußerte, Neubert hätte „unter den Rechtszuständen im Dritten Reich ebenso gelitten [...] wie alle anständig denkenden deutschen Juristen“, ist dieses Schreiben als klassischer „Persilschein“ einzuordnen.¹⁷¹ Für ein solches „inneres Leiden“ des überzeugten Parteimitglieds und Antisemiten Neubert gibt es in seinem Handeln keine Hinweise. Der Freispruch Pünders ist daher eher auf die Einflussnahme auf Roland Freisler zurückzuführen, die durch Heinz Tietjen erfolgte, zu dem Pünders Ehefrau den Kontakt hergestellt hatte.¹⁷²

Ähnlich ist auch ein Schreiben von Karl Schneidewin, ehemaliger Generalstaatsanwalt beim Obersten Gerichtshof für die britische Zone und zuvor Reichsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig, einzustufen. Über Neuberts Tätigkeit als vorsitzender Richter des Ehrengerichtshofs der RRAK äußerte er sich sehr positiv und beschrieb ihn als „unvoreingenommene[n], mit warmem Interesse nach Gerechtigkeit strebende[n] Richter.“ Jedoch ist ersichtlich, dass er zur günstigen Darstellung Neuberts durchaus überzeichnete, etwa Freisler als „eine[n] der größten Machthaber innerhalb der Partei“ betitelte, um das von Neubert als Senatsvorsitzendem getroffene Urteil gegen dessen Bruder zu überhöhen. Außerdem befanden sich in seinem Schreiben innere Widersprüche: Während er zunächst schrieb, dass ihm die enge äußere Verbundenheit Neuberts mit der NSDAP „von vornherein bekannt“ war, soll er später nicht gewusst haben „[i]nwieweit [Neubert] sonst an die NSDAP gebunden war und demgemäß gehandelt hat“.¹⁷³ Dass Neubert danach zwar in seltenen Fällen verteidigte und dabei um eine formal ordnungsgemäße Verteidigung bemüht war, ist ebenso festzuhalten wie die Tatsache, dass er in dieser Verteidigung übereinstimmend mit den vorigen Ergebnissen so wenig oppositionelles oder gar widerständiges Verhalten und ein Eintreten gegenüber dem Staatswesen aufwies wie in seiner sonstigen Tätigkeit in Partei- und Standesorganisationen. Vielmehr agierte er als Anwalt entsprechend seiner 1938 in der Großen Strafprozesskommission vertretenen Position, dass sich der Verteidiger nicht mit seinen Mandant:innen identifizieren sollte, da seine Aufgabe einen stärker öffentlichen Charakter habe.¹⁷⁴

¹⁷¹ LA Berlin, B Rep. 031-02-01 Nr. 12642/1+2, Entnazifizierungsakte Reinhard Neubert, darin: Schreiben von Hermann Pünder an Margarete Neubert, 2.10.1946.

¹⁷² PÜNDER, Tilman: In den Fängen des NS-Staates. Staatssekretär Dr. Hermann Pünder 1944/45, Münster 2018, S. 95f.

¹⁷³ LA Berlin, B Rep. 031-02-01 Nr. 12642/1+2, Entnazifizierungsakte Reinhard Neubert, darin: Schreiben von Karl Schneidewin an den Senator für Inneres Berlin, 11.2.1958. Die inneren Widersprüche fielen bereits dem Bearbeiter des Schreibens in der Verwaltung auf. Neben dem letzten Zitat, das handschriftlich unterstrichen wurde, finden sich Ausrufezeichen sowie ein deutlich markierter Kommentar mit Hinweis auf die zuvor zitierte Stelle. Oswald Freisler wurde 1937 durch Hitler aus der NSDAP ausgeschlossen, da er als Rechtsanwalt im Auftrag der katholischen Kirche einen Freispruch für drei Mitangeklagte des Widerstandskämpfers Joseph Cornelius Rossaint erreicht hatte. Die Verurteilung durch Neubert, die Schneidewin zeitlich nicht konkretisiert, stand daher wohl kaum im Widerspruch zu Partei oder Staat. 1939 suizidierte sich Oswald Freisler; vgl. BUCHHEIT 1968, S. 277.

¹⁷⁴ Vgl. KÖNIG 1987, S. 174f.

Ambivalenter und vielschichtig, zumindest auf den ersten Blick, sind die Ergebnisse betreffend Wolfgang Zarnack und Arno Weimann. Für beide sind den verschiedenen Akten zahlreiche Verfahren vor dem Volksgerichtshof zu entnehmen, sei es aufgrund eigener Aussagen oder der Erklärungen von Mandant:innen und Kollegen. Dies entspricht ihrem Schwerpunkt in der strafrechtlichen Praxis und lag unter anderem daran, dass sie die längste Zeit des Krieges un-abkömmlich beziehungsweise vom Wehrdienst zurückgestellt waren. Weimann war „wegen Herzkrankheit u. Beruf“ freigestellt.¹⁷⁵ Zarnack wurde zwar als wehrpflichtig geführt, war aber spätestens ab Mai 1941 auch formell „aus zwingenden Gründen der Reichsverteidigung zur Erfüllung kriegswichtiger behördlicher Aufgaben vom Wehrdienst freigestellt“. Erst am 30. Oktober 1944 wurde er einberufen.¹⁷⁶

Dass er im Herbst 1944 doch noch als Soldat eingezogen und an der Front eingesetzt wurde, führte Zarnack auf seine politische „Verfolgung“ von höchster Reichsseite zurück. Himmler persönlich solle zu seinem Nachteil gewirkt haben. Da die Frage, ob diese Behauptung zutrifft, insbesondere anhand der rechtsanwaltlichen Praxis Zarnacks verneint werden kann, wird deren Hintergrund kurz ausgeführt und dann kritisch auf sie geblickt.

Immer wieder berichtete Zarnack in seinem Entnazifizierungsverfahren oder Vernehmungen, dass er kurz nach der Machtübernahme einen „Parteiboykott“ erhalten habe und ihm „Mandate von Partei, Staat und Stadt verweigert“ worden seien. Seit 1935 habe ihn das Reichssicherheitshauptamt beziehungsweise der SD „systematisch [...] bespitzelt“ und schließlich sei er „auf Verlangen Himmlers 1943 zunächst als Verteidiger von den SS- und Polizeigerichten, dann von dem Deutschen Gericht in Prag und schliesslich 1944 aus der Partei ausgeschlossen worden.“ Außerdem nahm er das Ausbleiben von Vorteilen und Ehrungen als einen erlittenen Nachteil wahr und schlussfolgerte zuletzt: „Auf Grund meines Einsatzes für die Verfolgten wurde ich selbst ein Verfolgter.“ Sogar mit der Deportation in ein Konzentrationslager habe er gerechnet.¹⁷⁷ Die meisten dieser Vorgänge sind nicht belegt. Der Parteiausschluss etwa ist auf seiner

¹⁷⁵ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Entnazifizierungsfragebogen des Military Government of Germany, 8.4.1946.

¹⁷⁶ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Vermerk zu den Personalakten, 14.5.1941; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73813, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Stellungnahme von Wolfgang Zarnack zur Klageschrift, 23.5.1948. Dessen ungeachtet verneinte Zarnack am 24.8.1946 auf dem „Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ die Frage: „Hatten Sie irgendwann Vorteile durch Ihre Mitgliedschaft bei einer Naziorganisation (z.B. durch [...] UK-Stellung u.ä.)?“

¹⁷⁷ IfZ, MA 1569/81, Interrogation Records, Vernehmung Wolfgang Zarnack, 22.8.1947; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Wolfgang Zarnack an Rechtsanwalt Dr. Götzl, 18.1.1950; LA Berlin, B Rep. 025-03 Nr. 463/51, Wiedergutmachungsverfahren Elisabeth Sander gegen Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Wolfgang Zarnack, 4.8.1951; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73813, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Wolfgang Zarnack an die Spruchkammer Fulda, 17.11.1948 und Stellungnahme von Wolfgang Zarnack zur Klageschrift, 23.5.1948. In Letzterer schrieb Zarnack: „Obgleich Altparteigenosse und Ehrenzeichentraeger wurde ich weder Reichstags- noch Landtags- Abgeordneter noch Stadtrat, erhielt ich weder die Parteidienstauszeichnungen noch das Berliner Gauehrenzeichen, wurde ich nicht zum Justizrat ernannt.“

NSDAP-Mitgliederkarteikarte nicht vermerkt. Andere Zeugnisse, wie ein Schreiben Himmlers, das ihm diesen Ausschluss ankündigte, sollen kurz vor Kriegsende zerstört worden sein. Lediglich die Streichung von der Liste als Verteidiger vor dem SS- und Polizeigericht „1943 oder 1944“ auf Grund eines Befehls Himmlers wird durch eine Aussage eines dort tätigen Richters gestützt.¹⁷⁸ Allein auf Basis dieser von einem ehemaligen SS-Obersturmbannführer stammenden Erklärung und Zarnacks Angaben eine derartige Täter-Opfer-Umkehr vorzunehmen, wie Zarnack sie der Spruchkammer präsentierte, ginge aber zu weit. Eine solche widerspricht den bisher dargelegten Ergebnissen zu seiner politischen Aktivität und ist nach der Quellenlage unzutreffend.

Widerlegt werden kann auch Zarnacks Behauptung eines „Parteiboykotts“ und des bewussten Unterlassens der Übertragung staatlicher und parteilicher Mandate an ihn. Er war ab 1937 Justiziar des Vereins Berliner Künstler und wurde hierfür von der Reichskammer der bildenden Künste eingesetzt.¹⁷⁹ Später war er nicht nur ab 1940 bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht Feindvermögenverwalter der British-American Tobacco Company in Hamburg, sondern insbesondere seit Oktober 1939 für über fünf Jahre „Treuhänder des Reichswirtschaftsministers“ und Abwickler der arisierten Firmen der Petschek-Gruppe. Zarnack begründete den Erhalt dieser beiden Aufträge damit, dass dies im ersten Fall gar nicht offiziell, „sondern durch rein persönliche Bekanntschaft“ mit Staatssekretär Reinhardt im Finanzministerium, die er sogar als „Freundschaft“ bezeichnete, geschehen sei. Auch die Bestellung zum Abwickler des Petschek-Konzerns sei durch persönliche Bekantheit als Parteigenosse seit vor der Machtübernahme erfolgt. In diesem Fall sei es Alf Krüger gewesen, Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, der ihn darüber informierte.¹⁸⁰ Allein für dieses Projekt sollen als prozentual bestimmte Bezahlung 475.000.- RM festgesetzt worden sein, von denen Zarnack bis Kriegsende 100.000.- RM tatsächlich entnommen habe.¹⁸¹ In ähnlicher Weise behauptete Zarnack außerdem, er habe

¹⁷⁸ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73813, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Eidesstattliche Erklärung Heinz Meurin, 18.3.1948.

¹⁷⁹ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73813, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Eidesstattliche Erklärung Klaus Richter, 4.3.1947. Bei der Erklärung von Walter Hoffmann vom 29.1.1947 liegt wohl ein Irrtum vor, wenn er die Bekanntschaft mit Zarnack schon auf 1933 datiert. Klaus Richter war erst ab 1937 Vorsitzender des Vereins Berliner Künstler. Zarnack war, spätestens 1944, Ehrenmitglied des Vereins und kaufte mehrfach Kunstwerke; Archiv der Akademie der Künste, VereinBK 624, Mitgliedsakte Wolfgang Zarnack. Inwieweit die Ernennung zum Syndikus des Verbands Deutscher Porzellangeschirrfabriken im Jahr 1933 auf den Einfluss staatlicher und parteinaher Stellen zurückzuführen ist, kann nicht gesagt werden; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73813, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Eidesstattliche Erklärung Rudolf Sies und Franz Warnke, 31.5.1947.

¹⁸⁰ IfZ, MA 1569/81, Interrogation Records, Vernehmung Wolfgang Zarnack, 21.8.1947 und 22.8.1947.

¹⁸¹ Zugrunde gelegt wurde eine verwaltete Vermögenssumme von 150 Millionen RM. Mit ca. 74.000.- RM im Jahr 1942 (nur für dieses ist dies gesondert ausgewiesen) machte diese Abwicklung damit einen erheblichen Teil des Einkommens Zarnacks aus und es ist gut möglich, dass er mehr als die angegebenen 100.000.- RM erhielt. Umso irritierender ist die von ihm aufgestellte Behauptung, dass er „nie einen [Staatsauftrag] bekommen [habe]. [Er] bekam eine Sache mit einem Strafwert von 20 Mark.“; IfZ, MA 1569/81, Interrogation Records, Vernehmung Wolfgang Zarnack, 21.8.1947 und 22.8.1947; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Anlage zum Arbeitsblatt Wolfgang Zarnack des Finanzamtes Charlottenburg-West, 7.7.1947.

sich „nicht an jüdischem Besitz bereichert“ und hätte „weder als Anwalt etwas arisiert noch durch Arisierung etwas erworben.“ Allerdings ist mindestens ein Fall konkret nachweisbar, in dem Zarnack als *Notar* einen im Rahmen einer Arisierung geschlossenen Kaufvertrag genehmigte und demnach anhand der anfallenden Gebühren aus diesem Vorgang wirtschaftlichen Nutzen zog.¹⁸²

Selbst wenn er sich nach 1935 kaum noch politisch betätigt haben mag, so profitierte er also wesentlich von seinem früheren Engagement in der Partei und ist als Nutznießer und ökonomischer Opportunist des Regimes zu betrachten. Dass er dabei Verteidigungen übernahm, welche hochrangigen Funktionären oder Parteistellen nicht genehm waren, hierdurch sein Verhalten „nicht immer einwandfrei“ erschien und er in geringem Maße Nachteile wie die oben genannte Rücknahme der Zulassung an bestimmten Gerichten in Kauf nehmen musste, ändert an dieser Feststellung nichts.¹⁸³

Überblickt man die zahlreichen Aussagen über Zarnacks Arbeit für und mit seinen Mandant:innen, so äußern diese inhaltlich zahlreich – unabhängig davon, ob die Vertretung vor dem VGH oder einem anderen Gericht, darunter häufig Sondergerichte, stattfand – zwei Aspekte: Erstens den besonderen „grosse[n] Eifer“ für das Verfahren, die Wahrnehmung „alle[r] ihm moeglichen Mittel“, seine „Energie und absolut[e] Ruecksichtslosigkeit“ gegenüber der Gegenpartei, auch gegenüber dem Staat und der Partei.¹⁸⁴ Zweitens, dass Zarnack sich wiederholt für die Verschleppung und Verzögerung der Anklageerhebung und des Verfahrens eingesetzt oder gar die Nichterhebung der Anklage erreicht habe, sodass es nicht zu einer Verurteilung kam.¹⁸⁵ In den verhandelten Fällen gelang es Zarnack häufig Freisprüche oder milde Haftstrafen zu erreichen. Über seine rechtsanwaltliche Tätigkeit liegen nur zwei negative Schreiben vor, von denen eines allerdings ambivalent ist. Ernst Kauffmann gab an, dass Zarnack „es nicht für nötig befunden“ hätte, ihn in der Haft in Prag aufzusuchen, obwohl er ihn gerne als seinen Verteidiger gewinnen

¹⁸² IfZ, MA 1569/81, Interrogation Records, Vernehmung Wolfgang Zarnack, 21.8.1947; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliedakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben von Wolfgang Zarnack an den Präsidenten der RAK Berlin, 18.3.1950. Der Käufer erwarb das Grundstück „[a]uf Grund des § 8 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938“ Anfang 1941; LA Berlin, A Rep. 113 Nr. 11529.

¹⁸³ Zu diesen Verfahren sind etwa die Verteidigung von Vertretern des tschechischen Adels gegen das Deutsche Reich, Verteidigungen von Personen, welche durch den mecklenburgischen Gauleiter Hildebrandt verfolgt wurden, sowie die Vertretung in Verfahren unter anderem gegen die SS zu zählen. BArch, R 3001/24204, darin: Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an Staatssekretär Dr. Rothenberger, 16.3.1943; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Eidesstattliche Erklärungen Willy Magerstein, 2.3.1947, Curt Elschner, 8.7.1947, Rechtsanwalt Ruch, 6.8.1947, Willi Brandt, 5.11.1947, Leo Narziss Volk, 12.11.1947, und Schreiben von Wolfgang Zarnack an die Spruchkammer Schlüchtern, 29.7.1948.

¹⁸⁴ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Eidesstattliche Erklärungen Otto Quade, 28.9.1946, Paul Willmann, 21.11.1946, Hans Hoesch, 11.12.1946, Franz Kerneck, 8.3.1947, Ladislav Pavloušek, 21.3.1947, Ernst Lautz, 2.4.1947, Frieda Stein-Birkner, 21.4.1947, Agnes von Boemken, 17.9.1947, Willi Brandt, 5.11.1947, Kurt Bagusat, 12.12.1947, Herbert Bachmann, 6.1.1948, Fritz Hubicki, 7.2.1948.

¹⁸⁵ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Eidesstattliche Erklärungen August-Friedrich Freiherr von Minnigerode, 24.12.1946, Walter Heuer, 25.11.1947, Hans Klitz, 16.3.1948.

wollte. Emil Mertens teilte mit, dass Zarnack in der Hauptverhandlung nach seinem Empfinden „eingeschüchtert“ wirkte und nicht einmal den Versuch einer kritischen Befragung der Belastungszeugen unternahm. „Seine Verteidigungsrede war juristisch einwandfrei, ging aber nach meinem Empfinden über den üblichen Rahmen nicht hinaus.“ Trotz dieser Kritik bekundete Mertens, Zarnack aufgrund von dessen Verzögerung der Verfahrenseröffnung sein Leben zu verdanken.¹⁸⁶ Insofern er sich also einer Verteidigung annahm, war Zarnack darin insgesamt sehr erfolgreich und geschickt, die Interessen seiner Mandant:innen im Gericht und außerhalb durchzusetzen und scheint im Wesentlichen diesen entsprechend gehandelt zu haben.

Spezifisch bei Zarnacks Verteidigungen ist auffallend, dass es sich ausschließlich um Wahlverteidigungen handelte, auch am Volksgerichtshof. Auf der „Liste B“ stand er mit der Maßgabe, dass ihm keine Pflichtverteidigungen zugeteilt werden sollten. Ob der Grund hierfür war, dass er mit seinen Wahlverteidigungen ausreichend ausgelastet war und keine Zeit für Pflichtverteidigungen hatte, dass er aus ökonomischem Opportunismus die ertragreicheren Wahlverteidigungen den mit festen Sätzen vergüteten Pflichtverteidigungen vorzog oder ob beides dazu beitrug, ist nicht zu entscheiden.¹⁸⁷

Arno Weimann, der auf der Pflichtverteidigerliste aufgeführt war, trat sowohl als Wahl- als auch als Officialverteidiger vielfach vor dem Volksgerichtshof auf. Seit 1934 wurde er für Verteidigungen am VGH bestellt. Nach seiner Aussage wusste er nicht, weshalb er hierfür ausgewählt wurde.¹⁸⁸ Es ist anzunehmen, dass dies aufgrund seiner Spezialisierung und Haupttätigkeit vor den Strafkammern der Fall war und dass eine Liste verfügbarer, politisch genehmigter beziehungsweise an Pflichtmandaten interessierter Verteidiger erst nach Gründung des VGH erstellt wurde. Später nahmen die Verteidigungen vor dem VGH sowie dem Reichskriegsgericht einen nicht unerheblichen Teil seines Arbeitsumfangs ein.¹⁸⁹ Die Aussagen über seine Verteidigungstätigkeit sind widersprüchlich. Einerseits gibt es eine ganze Reihe an Äußerungen, in denen Weimann bescheinigt wird, er habe die Verteidigung „einwandfrei durchgeführt“ und durch „persönlichen Einsatz“, sein „unerschrockenes Eintreten“ und seine Plädo-

¹⁸⁶ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin: Eidesstattliche Erklärung Emil Mertens, 5.6.1947 und Schreiben von Ernst Kauffmann an die Spruchkammer beim Internierungslager Augsburg-Göggingen, 7.6.1947.

¹⁸⁷ Behse und Weimann gaben beide an, dass die Übernahme einer Pflichtverteidigung im Vergleich zu einer Wahlverteidigung für den Rechtsanwalt ökonomisch zunächst nachteilig war; LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin: Schreiben von Rudolf Behse an den Hauptausschuss für Entnazifizierung [sic!] im Siegbkreis, 6.6.1948 und LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Schreiben von Arno Weimann an die Entnazifizierungskommission der Stadt Berlin, 11.1.1947.

¹⁸⁸ Vgl. im Folgenden KÖNIGSEDER 2001, S. 176–182, die ausführlich aus der Personalakte Weimanns zitiert. Die positiven Erwähnungen nehmen bei ihr dabei deutlich weniger Raum ein als die negativen Äußerungen über Weimann, die sie teilweise fast vollständig wiedergibt.

¹⁸⁹ BLHA, 4A KG Pers. 10291, Personalakte Arno Weimann, darin: Personalangaben, 10.3.1943. 1942 führte er ca. 164 Strafverteidigungen, darunter zusammen 38 beim VGH und Reichskriegsgericht, sowie ca. 30 Zivilverfahren vor dem Landgericht.

yers seine Mandant:innen vor härteren Strafen oder einem Todesurteil bewahrt. Im Strafgefängnis Moabit soll die Rede davon gewesen sein, dass Weimann „der tüchtigste und erfolgreichste Verteidiger in politischen Prozessen“ war und daher unter den Gefangenen weiterempfohlen wurde. Erich Ziegler bejahte ausdrücklich, dass Weimanns Verteidigung „unter den Umständen“ die bestmögliche und er in seinem Prozess der beste der Verteidiger gewesen sei.¹⁹⁰

Andererseits sind zugleich nicht wenige kritische und eindeutig negative Bewertungen seines Auftretens vor Gericht oder gegenüber seinen Mandant:innen bekannt, die ein gänzlich anderes Bild von Weimann zeichnen und seine Unlust zur Verteidigung beschreiben. Er hätte auf „reichlich brutale Art“ deutlich gemacht, „daß meine Sache rettungslos verloren sei“ und hätte sich für die Besprechung kaum Zeit genommen, so Fritz Lange. Ähnliches berichtet Wilhelm Kuebart, demzufolge Weimann noch vor Verhandlungsbeginn zum Ausdruck brachte, „dass [s]ein Kopf verloren sei“. Kuebart wurde schließlich aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Seine Passivität während der Verhandlungen beschreiben Maria Richter sowie Emmi Bonhoeffer für ihre beiden zum Tode verurteilten Ehemänner.¹⁹¹ Ein noch schlechteres Bild ergibt sich bei den hochrangigen Beteiligten des Widerstands vom 20. Juli: Carl Goerdeler schrieb unmittelbar nach seiner Verurteilung, dass seine Verteidigung für Weimann „ein Greuel“ gewesen sei und dass dieser ihn „angeklagt, aber nicht den leisesten Versuch unternommen“ hätte, ihn gegen den Spionagevorwurf des Staatsanwalts zu verteidigen.¹⁹² Ebenfalls eher einer Anklage denn einer Verteidigung ähnelnd war das einzige erhaltene Plädoyer Weimanns vor dem Volksgerichtshof, das dieser im ersten 20. Juli-Prozess für seinen Mandanten Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben hielt. Weimann sprach davon, dass von Witzleben „wohl die schwerste Schuld auf sich geladen ha[be], die wir als Deutsche überhaupt kennen“ und dass es sich daher um ein „an sich nicht vermeidbare[s] Todesurteil“ handle. Er fuhr fort: „Es gibt in diesem Falle nichts zu rechtfertigen, es gibt nichts zu mildern“. Lediglich die Durchführung des Todesurteils durch Erschießen statt durch Erhängen beantragte Weimann für seinen Mandanten.¹⁹³ Noch zu

¹⁹⁰ IfZ, MA 1563, NG 404, Eidesstattliche Erklärung Erich Ziegler, Oktober 1946; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin u. a.: Schreiben von Hermann Lindemann an Arno Weimann, 29.11.1945, Bescheinigung und Erklärungen von Ewald Mechler, 21.6.1945, Erich Rutsatz, 6.11.1945, Vera Wulff, 23.11.1945, Walter Strelow, 20.1.1949.

¹⁹¹ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Schreiben von Fritz Lange an Fritz Hummel, 17.7.1947 und Schreiben von Maria Richter, 27.6.1947; IfZ, ZS 2183, darin: Eidesstattliche Erklärung Wilhelm Kuebart, 17.10.1952; BONHOEFFER 2023, S. 530f.

¹⁹² Zitiert nach: BArch, N 1166/158, darin: Schreiben von Gerhard Ritter an Arno Weimann, 25.2.1955. Vgl. RITTER, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 417.

¹⁹³ Dokument 3881-PS. Stenographische Niederschrift der Verhandlung vor dem deutschen Volksgerichtshof am 7. und 8. August 1944. Verfahren gegen Generalfeldmarschall von Witzleben und 7 andere Offiziere wegen des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 (Beweisstück GB-527), in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Band XXXIII: Urkunden und anderes Beweismaterial, Nürnberg 1949, S. 299–530, hier S. 453–457, 499f.

Weimanns Lebzeiten wurde er insbesondere aufgrund dieses Plädoyers für seine „klägliche Haltung“ kritisiert.¹⁹⁴

Dass Weimann von Seiten des NS-Regimes als politisch zuverlässig eingeschätzt wurde, zu diesem nicht in Opposition stand und eine der Regierung genehme Verteidigung beziehungsweise Nicht-Verteidigung zu erwarten war, zeigen unter anderem die beiden ihm übertragenen Pflichtverteidigungen für von Witzleben sowie Goerdeler. Er war außerdem als Verteidiger an Verfahren der sogenannten Roten Kapelle beteiligt und verteidigte erfolgreich Johanna Berger sowie andere in diesem Verfahrenskomplex Angeklagte.¹⁹⁵ Auch im für 1942 geplanten Schauprozess gegen Herschel Grynszpan, der 1938 den deutschen Gesandten Ernst vom Rath in Paris erschossen hatte, war Weimann als Pflichtverteidiger vorgesehen. Die zeitgenössische Einschätzung „als brauchbarer Anwalt“ ist daher als Untertreibung zu beschreiben.¹⁹⁶ Vielmehr ist zutreffend: „Arno Weimann wäre niemals die Officialverteidigung in [all diesen; ...] Verfahren übertragen worden, wenn er nicht als ‚sicherer Exponent des NS-Regimes‘ bekannt gewesen wäre.“¹⁹⁷

Insgesamt stellt sich die Frage, woher diese widersprüchlichen Angaben über Weimanns Verteidigungstätigkeit kommen, beziehungsweise weshalb er so ambivalent verteidigte. Dass er dazu juristisch offensichtlich in der Lage war, zeigen die positiven Äußerungen sowie die durchgängige Beauftragung als Wahlverteidiger, weshalb er letztlich ein ökonomisches Interesse an der erfolgreichen Verfahrensführung hatte. Daher ist für die negativ bewerteten Fälle wohl ein mangelndes Interesse beziehungsweise eine bewusste Entscheidung gegen einen weiterreichenden Einsatz anzunehmen. Dieser fast schon „sportlich[e] Ehrgeiz“ erfolgte nur dann, wenn ihm eine entsprechende Anstrengung mit Blick auf seine Reputation oder wirtschaftlich gelegen kam.¹⁹⁸ KÖNIGSEDER ist deswegen zuzustimmen, dass „er sich diese Fälle zur Mehrung seines Ruhms nutzbar“ machte. „Sein Engagement für die Klienten endete an der Stelle, an der er für seine [...] Stellung als Rechtsanwalt Gefahr zu erkennen glaubte.“¹⁹⁹ Weimanns Einbindung ins NS-System ist also primär als persönlicher Opportunismus einzustufen, der seinen ökonomischen Interessen sowie seinem Geltungsbedürfnis folgte.

¹⁹⁴ HEIBER, Helmut: Der Fall Grünspan, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5/2 (1957), S. 134-172, hier S.159.

¹⁹⁵ LA Berlin, B Rep. 057-01 Nr. 419, darin: Vermerk, 5.12.1966 und Schreiben von Bruno Hempel an den Generalstaatsanwalt beim KG Berlin, 15.4.1967. Johanna Berger wurde am 21.8.1943 freigesprochen.

¹⁹⁶ BLHA, 4A KG Pers. 10291, Personalakte Arno Weimann, darin: Schreiben des LG-Präsidenten an den Vorsitzenden des ersten Strafsenats des OLG München, 16.12.1944.

¹⁹⁷ KÖNIGSEDER 2001, S. 178. Anders die Aussage eines Amtsgerichtsrats: Laut diesem stand Weimann der Partei „und der bald eingetretenen Ungerechtigkeit völlig ablehnend gegenüber.“ Dies wäre der Partei nur deswegen nicht bekannt gewesen, weil „er ein stiller, schweigsamer Mensch“ gewesen sei und „sehr zurückhaltend und schweigsam in politischen Äusserungen war.“; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Leumundliches Zeugnis Fritz Augustin, 30.1.1949.

¹⁹⁸ BONHOEFFER 2023, S. 531.

¹⁹⁹ KÖNIGSEDER 2001, S. 181.

Nach Betrachtung aller fünf Strafverteidiger und ihrer rechtsanwaltlichen Praxis in der Zeit des Nationalsozialismus lässt sich überblickend festhalten, wie schwierig es im Einzelfall auf Grundlage des Quellenmaterials sein kann, über die Prozessbeteiligung und -vertretung der Strafverteidiger am Volksgerichtshof und darüber hinaus belastbare Aussagen zu treffen. Zugleich zeigt der Vergleich, dass Handlungsspielräume zwischen Aktivität und Passivität zu Gunsten und zu Ungunsten der Mandant:innen vorhanden waren und individuell genutzt oder ungenutzt bleiben konnten. Behses Bemühungen für seine Mandant:innen wurden durchgängig positiv bewertet, ökonomisch war er nicht auf eine Gewinnmaximierung aus und durch seine Tätigkeit vor allem am Reichskriegsgericht konnte er sich vom stärker politisierten Volksgerichtshof weiter entfernen. Zarnack scheint insbesondere auf wirtschaftlichen Erfolg fokussiert gewesen zu sein und machte sich hierfür seine Staatsnähe und persönliche Kontakte im Dienste seiner Mandant:innen zunutze, die ihn auch deswegen zahlreich aufsuchten. Durch Staatsaufträge als Treuhänder war er aber eindeutiger Nutznießer und definitiv weder Verfolgter noch Oppositioneller, seine „Schönfärberei“ nach dem Krieg war „geradezu grotesk“.²⁰⁰ Weimann besaß dieses soziale Kapital Zarnacks nicht. Sein Verhalten war daher ambivalent im Umgang mit seinen Mandant:innen. Auch bei ihm waren es ein finanzieller Opportunismus und zudem das Streben nach persönlichem Ruhm, die ihn aktiv werden ließen. Im Fall möglicher eigener Nachteile war sein Einsatz vor Gericht begrenzt. Ranz und Neubert waren nicht auf die Strafverteidigung spezialisiert. Während Ranz aus diesem Grund sowie aufgrund seines Kriegseinsatzes seit 1939 kaum oder gar nicht verteidigte und wirtschaftliche Einbußen folgten, trat Neubert bisweilen als Verteidiger auf. In diesen Fällen wahrte er den Schein des Verteidigers, zeigte jedoch sicherlich kein widerständiges Verhalten und nachdrücklichen Einsatz für die Angeklagten. Vielmehr spielte der überzeugte Nationalsozialist seine Rolle in der Legitimation eines rechtsförmig scheinenden Verfahrens und Regimes, die er auch als hochrangiger Funktionsträger seines Berufsstandes innehatte.

2.5 Entnazifizierungsverfahren und Tätigkeit nach 1945

Für die Jahre des Nationalsozialismus konnte umfangreich auf politische und berufliche Tätigkeiten der fünf Anwälte geblickt werden, welche starke Unterschiede aufwiesen. Doch wie gingen sie nach dem Kriegsende mit ihrer politischen Belastung um und welche Mechanismen der Spruchkammern und Behörden gab es ihnen gegenüber? Für die Rechtsanwaltschaft als gesamten Stand galt das Streben nach der Kontinuität und einem möglichst nahtlosen Anknüpfen an die Zeit vor 1933. „So gut es ging blendete man die Jahre von 1933 bis 1945 aus.“²⁰¹ Es gilt da-

²⁰⁰ KÖNIGSEDER 2001, S. 223.

²⁰¹ Ebd., S. 227. Da er in den letzten Kriegswochen verstarb, muss die Betrachtung Reinhard Neuberts hier außen vor bleiben, sodass lediglich die vier überlebenden Anwälte untersucht werden.

her zu fragen, ob sie ihre Karriere unbeschadet fortsetzen und eine systemübergreifende Kontinuität erleben konnten oder erfolgten stattdessen ein gesellschaftlicher Abstieg und gegebenenfalls sogar (öffentliche) Reue?

Nachdem zunächst allen Rechtsanwälten die Zulassung entzogen worden war und sie einem Berufsverbot unterlagen, wurde die Zulassung jeweils individuell durch die Besatzungsmächte nach entsprechendem Antrag wieder erteilt oder abgelehnt. Werner Ranz und Rudolf Behse gelang ein relativ unproblematischer Wiedereinstieg in ihren Beruf als Rechtsanwalt. Ranz lebte seit Juni 1945 in Hamburg. Wie und weshalb er dorthin nach dem Krieg kam, ist nicht angegeben. Sein Besitz in Berlin sowie ein Landgut in Brandenburg waren vollständig zerstört beziehungsweise enteignet worden, sodass er dort keinen Grundbesitz mehr besaß. In den ersten Jahren nach Kriegsende bemühte er sich seit 1946 zunächst ehrenamtlich, später als Geschäftsführer um den Wiederaufbau der Hilfskasse deutscher Rechtsanwälte.²⁰²

Erst 1949 fand auf eigenen Antrag von Ranz ein Spruchkammerverfahren gegen ihn statt. Dass er dieses als „SS-Ehrenführer“ selbst in die Wege leitete und hierdurch seine Darstellung mit entsprechenden Zeugnissen und Erklärungen als erste Grundlage des Verfahrens diente, dürfte ihm sicherlich geholfen haben. Aufgrund seines während der gesamten Kriegsdauer geleisteten Dienstes im Heer wurde noch am Tag seiner ersten Vernehmung die Einstellung des Verfahrens empfohlen.²⁰³ Wenig später beantragte Ranz auch die Zulassung als Rechtsanwalt in Hamburg. Der hierfür zuständige Fachausschuss folgte seiner Argumentation, dass der SS-Ehrendienstgrad „automatisch und ohne Zutun des Antragstellers“ verliehen worden sei und aufgrund der eidesstattlichen Versicherungen Ranz „keineswegs als nationalsozialistischer Aktivist oder Propagandist anzusehen“ sei. Die Zulassung wurde ohne weitere Anhörung beschlossen und seine Einstufung in Gruppe V als Entlasteter empfohlen. Einen Tag darauf erhielt Ranz seinen Entlastungsschein und wenige Wochen später wurde er am 2. September 1949 für AG und LG Hamburg sowie das Hanseatische OLG in Hamburg als Rechtsanwalt zugelassen. Ab Ende September konnte er als nunmehr auch in die Rechtsanwaltsliste eingetragener Berufsvertreter wieder tätig werden.²⁰⁴ Zwei Jahre später wurde von der Spruchkammer Berlin infolge des „Gesetzes zum Abschluss der Entnazifizierung“ vom 14. Juni 1951 ein Sühneverfahren gegen Ranz eröffnet. Nach Einreichung seines Entlastungsscheins stellte die Kammer fest, dass ein Wiederaufnahmeverfahren nach § 8 des Gesetzes nicht gerechtfertigt sei und stellte das Verfahren da-

²⁰² StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin: Lebenslauf, 22.6.1949. Vgl. SCHRÖDER 2011, S. 746, 748f. und OSTLER 1971, S. 373.

²⁰³ BArch, Z 42-III/3980, Spruchkammerakte Werner Ranz, darin: Vernehmungsprotokoll und Verfügung, 23.2.1949.

²⁰⁴ StAH, 241-2_153, Personalakte Werner Ranz, darin u. a.: Fragebogen Action Sheet des Fachausschuß Nr. XIb, 11.8.1949; Entlastungsschein des Staatskommissars der Hansestadt Hamburg für die Entnazifizierung, 12.8.1949; Schreiben der Senatskommission für die Justizverwaltung an Werner Ranz, 5.9.1949.

her am 27. Dezember wieder ein. Ein Wiederaufnahmeverfahren war nur möglich, wenn der Betroffene wesentliche Belastungen verschwiegen oder falsche Angaben gemacht hatte oder neue Beweismittel vorgelegt wurden, die eine aktive Betätigung im Sinne des Nationalsozialismus nachwiesen. Da Ranz seine SS-Mitgliedschaft in Hamburg initiativ dargelegt hatte und die Spruchkammer anscheinend keinen Anlass sah, an der Darstellung als Ehrenmitglied zu zweifeln, entstanden aus diesem Berliner Sühneverfahren für ihn keine Konsequenzen.²⁰⁵

Rudolf Behse gelangte nach zwischenzeitlicher Flucht nach Regensburg im Dezember 1945 zurück zu seiner Frau in den sowjetischen Sektor Berlins. Dort arbeitete er ab Mai 1946 als Fabrikarbeiter; die Wiedenzulassung sei aufgrund seiner Parteimitgliedschaft nicht zu erwarten gewesen, weswegen er sich gar nicht darum bemüht gehabt hätte. Nachdem er als vormaliger Verteidiger in politischen Prozessen wiederholt von der SED befragt und als „hartgesottener alter ‚Nazi‘“ eingeschätzt worden sei, verließ er im Dezember 1947 aus Sorge vor weiterer Verfolgung Berlin in Richtung eines ehemaligen Mandanten, der ihm in Bad Honnef eine Anstellung als Syndikus anbot. Ab Sommer 1948 war er beim gleichen Arbeitgeber in Köln tätig.²⁰⁶ In seinem Spruchkammerverfahren wurde er im Juli 1948 zunächst in die Kategorie IV („Mittäufer“) mit Beschlagnahmung seines Vermögens eingestuft. Nachdem er hiergegen Berufung eingereicht hatte, wurde er am 18. Januar 1949 durch den Spruch des Berufungsausschusses Köln entlastet (Kategorie V). Die Berufung hatte er beantragt, da er fürchtete, dass die Erteilung der Vermögenssperre ein Hinderungsgrund für die Wiedenzulassung als Anwalt sein könnte und wollte daher deren Entfall erreichen. Unmittelbar nach der Entlastung beantragte er seine Wiedenzulassung als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht in Köln, die ihm im September des gleichen Jahres erteilt wurde. Dazwischen hatte er sich intensiv mit mehreren Schreiben um die Bestätigung des Spruchentscheids durch den Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung des Landes Nordrhein-Westfalen bemüht.²⁰⁷

Dass er in der ersten Instanz in eine ungünstigere Kategorie eingereiht wurde, ist wohl darauf zurückzuführen, dass diese Entscheidung primär aufgrund der formalen Belastungen als Parteimitglied vor 1933 („Alter Kämpfer“) und ohne eine persönliche Vernehmung Behses oder Verhandlung erfolgt war. Mitentscheidend für die Entlastung Behses war dann die vom Berufungsausschuss und später auch der RAK Köln vertretene Ansicht, dass sich Behse „als Strafverteidiger für politisch verfolgte Personen in entschiedener Weise“ „unter Beweis von Mut“ eingesetzt

²⁰⁵ LA Berlin, B Rep. 031-02-03 Nr. 1793, Sühneverfahren Werner Ranz. Die Existenz der SS-Personalakte mit seinem Schreiben mit Bitte zur Aufnahme war der Berufungsspruchkammer bekannt.

²⁰⁶ LA NRW, NW 0252 Nr. 31, Personalakte Rudolf Behse, darin: Antrag von Rudolf Behse an den Landesjustizminister auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim LG und AG Köln, 27.1.1949.

²⁰⁷ LA NRW, BR-PE Nr. 10259, Personalakte Rudolf Behse; LA NRW, NW 1037-BIII Nr. 4098, Entnazifizierung Rudolf Behse; LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin u. a.: Schreiben von Rudolf Behse an Minister Eduard Kremer, 19.9.1948. Behse irrte allerdings, da Kremer zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen war.

habe, wobei sie sich auf die eingebrachten, bereits dargelegten überaus positiven Zeugnisse und eidesstattlichen Erklärungen bezüglich seiner Arbeit stützten.²⁰⁸ Es kann daher konstatiert werden, dass Behse seine Entlastung und die rasche Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Anwaltsberufs seinem engagierten Einsatz in der Verteidigung am Reichskriegsgericht und die daher verfassten Erklärungen früherer Mandant:innen und anderer Personen zu verdanken hatte.

Anders als bei Behse und Ranz wurden die ersten Anträge von Arno Weimann und Wolfgang Zarnack auf Wiedenzulassung als Rechtsanwalt jeweils abgelehnt. Nichtsdestotrotz konnten beide, wenn auch im Fall Zarnack erst Jahre später, ihrem erlernten Beruf in der Bundesrepublik wieder nachgehen. Weimann war der Einzige der vier Anwälte, der in Berlin verblieb und dort sein Entnazifizierungs- und Wiedenzulassungsverfahren betrieb. Seine Kanzlei war im Unterschied zu Ranz und Behse im Krieg nicht zerstört worden, es schien für ihn daher keinen Anlass zu geben, seine Heimatstadt zu verlassen. Schon Anfang Juli 1945 stellte er erstmals einen Wiedenzulassungsantrag, der im Juni des Folgejahres jedoch abschlägig beschieden wurde, da sein Entnazifizierungsverfahren noch nicht abgeschlossen war und auf dessen Entscheidung zu warten sei.²⁰⁹ Im April 1946 hatte er einen Antrag auf Entnazifizierung bei der zuständigen Kommission für Juristen gestellt. Darin führte er aus, dass er grundsätzlich bis 1933 „völlig unpolitisch“ gewesen und der NSDAP aufgrund der „scheinbaren Hoffnungslosigkeit der Zukunft“ beigetreten sei. Dass er sie später nicht verlassen habe, läge daran, dass er dann politisch Verfolgte vor Gericht nicht mehr hätte verteidigen können, da ihm die Genehmigung versagt worden wäre.

Eben diese Verteidigung politisch Verfolgter war sein primäres Entlastungsargument, mit dem er auch darlegte, weshalb er sich häufig (scheinbar) systemkonform hätte verhalten müssen: „um das für den Erfolg meiner Verteidigungstätigkeit erforderliche Vertrauen bei diesen Stellen [= Gerichten und Behörden] zu erringen [...] und dadurch meinen Klienten nützen und helfen zu können.“²¹⁰ Nachdem hier fast zwei Jahre das Verfahren nicht vorangetrieben wurde, stellte er bei der Entnazifizierungskommission des Bezirksamts Charlottenburg am 23. Januar 1948

²⁰⁸ LA NRW, NW 1049 Nr. 478, Entnazifizierung Rudolf Behse, darin u. a.: Schreiben von Rudolf Behse an Minister Eduard Kremer, 19.9.1948; LA NRW, BR-PE Nr. 10259, Personalakte Rudolf Behse, darin: Spruch des Berufungsausschusses Köln, 18.1.1949.

²⁰⁹ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Schreiben des Präsidiums der RAK Berlin an den Präsidenten des KG Berlin, 23.5.1946 und Schreiben des Vizepräsidenten des KG Berlin an Arno Weimann, 29.6.1946; LA Berlin, C Rep. 301 Nr. 748, Personalakte Arno Weimann. Eine inhaltliche Einschätzung seiner Tätigkeit als Verteidiger nahm die RAK, anders als es KÖNIGSEDER 2001, S. 181 suggeriert, nicht vor.

²¹⁰ Ironischerweise wurde ein Schreiben vom März 1946, in dem er „die Entnazifizierung für [s]ich in Anspruch nimmt“, da er nur nominelles Parteimitglied gewesen sei, auf seinem noch vorhandenen Briefpapier verfasst, auf dem das noch erkennbare Logo des NSRB mit „xxx“ versucht wurde zu überdecken. Auf dem späteren Entnazifizierungsantrag wurde das Logo auf dem Briefpapier zumindest überklebt; C Rep. 375-01-13 Nr. 5052 A.10, Entnazifizierungsverfahren Arno Weimann.

einen erneuten Antrag und wurde durch deren Beschluss drei Monate später entlastet.²¹¹ Der entlastende Spruch ist nicht überliefert, allerdings kann einem Schreiben bezüglich seines darauf erfolgten erneuten Zulassungsantrags entnommen werden, dass die Entnazifizierungskommission sich den positiven Erklärungen und Zeugnissen anschloss, welche Weimann eingereicht hatte. Da er „im Rahmen des damals Möglichen seine Anwaltpflichten erfüllt“ habe, wurde ihm seine häufige Verteidigung vor dem Volksgerichtshof nicht als Belastungsgrund angerechnet. Bezüglich der negativen Aussagen und auch seiner schon 1946 in Zeitungen abgedruckten Verteidigung von Witzlebens wurde zu seinen Gunsten angerechnet, „unter welchen Umständen und vor welchem Forum damals diese Verteidigung geführt werden musste.“ Im Oktober 1949 wurde die Zulassung als Rechtsanwalt beim Kammergericht, Landgericht und den Amtsgerichten der Westsektoren Groß-Berlins erteilt.²¹² Sein Entnazifizierungsverfahren zeigt, dass die Kommission seinen Argumenten und den entlastenden Zeug:innen glaubte und eine kritische Prüfung der Verteidigungsmöglichkeiten nicht vornahm. Dass sein Anwaltskollege Schwarz im Witzleben-Prozess engagierter verteidigen konnte, ohne dass dies Folgen für ihn hatte, wurde etwa nicht einbezogen.²¹³

Nach seiner Wiedenzulassung wurde Weimann in den folgenden Jahren wieder ein sehr bekannter Strafverteidiger, der durch die Übernahme pressewirksamer Fälle seinen Ruf noch vergrößern konnte.²¹⁴ Diesen pflegte er bewusst, auch mit Blick auf seine Vergangenheit. Nachdem er in einer Publikation über Carl Goerdeler als dessen Pflichtverteidiger in einem Satz namentlich negativ erwähnt wurde, nahm er Kontakt mit dem Autor auf und bat zunächst darum, den entsprechenden Passus zu entfernen. Als diesem Wunsch nicht nachgekommen wurde, drohte er: „Ich hoffe in Ihrem Interesse, daß sich die Veröffentlichung neben dem Schaden, der mir in meinem Ruf als bekannter Strafverteidiger entstanden ist, nicht auch wirtschaftlich zu meinen Ungunsten auswirken wird.“ In der folgenden Auflage wurden sein Name entfernt und die Text-

²¹¹ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin u. a.: Schreiben von Arno Weimann an die Entnazifizierungskommission der Stadt Berlin, Bezirksamt Charlottenburg, 23.1.1948. Am 20.7.1948 bestätigte die britische Militärregierung diese Entlastungsentscheidung.

²¹² LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin u. a.: Schreiben der RAK Berlin an den Vizepräsidenten des KG Berlin, 15.9.1949. Weimann beantragte dann auch seine „Zulassung bei den Gerichten des Ostsektors Berlins“. Ob diese genehmigt wurde, ist den Akten nicht zu entnehmen; LA Berlin, C Rep. 301 Nr. 748, Personalakte Arno Weimann.

²¹³ Dessen Plädoyer ist auf die gleiche Weise überliefert, wie das von Weimann und hätte daher vergleichend betrachtet werden können. Vgl. KÖNIGSEDER 2001, S. 180. In der Forschung wurde mittlerweile wiederholt herausgearbeitet, dass sich die Verteidiger des Volksgerichtshofs keiner außergewöhnlichen Gefahr aussetzten und dass eine Verteidigung der Angeklagten möglich war; vgl. KÖNIG 1987, S. 244; KLEIN 1996, S. 97; KÖNIGSEDER 2001, S. 157, 173; RAMM 2007, S. 213, 236.

²¹⁴ Besondere Aufmerksamkeit erregte eine BILD-Reportage von 1954, in der er als „Vertrauter der Mörder“ bezeichnet wurde. Wegen seiner häufigen Nennungen in der Presse gab es sogar Beschwerden von Standeskollegen und entsprechende Prüfungen durch die RAK Berlin, die allerdings keine Folgen hatten, da ihm ein unstandesgemäßes Verhalten nicht nachgewiesen werden konnte; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann.

stelle entschärft.²¹⁵ Langfristig konnte Weimann seine Karriere also unbeschadet fortsetzen und an die Zeit vor 1945 nahezu nahtlos anknüpfen. Momente einer persönlichen Reue finden sich nicht, ein gesellschaftlicher Abstieg oder öffentliche Abkehr sind nicht auszumachen.

Wolfgang Zarnack, welcher der am stärksten politisch belastete Überlebende der Untersuchungsgruppe war, erlebte größere Hürden in seinem Bestreben zurück in die Anwaltschaft und war als einziger über einen längeren Zeitraum negativ betroffen. Im Mai 1945 war er in einem Braunschweiger Lazarett, von dem aus er in amerikanische Kriegsgefangenschaft kam. Hier und anschließend in deutschen Lagern wurde er zwischen September 1945 und seiner Entlassung im April 1948 interniert.²¹⁶ Nach der Entlassung verdiente er seinen Lebensunterhalt als Hilfsarbeiter und ging zunächst in den hessischen Kreis Schlüchtern, in dem er 16 Monate wohnte, bevor er weiter nach Frankfurt am Main zog, wo er bis zu seinem Tod blieb. Im noch während der Internierung beantragten Spruchkammerverfahren wurde Zarnack im November 1948 von der dann zuständigen Kammer in Fulda aufgrund der zahlreichen eidesstattlichen Erklärungen und Bescheinigungen nominell in die Kategorie III („Minderbelastete“), unter Anrechnung der Internierung jedoch unmittelbar wirksam als „Mitläufer“ (Kategorie IV) eingestuft. Der öffentliche Kläger hatte aufgrund der formellen Belastung beantragt, einen Spruch als „Hauptschuldiger“ (Kategorie I) zu erlassen. Zarnack argumentierte in seiner Verteidigung unter anderem, dass er aufgrund der langen Internierung bereits ausreichende Sühne geleistet und „auf das Allerschwerste gebüsst“ habe und hatte die Einstufung als Entlasteter beantragt. Auch die Verteidigung von politisch Verfolgten vor dem Volksgerichtshof und Sondergerichten „mit allem Nachdruck“ wurde ihm positiv angerechnet.²¹⁷

Vermutlich nach Abschluss dieses Verfahrens, jedenfalls vor Januar 1949, beantragte Zarnack bei der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main seine Zulassung als Rechtsanwalt, die allerdings vom hessischen Justizminister 1949/50 insgesamt fünf Mal versagt wurde, da er keine Gewähr dafür bot, den Beruf „in vollem Einklang mit den Forderungen einer demokratischen Rechtspflege auszuüben“. Dagegen ging er vor dem Ehrengericht der Kammer vor.²¹⁸ Dieses

²¹⁵ BArch, N 1166/158, darin u. a.: Schreiben von Arno Weimann an Gerhard Ritter, 8.3.1955.

²¹⁶ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack. Vom 24.8.1946 bis 19.8.1947 war er im Internierungslager Augsburg-Göggingen, von wo er am 20.8. zwecks Vernehmungen nach Nürnberg verlegt wurde. Er war außerdem, möglicherweise zuvor, im Internierungslager Darmstadt untergebracht. Vgl. hier und im Folgenden: KÖNIGSEDER 2001, S. 223.

²¹⁷ LA Berlin, C Rep. 375-01-17 Nr. 103 A.04, Entnazifizierungsverfahren Wolfgang Zarnack; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Klageschrift, 13.5.1948, Stellungnahme von Wolfgang Zarnack zur Klageschrift, 23.5.1948, Spruch der Spruchkammer Fulda, 26.11.1948; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Schreiben von Georg Lancelle an die RAK Berlin, 15.3.1950 und 26.5.1950. Zarnacks Verteidiger verglich die Internierung sogar mit einem Aufenthalt im Konzentrationslager.

²¹⁸ Hessische Rechtsanwaltsordnung vom 18.10.1948, § 123 Abs. 2; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin: Schreiben des Generalstaatsanwalts Frankfurt am Main an das Präsidium der RAK Berlin, 29.11.1950. Zarnack schrieb am 21.3.1949 darüber: „Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in Hessen ist

Verfahren verzögerte sich erheblich, da er in Berlin in der Zwischenzeit die Anerkennung seines Fuldaer Spruches zu erreichen versucht hatte und gegen die dem zustimmende Entscheidung des Spruchausschusses Spandau von der Rechtsanwaltskammer Berlin Einspruch eingelegt worden war.²¹⁹ In Verbindung mit diesem Widerspruch erfolgte die Bitte der RAK um Zusage von be- und entlastendem Material in der Anwaltschaft. Nach einem erneuten Entnazifizierungsverfahren, in dessen Folge aufgrund von Zeitungsberichten durch den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht ein Ermittlungsverfahren wegen möglicher „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ eingeleitet wurde, wurde Zarnack in Berlin im Juli 1950 zu einer fünfzehnprozentigen Vermögensabgabe verurteilt und nach deren hypothekarischer Zahlung im November rehabilitiert. Das strafrechtliche Verfahren am Kammergericht, das vor allem die antisemitischen Vorgänge des 1. April 1933 im Berliner Landgericht betraf, wurde im Juni 1952 vorläufig und erst im April 1954 wegen Nichtzuständigkeit und Verjährung der Vorwürfe eingestellt.²²⁰ Das Ehrengericht Frankfurt bestätigte im Mai 1954 die Ablehnung der Wiedermöglichkeit zur Anwaltschaft mit der Begründung, dass er aufgrund seines Verhaltens im Nationalsozialismus nicht für würdig erachtet werde, wieder als Rechtsanwalt zugelassen zu werden – unter anderem, weil er „das Ungesetzliche seiner eigenen früheren Handlungsweise“ nicht erkenne. Dagegen legte er wiederum Berufung ein. Nachdem der Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte in Hessen ihm im April 1955 Recht gab und den vom Justizministerium angegebenen Versagungsgrund „für nicht gerechtfertigt erklärt[e]“, wurde er schließlich im Juni, zehn Jahre nach Kriegsende, beim Amtsgericht und Landgericht Frankfurt am Main wieder als Anwalt zugelassen.²²¹ Zarnack baute sich daraufhin wieder eine eigene Kanzlei auf und wurde im Juni 1960 sogar erneut zum Notar bestellt. Er war ab 1960 Pflichtverteidiger des Euthanasieverantwortlichen

mir vom Justizminister versagt worden, weil ich Berliner und politisch nicht einwandfrei bin.“; HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack.

²¹⁹ Zarnack beantragte die Anerkennung des Fuldaer Spruchs, der auch deswegen ohne weitere Sühnemaßnahmen erfolgt war, da Zarnack als vermögenslos angesehen wurde, weil er ein Berliner Grundstück verkaufen wollte. Hierfür benötigte er einen für Berlin gültigen Entnazifizierungsbescheid; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack.

²²⁰ HHStAW, Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Zeugenaussage Wolfgang Zarnack vor dem AG Frankfurt/Main, 20.1.1951; LA Berlin, B Rep. 031-03-06, unb. Karton 213 (6 Bde.), Entnazifizierungsverfahren Wolfgang Zarnack 1. & 4. Band; LA Berlin, B Rep. 058 Nr. 10485-10486, Ermittlungsverfahren Wolfgang Zarnack. Einer Aktenverfügung zufolge wurde schon im April 1952 empfohlen, das Verfahren mangels Aussicht auf Erfolg einzustellen, da die Anklage nicht mehr auf das Kontrollratsgesetz Nr. 10 gestützt werden konnte. Die Verzögerung bis zur endgültigen Entscheidung kam dadurch zustande, dass die Akten zwischen Juni 1952 und Dezember 1953 beim Ehrengericht der RAK Frankfurt lagen und trotz wiederholter Nachfrage und Bitte um Verfahrensbeschleunigung auch durch Zarnack nicht zurückgesandt wurden.

²²¹ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Schreiben des Generalstaatsanwalts Frankfurt am Main an das Präsidium der RAK Berlin, 23.6.1955 und Schreiben der RAK Frankfurt am Main an das Präsidium der RAK Berlin, 9.7.1955. Nach KÖNIGSEDER 2001, S. 223 seien im EGH die Meinungen jedoch geteilt gewesen und dem Gericht sei das Urteil nicht leicht gefallen.

Gerhard Bohne und später Pflichtverteidiger des Angeklagten Arthur Breitwieser im Ersten Frankfurter Auschwitzprozess.²²²

Im komplizierten Fall des Nachkriegsweges von Zarnack sind zwei Dinge herauszugreifen. Erstens war es vermutlich eine bewusste Entscheidung, dass Zarnack eine Wiederzulassung als Anwalt in Berlin nicht anstrebte. Er wusste wahrscheinlich, dass die persönlichen Vorbehalte gegen ihn innerhalb der Anwaltschaft, in der er als „fanatischer Nazi“ bekannt war, zu groß waren – wenngleich er diese als „unsinnig[e] Gerüchte“ abtat.²²³ Dass er nach seiner Entlassung aus der Internierung nach Schlüchtern zog, könnte mit familiären Kontakten zu tun haben, da sein Stiefbruder dort bereits Ende 1946 zugezogen war.²²⁴ Eine mögliche Annahme ist, dass er anschließend nach Frankfurt zog, also in Hessen blieb, statt nach Berlin zurückzukehren, weil er vermutete, dort größere Chancen zu haben, wieder als Rechtsanwalt zugelassen zu werden. Wie die zahlreichen Eingaben und die Ermittlungen wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ zeigen, war dies berechtigt. Zweitens ist in der Einstellungsentscheidung dieses Verfahrens ebenso wie in der Entscheidung des hessischen Ehrengerichtshofs 1955 zu ersehen, dass Zarnack von der wachsenden Nachsichtigkeit im Umgang mit ehemaligen Nationalsozialist:innen in der frühen Bundesrepublik profitierte und so seine berufliche Karriere schließlich doch wieder fortsetzen konnte.

Die Bilanz der Entnazifizierung am Beispiel dieser vier Personen fällt insgesamt einförmig aus. Alle konnten ihre Arbeit als Anwälte wieder aufnehmen und wurden teilweise sogar wieder erfolgreiche Verteidiger. Mit Ausnahme Zarnacks ist von einer recht unbeschadeten Kontinuität der Strafverteidiger zu sprechen, einen nachhaltigen sozialen Abstieg musste aber auch dieser nicht erleiden. Sie stellten sich in der Mehrheit als engagierte Verteidiger dar, die als Vertreter der politisch Verfolgten dem NS-Regime die Stirn geboten hätten. Reue und Unrechtsbewusstsein traten nahezu nicht zutage, spätestens 1955 konnten sie die erfolgreiche Ausblendung der NS-Zeit vollenden. Durch bereitwillig gegebene Erklärungen gestützt, lief das Verfahren für Behse, der nahezu nur positive Schreiben erhalten hatte, ohne Probleme. Ranz musste sich aufgrund seines Wehrdienstes gar nicht erst zu seiner anwaltlichen Tätigkeit äußern, seine Position in der Reichsrechtsanwaltskammer konnte er als bürokratischen Posten und Handeln aus Pflicht gegenüber seinem Berufsstand entschuldigen. Für Weimann, der durch sein opportunistisches

²²² HHStAW, Bestand 2040 Nr. 271/1+2, Ehrengerichtsverfahren Wolfgang Zarnack, darin: Anschuldigungsschrift des Generalstaatsanwalts an das Ehrengericht der RAK Frankfurt/Main, 8.11.1962. Laut KÖNIGSEDER 2001, S. 223 verteidigte er Breitwieser seit 1963, allerdings belegt eine Vollmacht vom Januar 1962, dass Zarnack spätestens seit diesem Zeitpunkt als dessen Anwalt in den dem Hauptverfahren vorangehenden Ermittlungen tätig war; IfZ, Gf 03.16 Bd. 69, darin: Strafprozeßvollmacht, 5.1.1962 (Blatt 11361). Vgl. KLEE 2003, S. 62, 691.

²²³ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3143, Mitgliederakte Wolfgang Zarnack, darin u. a.: Schreiben von Wolfgang Zarnack an den Präsidenten der RAK Berlin, 18.3.1950.

²²⁴ HHStAW, Abt. 660 Nr. 526, darin u. a.: Erteilung einer Zuzugsgenehmigung für Ulrich Zarnack.

Auftreten einige negative Bewertungen erhalten hatte, war mehr Aktivität im eigenen Interesse nötig, doch schenkte die Spruchkammer seinen entlastenden Ausführungen Glauben. Zarnack war durch sein prominentes frühes Auftreten als Nationalsozialist bekannt und unbeliebt. Nur durch den Ortswechsel aus Berlin und nach langen Jahren des wiederholten Ersuchens konnte er seine Wiedenzulassung erreichen. Er bediente sich dabei für die Entschuldigung seiner Anwaltstätigkeit der gleichen Argumente wie Weimann.

2.6 Strafverteidiger zwischen Ideologie, „Dienst am Recht“ und Opportunismus

Was lässt sich also im abschließenden Vergleich der biografischen Untersuchung zu den fünf betrachteten Berliner Officialverteidigern am Volksgerichtshof aussagen? Herausgearbeitet wurde eine erhebliche Varianz in den Möglichkeiten des Agierens und ihrer Nutzung durch die Akteure. Dies gilt sowohl mit Blick auf ihre Aktivität in Partei und rechtsanwaltlichen Standesorganisationen, die von einer sehr frühzeitigen ideologischen Überzeugung und engen Einbindung wie bei Zarnack und Neubert bis hin zum Parteieintritt nach der Machtübernahme und weitgehender politischer Passivität wie bei Weimann reicht, als auch in ihrem beruflichen Wirken als Verteidiger. Über die anwaltliche Tätigkeit gibt es sehr positive Aussagen über Einsatz und Erfolg, vor allem für Behse und den seine Kontakte nutzenden Zarnack. Zugleich existieren allerdings Belege für ein ausbleibendes Engagement und scharfe Kritik daran, wie bei Weimann. Für den sich unpolitisch darstellenden Anwaltsfunktionär Ranz konnten dessen Bemühen um Aufnahme in die SS und der Wunsch zur Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Soldat nachgewiesen werden. Auf der anderen Seite zog sich Behse bewusst von der Verteidigung am Volksgerichtshof zurück und wirkte fast ausschließlich vor dem Reichskriegsgericht, wo die Tätigkeit unter weniger starken Einschränkungen und Belastungen von Seiten der Senatspräsidenten litt. Die individuellen Handlungsspielräume, die sich beispielsweise aus der politischen Betätigung für den Nationalsozialismus vor 1933 und in der Anfangszeit der Diktatur ergaben, konnten durch die biografische Perspektive der Tätergeschichte gezeigt werden und wurden sehr verschieden genutzt. Zusammenfassend wird daher dargestellt, welche Aussagen über die Motivation der Anwälte für ihr jeweiliges Handeln während des Nationalsozialismus möglich sind.

Wolfgang Zarnack und Reinhard Neubert waren schon vor 1933 überzeugte Nationalsozialisten. Sie engagierten sich anwaltlich für die Partei oder im BNSDJ, waren mit hochrangigen Funktionären persönlich vertraut und 1933 bereit, um Funktionen in der Anwaltschaft zu übernehmen. Beide können ausweislich ihrer Publikationen beziehungsweise ihres Handelns im April 1933 als überzeugte Antisemiten angesehen werden. Von ihrem nationalsozialistischen Engagement profitierten sie maßgeblich: Neubert wurde Präsident der Reichsrechtsanwaltskammer und einer der führenden anwaltlichen Funktionäre in Staat und Partei. Zarnack wurde

deutlich früher als üblich zum Notar ernannt, bekam lukrative treuhänderische Aufträge durch den Staat erteilt und konnte seine persönlichen Beziehungen für die erfolgreiche Kanzlei-führung nutzbar machen. Sie waren Nutznießer des Regimes – unabhängig davon, ob ihre ideo-logische Überzeugung mangels widersprechender Belege bis zuletzt anzunehmen ist oder ob eine Abkehr nach 1935 stattfand, wie sie Zarnack behauptete. Sofern dieser Darstellung gefolgt wird, ist für die zehn folgenden Jahre der NS-Zeit Zarnacks Verhalten dennoch als opportunistisch zu bewerten, da er persönlich und wirtschaftlich von seiner früheren Stellung in der Partei, SA und Anwaltschaft Nutzen zog, auch wenn er diesen unter anderem seiner Verteidigungsarbeit und seinen Mandant:innen zugutekommen ließ.

Werner Ranz scheint zunächst ein weitgehend unpolitischer Funktionär gewesen zu sein, der sich ausschließlich mit standesrechtlichen und bürokratischen Aufgaben der Rechtsanwaltskammer beschäftigte, darüber hinaus großen karitativen Einsatz zeigte und ab 1939 aufgrund der Einziehung zum Kriegsdienst keine Möglichkeit mehr hatte, als Anwalt unstandesgemäß zu wirken. In dieser Darstellung folgte ihm die Spruchkammer und sowohl wirtschaftlich wie auch persönlich ist er nicht als herausragender Nutznießer der NS-Diktatur zu bezeichnen. Allerdings ist auf seine Mitgliedschaft in der SS hinzuweisen, um die er sich 1938 bemühte und für deren Aufnahme er sich eindeutig antisemitisch äußerte und entsprechendes Engagement in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zuschrieb. Wie bei den anderen Anwälten zeigte sich bei ihm kein widerständiges Handeln und ausweislich beispielsweise seiner Begeisterung zum Kriegseinsatz 1939 war seine Motivation um ein Vielfaches stärker durch nationalsozialistische Ideologie als durch oppositionelles Denken geprägt. Diese Überzeugung ist, neben situativer Anpassung in unterschiedlichem Ausmaß, als gemeinsame handlungsleitende Motivation der drei Anwälte auszumachen, welche ausschließlich auf der „Liste B“ der Volksgerichtshofverteidiger geführt waren und für Pflichtverteidigungen im allgemeinen Fall nicht zur Verfügung standen. Auch in dieser untersuchten Gruppe lässt sich daher der Befund unterstreichen, dass eine biografische Entwicklungslinie nicht simpel etwa anhand der Alterskohorte oder generationeller Zugehörigkeit festgemacht werden kann.²²⁵

Rudolf Behse, der zugleich auf der Liste der Verteidiger „für besonders vertrauliche Fälle“ und auf der allgemeinen „Liste A“ verzeichnet ist, war zwar schon vor 1933 der Partei beigetreten, hatte sich aber in keiner Weise politisch betätigt und außer als Mitglied der Rechtsanwaltskammer Berlin keine Ämter übernommen. Die Verteidigung vor dem Volksgerichtshof gab er in den letzten Jahren zugunsten des Reichskriegsgerichts auf und wurde für seine Verteidigungen dort sehr positiv bewertet. Für ihn dürfte am stärksten zutreffen, „dass ihm der Dienst am Recht oberstes Gebot war“, wie es der Vorstand der Rechtsanwaltskammer Köln in einem

²²⁵ Vgl. WILDT 2008, S. 31f.

Schreiben an den nordrhein-westfälischen Landesjustizminister formulierte. Behses Motivation war vermutlich der rechtsanwaltliche Beruf, die Tätigkeit als Verteidiger um des besten Schutzes seiner Mandant:innen willen: „Worauf ich aber nicht verzichten kann, ohne dass mir das Leben nicht mehr lebenswert wäre, das ist die Wiedererlangung meines Berufs. Ich habe ihn aus starkem Bedürfnis erwählt, ihn immer leidenschaftlich geliebt“.²²⁶ Innerhalb der untersuchten Gruppe distanzierte er sich am bewusstesten vom Staat, ohne dass dabei jedoch ein offenes Moment des Widerstands zutage getreten wäre.

Arno Weimann war der Anwalt, der als Vergleich der Liste jener Pflichtverteidiger untersucht wurde, denen keine explizite „besondere politische Zuverlässigkeit“ attestiert wurde. Dessen ungeachtet erhielt er, ohne irgendwelche Ämter innezuhaben, Pflichtmandate für eine Reihe hochrangiger Angeklagter der Widerstandsprozesse infolge des 20. Juli 1944 und schon zuvor anderer Regimegegner:innen. In diesen setzte er sich für die von ihm zu verteidigenden Angeklagten kaum ein und bemühte sich wenig um eine standesgemäße Vertretung vor Gericht. Allerdings äußerten sich in der Nachkriegszeit nicht wenige Personen positiv über seine rechtsanwaltliche Arbeit und sein Engagement in ihren Verfahren. Demzufolge fand eine Verteidigung dann sein Interesse, wenn sie ihm von Nutzen war, sei es finanziell oder durch Steigerung seines Ruhms als fähiger Strafverteidiger. Wenn ihm hingegen bei allzu beherzter Verteidigung Gefahren von Seiten des Gerichts und Staates auch nur abstrakt denkbar zu drohen schienen, unterließ er selbige. Weimann war ein um den eigenen Vorteil und insbesondere um seinen Ruf bemühter Opportunist, sowohl vor wie nach Kriegsende. Dem NS-Staat gegenüber verblieb er weitgehend in Passivität und ließ sich von diesem in die Legitimationsbemühungen des Rechtswesens durch die Beibehaltung formaler Verteidigung einbinden, da er sich hiervon mehr versprochen zu haben scheint als von der Ablehnung oder Verweigerung der Übernahme entsprechender Officialverteidigungen.

3. Rechtsanwaltslisten – Zu Hintergrund und Entstehung der „Liste B“

Um nach dem biografischen Fokus, der die inhaltliche Grundlage liefert, an den Ausgangspunkt des Forschungsinteresses zurückzukehren und die untersuchungsbegründende Quelle einordnen zu können, sind für deren kritische Analyse Informationen zum Hintergrund und vergleichbaren Auflistungen zu geben. Zunächst ist die Existenz einer solchen Rechtsanwaltsliste prinzipiell nicht überraschend. Bereits die Reichsrechtsanwaltsordnung von 1878 bestimmte, dass die Befugnis zur Anwaltstätigkeit erst mit der Eintragung in eine entsprechende Liste be-

²²⁶ LA NRW, NW 0252 Nr. 31, Personalakte Rudolf Behse, darin: Schreiben der RAK Köln an den Landesjustizminister von NRW, 18.8.1949 und Antrag von Rudolf Behse an den Landesjustizminister auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim LG und AG Köln, 27.1.1949. Die Formulierung vom „Dienst am Recht“ stammte, sicherlich ohne dass die RAK Köln durch ihre Nutzung eine entsprechende politische Position verbinden wollte, aus der Präambel der Anfang 1936 bekanntgemachten neuen Fassung der RRAO.

gann. Daher war „[b]ei jedem Gericht [...] eine Liste der bei demselben zugelassenen Rechtsanwälte zu führen.“ Wenn einer Partei in einem Rechtsstreit ein Anwalt als Pflichtverteidiger beigeordnet wurde, so erfolgte dessen Auswahl aus den beim Gericht zugelassenen Rechtsanwälten, das heißt aus der Menge der in dieser Liste geführten Personen.²²⁷ Bezüglich dieser Beiordnung konnten Beschuldigte durchaus, etwa in Fällen nach dem Armenrecht, die Beauftragung eines bestimmten Anwalts beantragen beziehungsweise konnten Anwälte beantragen, als Pflichtverteidiger für einen bestimmten Prozess bestellt zu werden. Öffentliche Anwaltsverzeichnisse existierten also auch für Beschuldigte und andere Personen, die auf der Suche nach einem Anwalt waren. Ob die Senats- oder Kammervorsitzenden dem folgten und wie in anderen Fällen die Officialverteidiger für einzelne Verfahren ausgewählt wurden, unterschied sich je nach Gerichtsbezirk und -praxis.²²⁸ Verteidiger des Volksgerichtshofs waren nicht bei diesem als Rechtsanwälte zugelassen, sondern bei dem jeweiligen OLG, in dessen Bezirk der VGH seine Sitzungen abhielt. Entsprechend gab es keine gesonderte Liste der zugelassenen Anwälte.²²⁹ Die Auflistung am Volksgerichtshof ähnelt vielmehr den Verzeichnissen, welche aus sachlichen Gründen für spezielle Verfahrensarten oder Sachgebiete bei den Gerichten geführt wurden, um in diesen Fällen spezifisch befähigte Strafverteidiger beiordnen zu können. Hinzu kommt, dass Rechtsanwälte die Übernahme von Pflichtverteidigungen grundsätzlich ablehnen konnten, wodurch die Notwendigkeit entstand, Verzeichnisse der Anwälte zu führen, die sich dazu bereit erklärten.²³⁰ Die Liste der Officialverteidiger am Volksgerichtshof entstammt ihrer Grundidee nach daher einer in der Justiz üblichen bürokratischen Praxis.

Im Nationalsozialismus besonders war die Erstellung von Verteidigerlisten, für welche die Anwälte vor allem nach ihrer politischen Einschätzung ausgewählt wurden. Belege dafür gab es ab dem Jahr 1935. Der Präsident des Kammergerichts erklärte darin, dass die Senatspräsidenten in Fällen von Hoch- und Landesverrat nur solche Anwälte zu Pflichtverteidigern bestellen würden, „die auf ihren Antrag nach besonderer Prüfung ihrer Zuverlässigkeit in eine besondere Lis-

²²⁷ Reichsrechtsanwaltsordnung in der Fassung vom 1.7.1878 (Dt. RGBl., Bd. 23/1878, S. 177–198), § 20, § 36.

²²⁸ Während Rechtsanwalt Waldemar Eberhardt in einem Schreiben vom 9.11.1936 an das RMJ betonte, dass die Beiordnung des gewünschten Anwalts „erster Grundsatz“ sei, wurde einer solchen Bitte „[n]ach der Übung der Bremer Gerichte“ nicht entsprochen. Stattdessen wurden Verfahren nach der alphabetischen Folge der zugelassenen Anwälte des Rechtsanwaltsverzeichnisses beziehungsweise nach dem Datum ihrer Zulassung zugeordnet und nach Erschöpfung der Liste wieder an ihrem Anfang begonnen; BArch, R 3001/21079, darin u. a.: Schreiben der Kanzlei Frick/Bellmer/Hobelmann an das RMJ, 18.6.1936 und Schreiben des Präsidenten des LG Bremen an den Präsidenten des Hanseatischen OLG in Hamburg, 5.8.1936.

²²⁹ BArch, R 3016/86, darin: Schreiben von RMJ Thierack an den VGH-Präsidenten Freisler, 7.5.1943. Anders war dies etwa beim Reichsgericht, vor welchem Rechtsanwälte eine Singularzulassung hatten. Die Anwälte des Reichsgerichts bildeten eine eigene Rechtsanwaltskammer; RRAO in der Fassung vom 1.7.1878 (Dt. RGBl., Bd. 23/1878, S. 177–198), § 100 und RRAO in der Fassung vom 21.2.1936 (RGBl Teil I, Nr. 15/1936, S. 107–118), § 108. Der VGH, der in der Regel in Berlin tagte, führte vor allem mit fortschreitendem Kriegsverlauf zunehmend Verhandlungen auch in anderen Städten durch.

²³⁰ Es gab beispielsweise innerdienstliche Verzeichnisse von Verteidigern für Jugendliche; BArch, R 3016/86, darin: Schreiben des RMJ, 18.7.1944. BArch, R 3001/21079, darin: Schreiben des Präsidenten des LG Bremen an den Präsidenten des Hanseatischen OLG in Hamburg, 5.8.1936.

te eingetragen worden sind.“²³¹ Später wurden interne Listen auch nötig, weil die Vertretung jüdischer Beschuldigter aus Sicht des Staates in der Regel nicht durch einen „arischen“ Anwalt erfolgen sollte, zugleich aber in bestimmten Fällen, darunter etwa Hochverratsachen, die Verteidigung durch einen jüdischen Konsulenten noch weniger gewünscht war. Im Fall des Kammergerichts ist bekannt, dass eine solche Liste von Anwälten, „die als besonders zuverlässig zu betrachten sind“ „nach Anhörung des NSRB“ geführt wurde. Ein Vorteil aus Sicht des Gerichts war, dass bei der Beiordnung eines Anwalts aus dieser Liste für die Wahlverteidigung jüdischer Beschuldigter nicht in jedem Fall wieder „das Einverständnis einer Parteidienststelle“ notwendig war und eine Einzelfallgenehmigung entbehrlich wurde.²³² Die Beteiligung des NSRB fand in ähnlichen Situationen auch andernorts statt, etwa 1935/36 in Baden.²³³ Diesen Unterlagen ist also die nationalsozialistische Praxis der Aufstellung von innerdienstlichen Rechtsanwaltslisten nach dem Gesichtspunkt politischer Zuverlässigkeit unter Heranziehung des NSRB in unterschiedlichen Kontexten zu entnehmen. An keiner Stelle findet dabei eine nähere Bestimmung statt, was unter der „politischen Zuverlässigkeit“ zu verstehen war; diese Entscheidung lag jeweils im Ermessensspielraum der die Liste erstellenden und bearbeitenden Behörde oder Person.

Die „Liste B“,²³⁴ die spezifisch für den Volksgerichtshof erstellt wurde, kann also das Ergebnis dieser politischen Bewertungspraxis gewesen sein. Ab wann sie bestand, ist nicht sicher bekannt. Durchaus möglich ist, dass die Liste der Pflichtverteidiger am Volksgerichtshof, mit oder ohne die „Liste B“, mit der Liste identisch ist, auf welche der Kammergerichtspräsident im obigen Schreiben vom September 1935 verwies. Da das KG nur dann in Fällen von Hoch- und Landesverrat tätig wurde, wenn der Oberreichsanwalt die Strafverfolgung an dessen Staatsanwaltschaft abgegeben hatte oder wenn der VGH ihm die Verhandlung und Entscheidung überwies, ist plausibel vorstellbar, dass die beim KG zur Auswahl verwendete „besondere Liste“ mit einer entsprechenden Liste des Volksgerichtshofs identisch war, aus der später die im Landesarchiv vorliegende Quelle hervorging. Gestützt wird diese Vermutung durch die Anga-

²³¹ BArch, R 3001/21079, darin: Schreiben des Präsidenten des KG Berlin an das RMJ, 30.9.1935.

²³² BArch, R 3001/21079, darin u. a.: Schreiben des Präsidenten des KG Berlin an das RMJ, 17.1.1939. Umgekehrt gab es gleichermaßen Verzeichnisse der „jüdischen Rechtsanwälte“ oder eine „Liste der nichtarischen Rechtsanwälte, Mischlinge bis zu 50%“ von 1936 und 1939 eine „Liste der endgültig zugelassenen jüd. Konsulenten für den LG-Bezirk Berlin und der bis zum 31.03.1939 befristet zugelassenen Konsulenten“; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 65, 66 und 68.

²³³ Dort wurde eine „Liste von Rechtsanwälten, die zur Vertretung von Behörden in Betracht kommen“ erstellt, da es zuvor Beschwerden gegen Anwälte gegeben hatte, „gegen deren Persönlichkeit vom natsoz. Standpunkt [aus] Beanstandungen zu erheben [sind].“ Die Idee, den Vorstand der RAK damit zu beauftragen, wurde verworfen, weil diesem nicht zugemutet werden sollte, „Werturteile über Mitglieder der Kammer stellen zu müssen.“ Im Ergebnis erklärte sich der Gauführer des NSRB dazu bereit und erstellte den ersten Entwurf einer entsprechenden Aufstellung; Tagebuch des RMJ Gürtner vom 4.1.1936–5.1.1937, in: Taube Archive of the International Military Tribunal in Nuremberg, GB Exhibit 516, Box 21, H-4038 (= PS-3758), darin: Eintrag vom 18.12.1936, online unter: <https://purl.stanford.edu/wp378tw1583> [11.12.2024].

²³⁴ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 73.

be, dass für die Eintragung dort nicht nur die entsprechende politische Prüfung, sondern auch der Antrag eines Anwalts erforderlich war. Es war den Verteidigern bekannt, dass sie auf einer solchen Liste verzeichnet waren und sie konnten später den Wunsch äußern, von der Liste der Pflichtverteidiger beim Volksgerichtshof aus freier Entscheidung gestrichen zu werden.²³⁵ Nachweisbar ist, dass vor dem Mai 1936 eine Pflichtverteidigerliste am Volksgerichtshof geführt wurde: Nach Angabe des in diesem Monat zum Präsidenten des VGH ernannten Thierack hatte dieser eine solche „übernommen“. Dem gleichen Schreiben ist zu entnehmen, dass, mindestens bis 1941, das Interesse von Strafverteidigern auf Aufnahme in das Verzeichnis am VGH groß war. Es lagen 150 Aufnahmegesuche vor, wobei Thierack eher auf eine Verringerung der Zahl der Pflichtverteidiger bedacht war und durch Streichung von „ungenügenden“ Verteidigern dazu beitrug.²³⁶ Ein möglicher Grund für die generelle Motivation eines Anwalts, zu dieser begrenzten Gruppe an Verteidigern zu gehören, welche vor dem VGH vertreten durften, ist der ökonomische Mehrwert, da höhere Gebühren und Honorare verlangt werden konnten. Ein weiterer ist die Ausweitung des potenziellen Mandant:innenkreises, wodurch ein Verteidiger sich profilieren und den Erfolg seiner Praxis vergrößern konnte. Da schon die umfangreichere Anwaltsliste durch Thierack nach politischen Gesichtspunkten betrachtet und missbilligte Anwälte entfernt wurden, ergibt sich die Frage, weshalb es mit der „Liste B“ eine erneute Unterteilung in noch politisch zuverlässigere Anwälte benötigte. Diese Frage bleibt offen.

Außerdem ist vor der Detailbetrachtung der Archivüberlieferung darauf zu verweisen, dass der Zusatz „Berliner“ Officialverteidiger darauf nicht ohne Grund zu finden ist. Verteidiger vor dem Volksgerichtshof mussten nicht notwendigerweise in Berlin als Rechtsanwalt zugelassen sein. Aus Verfügungen des Präsidenten des Volksgerichtshofs ist ersichtlich, dass es daher zwei solcher Listen gab. Eine „Liste I“ mit 88 Personen sowie eine „Liste II“ für die Pflichtverteidiger des VGH, welche in anderen OLG-Bezirken zugelassen waren, die insgesamt 123 Personen umfasste (Stand April 1943). In der internen Kommunikation wurde, zumindest in manchen Fällen, zur Unterscheidung von Anwälten, die ein bestimmter Vorgang betraf, deren Zugehörigkeit zu einer der beiden Listen angegeben.²³⁷

²³⁵ Der Rechtsanwalt Knie beantragte 1941 seine Streichung von der Liste, da er die Verhandlungsführung des Präsidenten des zweiten Senats als nicht sachgemäß und sich in seinem Recht auf ein freies Plädoyer beschnitten empfand; BArch, R 3001/21079, darin: Schreiben von Rechtsanwalt Dr. Knie an den VGH-Präsidenten, 24.2.1941. Weimann äußerte später, dass die Anwälte „in die inneren Gesichtspunkte [nicht] hineinschauen konnte[n].“ Seines Erachtens bestand die Liste der Pflichtverteidiger am VGH „von Anfang an“; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Notiz betreffend Rücksprache mit Arno Weimann, 15.7.1949.

²³⁶ BArch, R 3001/21079, darin: Schreiben von VGH-Präsident Thierack an den RMJ, 12.5.1941.

²³⁷ BArch, R 3016/102, darin u. a.: Vermerk und Verfügung, 8.2.1941; Verfügung, 16.1.1942. Vgl. KÖNIGSEDER 2001, S. 165. Die vorliegende „Liste A“ der Berliner Officialverteidiger umfasste 88 Personen und ist daher mit „Liste I“ gleichzusetzen. Es handelte sich um die OLG-Bezirke Breslau, Augsburg, Dresden, Graz, München, Nürnberg, Stuttgart, Wien und Innsbruck; BArch, R 3016/86, darin: Verfügung über ein Schreiben an sämtliche Pflichtverteidiger des VGH, 28.4.1943.

Eine „Liste B“ wird in den Akten jedoch nicht erwähnt. Diese Teilliste von Verteidigern für Verhandlungen des VGH, „in denen besondere politische Zuverlässigkeit des Verteidigers erforderlich“ war, scheint ein Spezifikum darzustellen, das bisher noch nicht untersucht wurde. Die beiden vorhandenen Exemplare²³⁸ werden daher im Folgenden insbesondere mit Blick auf ihren Entstehungszeitpunkt und den Anlass ihrer Erstellung und Verwendung ausgewertet. Auf der von KÖNIG zitierten und auf 1944 datierten schreibmaschinenschriftlichen Liste finden sich insgesamt 88 Anwälte auf „Liste A“ sowie die zehn Anwälte der „Liste B“, darunter die fünf ausschließlich dort geführten Personen. Neben den Namen sind deren Adressen angegeben sowie die zusätzlichen Angaben „verstorben“ oder „jetzige Anschrift nicht bekannt“. Manche Namen sind mit einem handschriftlichen Kreuz gekennzeichnet. Eine Datierung ist diesem Exemplar nicht zu entnehmen. Da den Adressangaben neben Berlin ungefähr 20 weitere Städte zu entnehmen sind, ist schnell ersichtlich, dass diese Auflistung der „Berliner Rechtsanwälte“ nach 1945 getippt wurde. Der Zeitraum der Erstellung kann anhand der Adressen, sofern diese zum Zeitpunkt der Erstellung korrekt waren, auf etwas mehr als ein Jahr zwischen Mitte Juni 1954 und Anfang November 1955 eingegrenzt werden.²³⁹ KÖNIGS Angabe ist für das materielle Zeugnis dieser Liste demnach zu korrigieren. Anhand der handschriftlichen Kreuze ist außerdem festzustellen, dass die Liste zwischen Februar 1970 und Februar 1974 noch einmal mit einer Angabe zum Tod der aufgeführten Anwälte aktualisiert wurde, zu dieser Zeit also noch genutzt wurde und ein Interesse an ihrer Korrektheit bestand.²⁴⁰

Die zu korrigierende Angabe KÖNIGS übernahm dieser wahrscheinlich von der im Landesarchiv Berlin darauffolgenden Signatur. Diese enthält eine personell identische Anwaltsauflistung, auf der für alle Personen Berliner Adressen angegeben sind. Es finden sich maschinell auch der Vermerk, welche Anwälte der „Liste A“ „eingezogen zur Wehrmacht“ waren, sowie zahlreiche handschriftliche Adresskorrekturen und Anmerkungen aus mindestens vier verschiedenen Stiften, das heißt von vier verschiedenen Personen und/oder zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Bei den hier untersuchten Anwälten wurden Änderungen sowohl mit einem Bleistift als auch mit Kugelschreiber eingefügt. Vor allem findet sich in dieser Akte zudem ein Schreiben eines Landgerichtsdirektors am Volksgerichtshof, der die Liste mit Datum vom 6. März 1944 an den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Berlin, Neubert, in Reaktion auf eine vorige Anfrage von

²³⁸ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 72 und 73. Vgl. KÖNIG 1987, S. 139, 143 Anm. 103. Die Listen sind als Teil einer Abgabe 1984 ins Landesarchiv Berlin gelangt. Ich danke Herrn Michael Albrecht für diese Auskunft.

²³⁹ Weimann war erst ab dem 14.6.1954 in der Berliner Olympischen Straße wohnhaft und als Anwalt tätig, Behse wiederum verlegte vor dem 5.11.1955 den Sitz seiner Kanzlei von der angegebenen Kamekestraße 1 in den Kaiser-Wilhelm-Ring 24; LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann und LA NRW, BR-PE Nr. 10259, Personalakte Rudolf Behse, darin: Vermerk im Personalbogen, 5.11.1955. Eine Betrachtung der Angaben der knapp 90 anderen Anwälte könnte diesen Zeitraum ggf. weiter einschränken.

²⁴⁰ Bei Ranz wurde das Versterben durch ein Kreuz markiert, bei Behse wurde kein Kreuz eingefügt.

dort sandte.²⁴¹ Möglicherweise geschah dies aufgrund des Verlusts von Unterlagen der Rechtsanwaltskammer Berlin, die am 22. November 1943 ausgebombt wurde. Beinahe alle Akten seien dabei verbrannt und für die Rekonstruktion wurde nach Bezug endgültiger Büroräume um die Übersendung von Abschriften gebeten.²⁴² Bei dieser Abschrift im März 1944 wurden die Angaben allerdings nicht aktualisiert. An der für Weimann angegebenen Adresse, Berliner Straße 99, war er nur bis zum 23. November 1943 wohnhaft. Ab dem 1. Dezember des Jahres wohnte er nach eigener Angabe für ein halbes Jahr im Braunen Weg 8.²⁴³ Als *terminus ante quem* für die Aufstellung der „Liste B“ ist daher der November 1943 bestimmbar. Der Urheber der Liste ist dem Dokument nicht zu entnehmen. Entsprechend der dargestellten Praxis lässt sich jedoch begründet vermuten, dass neben der Gerichtsverwaltung auch die Reichs- oder Gauleitung des NSRB, Fachgruppe Rechtsanwälte, mindestens durch ihr Einverständnis beteiligt war, wenn sie nicht selbst mit zur Zusammenstellung beitrug. Inwieweit die Rechtsanwaltskammer Berlin oder die Reichsrechtsanwaltskammer im Prozess mitwirkten, kann ebenso wenig belegt werden. Da neun der zehn Anwälte der „Liste B“ Mitglieder der RAK Berlin waren, ist ein gewisses Maß der Beteiligung plausibel anzunehmen, aber durch die personelle Teilidentität mit dem NSRB nicht zwingend notwendig gewesen.²⁴⁴

Wie auch die 1954/55 abgeschriebene Liste wurde dieses Exemplar nach Kriegsende wiederholt bearbeitet und aktualisiert. Dabei entsprechen die Ergänzungen mit Kugelschreiber den Adressen, welche im späteren Exemplar maschinenschriftlich geführt sind, sodass diese Anmerkungen zeitgleich mit der Abschrift der Liste zwischen Juni 1954 und November 1955 erfolgt sein dürften. Die handschriftlichen Ergänzungen mit Bleistift wurden vor dem Juni 1954, allerdings aufgrund der Angabe der Zulassung Weimanns nach Oktober 1949 vorgenommen. Offen muss trotz dieser präziseren zeitlichen Verortung bleiben, zu welchem Zweck die Liste nach Kriegsende abgeschrieben wurde und welches Interesse hinter den angestellten Nachforschungen zu den einzelnen Anwälten stand. Eine Erklärung für die 1954/55 aufkommende

²⁴¹ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 73.

²⁴² BArch, R 3016/86, darin: Rundschreiben der RRAK, der RAK Berlin und der RAK Potsdam, 25.11.1943; LA Berlin, B Rep. 031-02-01 Nr. 12642/1+2, Entnazifizierungsakte Reinhard Neubert, darin: Schreiben von Elfriede Staeger an Margarete Neubert, o. D.

²⁴³ LA Berlin, B Rep. 068 Nr. 3818, Personalakte Arno Weimann, darin: Schreiben von Arno Weimann an die Entnazifizierungskommission der Stadt Berlin, Bezirksamt Charlottenburg, 23.1.1948. Mutmaßlich wurde seine Wohnung einen Tag nach der RRAK ebenfalls durch einen Luftangriff zerstört.

²⁴⁴ Mindestens unglücklich ist die auf Basis von KÖNIG 1987, S. 139 stets verbreitete Aussage, dass die Zusammenstellung der VGH-Liste „auf Empfehlungen der Anwaltskammern zurück[ging].“ KÖNIG bezieht sich auf eine Aussage Weimanns nach dem Krieg, in welcher dieser vom Hörensagen wiedergab, wie die Beauftragung von Verteidigern im Jahr 1934 erfolgt sein soll. Inwieweit die (R)RAK daran mitwirkte, ist außer dieser Angabe Weimanns aus zweiter Hand den Quellen nicht zu entnehmen, selbst wenn später für die Genehmigung eines Wahlverteidigers eine Anfrage an die RAK gerichtet wurde. Für den frühen Zeitpunkt kurz nach Gründung des VGH 1934 ist wohl auch zutreffend, dass ein Antrag des Rechtsanwalts „nicht erforderlich“ war, später galt das aber, wie gezeigt, nicht mehr. Dass KÖNIG die Liste von 1944 aufgrund dieser Aussagen Weimanns auf die ganze Dauer der Existenz des VGH zurückprojiziert, ist kritisch zu bewerten und sollte nicht einfach so angenommen werden.

Aufmerksamkeit, zumal da die Originalliste zuvor bereits bekannt gewesen sein muss, ist nicht evident und wäre spekulativ.

4. Fazit

Abschließend werden die zentralen Erkenntnisse zusammengeführt, welche durch die vorliegende Untersuchung gewonnen wurden. Dazu wird zunächst die Frage nach der praktischen Relevanz der spätestens 1943 erstellten Liste der politisch besonders zuverlässigen Berliner Offizialverteidiger des Volksgerichtshofs beantwortet. Daraufhin wird eruiert, inwieweit die angewandte tätergeschichtliche Perspektive einen Mehrwert für die Erforschung der Anwalts-geschichte bietet und welche Potenziale für künftige Forschungen bestehen.

Durch die Verbindung des biografischen Untersuchungsteils von Anwälten der drei verschiedenen Gruppen, in welche sich die Pflichtverteidigerliste des VGH gliedert, mit deren zeitlicher Verortung und ihrer inhaltlichen Einbindung in die Justizpraxis des Nationalsozialismus lässt sich eine Antwort darauf geben, welche Bedeutung dieses Behördendokument im „Dritten Reich“ für sich beanspruchen kann. Die drei nur für Pflichtverteidigungen mit „besonderer politischer Bedeutung“ beizuordnenden Anwälte verband ihre besonders enge Verbindung zum NS-Regime durch politische Ämter und Funktionen in den Standesorganisationen. Für Wolfgang Zarnack, Reinhard Neubert und Werner Ranz konnte eine gegenüber den vergleichend betrachteten Verteidigern verstärkte ideologische Überzeugung als handlungsleitende Motivation herausgearbeitet werden. Deren nationalsozialistische Einstellung wurde durch die Zuschreibung politischer Verlässlichkeit offensichtlich wahrgenommen und anerkannt. Rudolf Behse wurde aufgrund seiner formalen Einbindung in Partei- und Standesorganisation als frühes NSDAP-Parteimitglied und Mitglied der Rechtsanwaltskammer Berlin ebenfalls als politisch zuverlässig eingeschätzt. Aufgrund seiner Spezialisierung vertrat er auch reguläre Mandate vor dem Volksgerichtshof, zog sich dann aber zunehmend zurück und ging auf Distanz. Seine Motivation war weniger weltanschaulich als vielmehr berufsethisch basiert. Arno Weimann, spezialisierter Strafverteidiger und damit „Experte“ für die anwaltliche Tätigkeit vor dem VGH wurde „nur“ auf der „Liste A“ geführt. Er verbrachte die NS-Zeit in opportunistischer Äquidistanz zum NS-Staat: Wenn es ihm nützte, näherte er sich diesem an, wenn dem nicht so war, verteidigte er im Interesse seiner Mandant:innen – und im Interesse seines anwaltlichen Rufs und der Kanzlei. Ämter in Staat, Partei oder Standesorganisationen übernahm er dabei nie. Hierin dürfte der Grund zu sehen sein, weshalb er auf der „Liste B“ nicht erscheint: Ausschlaggebend waren nicht anwaltliche Leistung, Kompetenz oder Spezialisierung, sondern die wahrgenommene inhaltliche Nähe zum Staat, die sich in Ämtern und Funktionen zeigte.

Nachdem bekannt ist, nach welchen Kriterien die Liste zusammengefügt wurde, lässt sich zu ihrer Relevanz sagen, dass diese höchstens eine marginale gewesen sein kann. Für die Anwälte spielte ihre Nennung auf der Liste augenscheinlich keine Rolle, da sie etwa vor einer Einberufung in die Wehrmacht nicht schützte und nicht mit einer Unabkömmlich-Stellung verknüpft war. Der 1939 eingezogene Ranz, der für das Reichskriegsgericht – nicht den Volksgerichtshof – freigestellte Behse sowie der im Herbst 1944 zur Wehrmacht beorderte Zarnack zeigen, dass auf die Vorhaltung einer ausreichend großen Gruppe politisch zuverlässiger Pflichtverteidiger vor Ort kein besonderer Wert gelegt wurde. Umgekehrt war die Liste auch für die Arbeit des Volksgerichtshofs und seiner Senatspräsidenten, die die Pflichtverteidiger den Angeklagten beordneten, nicht in einer ersichtlichen Art und Weise relevant. Weder für Ranz oder Zarnack, die ausschließlich für „besonders vertrauliche“ Fälle beigeordnet werden wollten, noch für Behse sind Pflichtverteidigungen vor dem Volksgerichtshof bekannt, die ihnen zugewiesen wurden. Lediglich Neubert wurde in wenigen Fällen als Pflichtverteidiger für Folgeprozesse des 20. Juli ausgewählt. Dies trifft aber genauso für Arno Weimann zu, der etwa im ersten Prozess des Attentats den ranghöchsten angeklagten Militär, Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben, zu verteidigen hatte und schon zuvor im penibel vorbereiteten und geplanten Schauprozess gegen Herschel Grynszpan ausgewählt und politisch instruiert worden war. Da Weimann auf der Liste der Anwälte mit „besonderer politischer Zuverlässigkeit“ nicht zu finden war, kann diese für diese Bestellungen nicht die Entscheidungsbasis dargestellt haben, sodass ihre Bedeutung nicht geklärt werden kann.

Die negative Beantwortung der Frage zur Relevanz dieser Akte wirft mehr neue Unklarheiten auf als sie zu schließen. Warum erstellten Beamte im Volksgerichtshof eine solche Liste, wenn es kaum Hinweise dafür gibt, dass sie für die Zuweisung von Officialverteidigungen herangezogen wurde? Von welchen Personen wurde ihre Erstellung beauftragt und mit welchem Interesse – von Akteuren des Volksgerichtshofs selbst, vom NSRB, von der RRAK, vom Reichsjustizministerium oder von anderen Institutionen? Wie genau lief der Prozess der Auswahl der zehn Personen ab? Sofern nicht, wider Erwarten, neue Quellenbestände des VGH oder anderer Justizeinrichtungen gefunden werden sollten, dürften diese Fragen unbeantwortet bleiben. Dieses einzelne Dokument kann in seiner Nicht-Relevanz zeigen, wie das bürokratische Agieren des NS-Staates in der Praxis von pragmatischen Maßnahmen überlagert wurde und nicht normative Überlegungen, sondern situativ-politische Zweckmäßigkeit handlungsleitend war. Die Rechtsanwaltsliste kann als ein Beispiel gesehen werden, wie im „Dualismus von Maßnahmen- und Normenstaat“ der letztere mit zunehmender Dauer, hier 1944, in die Defensive geriet.²⁴⁵

²⁴⁵ RITTER 2007, S. 88.

Die Arbeit hat über die Rechtsanwaltsliste hinaus durch die intensive biografische Betrachtung und den Vergleich der Anwälte methodisch die Perspektive der Täterforschung eingenommen und deren Anwendbarkeit auf ein für die Täterforschung noch neues Forschungsfeld getestet. Trotz diffiziler Quellenlage ist nachzuweisen, dass Handlungsspielräume stets bestanden und auch ihre Ausweitung möglich war. Während Behse sich dazu entschied, den Volksgerichtshof und die Sondergerichte als Wirkungsstätte zu verlassen, passte Weimann sich der Situation vor Gericht an. Er war sich seiner wahrgenommenen Grenzen sehr bewusst und positionierte sich absichtlich innerhalb dieser so, dass er eine eigene Gefährdung ausschließen konnte.

Es ist also für die Anwaltsgeschichte des Nationalsozialismus im Allgemeinen und des Volksgerichtshofs im Speziellen zu konstatieren, dass es sich bei den Strafverteidigern nicht um „Marionetten“ oder „Statisten“ handelte. Sie besaßen Handlungsfähigkeit und sind aus diesem Grund als Akteure zu verstehen, mit den praktischen Folgen für die Forschung, die dies hat. Dazu zählt einerseits die intensivere Auseinandersetzung mit den einzelnen Personen, mit ihrem Auftreten und Handeln und ihrer individuellen Nähe oder Distanz zum Unrechtsregime. Die rechtsgeschichtliche Anwaltsforschung sollte ihren Fokus nicht allein auf standesrechtliche Entwicklungen oder „die“ Anwaltschaft und ihre institutionellen Vertretungen wie die Kammern richten, sondern den Einzelnen ebenso als Untersuchungsgegenstand begreifen. Andererseits bedeutet dies, dass das Individuum mit Handlungsmacht und -willen potenziell zum Täter wird. Nur wenn diese Eigenschaft den Strafverteidigern nicht von vornherein abgesprochen wird, kann ihr Agieren vor Gericht und außerhalb in den Mittelpunkt rücken. Damit ist nicht gemeint, dass eine juristische oder moralische *Verurteilung* gefordert wird. Aber es ist gewünscht, dass eine historisch-individuelle *Beurteilung* möglich wird und entsprechende Forschungen angeregt werden. Denn nur wenn wir uns durch den Vergleich mit der Vergangenheit über die Optionalität unseres gegenwärtigen rechtsstaatlichen Systems und seiner darin wirkenden Akteure bewusst sind, es anerkennen, akzeptieren und aktiv um seine Erhaltung bemühen, kann dieses Rechtssystem mit der strafrechtlichen Sanktion als *ultima ratio* die gesellschaftlich stabilisierende Wirksamkeit entfalten, die ihm zugedacht war und ist.

5. Abkürzungs-, Quellen- und Literaturverzeichnis

5.1 Abkürzungsverzeichnis

AG	Amtsgericht
BArch	Bundesarchiv
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
EGH	Ehrengerichtshof
HHSStAW	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
IfZ	Institut für Zeitgeschichte-Archiv, München
KG	Kammergericht Berlin
LA	Landesarchiv
LG	Landgericht
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OLG	Oberlandesgericht
RFSS	Reichsführer SS
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
RMJ	Reichsjustizminister/Reichsjustizministerium
(R)RAK	(Reichs-)Rechtsanwaltskammer
RRAO	Reichsrechtsanwaltsordnung
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SS	Schutzstaffel
StAH	Staatsarchiv Hamburg
UK	Unabkömmlich(stellung)
VEJ 1	Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Band 1: Deutsches Reich 1933–1937, bearb. v. Wolf GRUNER, München 2008.
VGH	Volksgerichtshof

5.2 Quellenverzeichnis

5.2.1 Ungedruckte Quellen

Wurden aus einem Bestand mehrere Signaturen für die Arbeit verwendet, so wird an dieser Stelle nur der Archivbestand genannt. Die genaue Quellenangabe erfolgt in den Anmerkungen der Arbeit. Wurde nur eine Akte eines Bestandes genutzt, so wird die genaue Signatur hier im Quellenverzeichnis aufgeführt.

Archiv der Akademie der Künste, Berlin

- VereinBK 624, Verein Berliner Künstler, Mitgliedsakte Wolfgang Zarnack.

Archiv der Hansestadt Lübeck

- 05.5 Stellbrink, Karl Friedrich: 018, Nachlass Karl Friedrich Stellbrink: Vorgänge um Haft und Prozess, Korrespondenz mit Rechtsanwalt Dr. Arno Weimann.

Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA)

- 4A KG Berlin – Kartei der Notare.
- 4A KG Pers., Personalakten des Kammergerichts Berlin.

Bundesarchiv (BArch)

- B 578, Krankenbuchlager.
- N 1166/158, Nachlass Gerhard Ritter, Korrespondenzen zur Ergänzung bzw. Berichtigung des Goerdeler-Buches.
- PERS 6/33152, Personalunterlagen von Angehörigen der Reichswehr und Wehrmacht, Personalakte Werner Ranz.
- PERS 15/3476, Verfahrensakten von Gerichten der Reichswehr und Wehrmacht, Verfahrensakte Reinhard Neubert.
- R 43-II, Reichskanzlei.
- R 55/23693, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Personalabteilung, Reinhard Neubert.
- R 3001, Reichsjustizministerium.
- R 3002/105697, Reichsgericht, Prozessakte Dr. Max Glaser vertreten durch den Testamentsvollstrecker Werner Ranz.
- R 3005/2244, Ehrengerichtshof für die deutschen Rechtsanwälte, Verfahrensakte Arno Weimann.
- R 3016, Volksgerichtshof.

- R 9361-I/4042, Sammlung Berlin Document Center, Personenbezogene Unterlagen der NSDAP, Parteistatistische Erhebung 1939, Wolfgang Zarnack.
- R 9361-II/752687, Sammlung Berlin Document Center, Personenbezogene Unterlagen der NSDAP / Parteikorrespondenz, Reinhard Neubert.
- R 9361-III/549162, Sammlung Berlin Document Center, Personenbezogene Unterlagen der SS und SA, SS-Personalakte Werner Ranz.
- Z 42-III/3980, Spruchgericht Hamburg-Bergedorf, Spruchkammerakte Werner Ranz.

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)

- Bestand 520/14 Nr. 73183, Spruchkammern: Spruchkammern Fulda, Spruchkammerakte Wolfgang Zarnack.
- Bestand 2040 Nr. 271/1+2, Rechtsanwaltskammer Frankfurt a. M., Ehrengerichtsverfahren Wolfgang Zarnack.
- Abt. 660 Nr. 526, Verwaltungsangelegenheiten der Städte und Gemeinden (Schlichtern).

Institut für Zeitgeschichte-Archiv, München (IfZ)

- Gf 03.16, Bd. 69, Gerichtsakten, Erster Frankfurter Auschwitz-Prozess.
- MA 616/21, Sammlung Walter Luetgebrune, Verfahrensakten 1917–1933, Schlesische SA-Prozesse.
- MA 1563, Nürnberger Kartei, NG-Dokumente.
- MA 1569/81, Nürnberger Dokumente, Interrogation Records, Vernehmung Wolfgang Zarnack.
- ZS 1663, Zeugenschrifttum, Arno Weimann.
- ZS 2183, Zeugenschrifttum, Wilhelm Kuebart.

Landesarchiv Berlin (LA Berlin)

- A Rep. 113 Nr. 11529, Katasteramt Wilmersdorf.
- B Rep. 025, Wiedergutmachungsämter von Berlin.
- B Rep. 031, Entnazifizierungsstellen Berlin (West).
- B Rep. 057-01 Nr. 419, Generalstaatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin.
- B Rep. 058, Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin.
- B Rep. 068, Rechtsanwaltskammer Berlin.
- C Rep. 301, Stadtgericht Berlin.
- C Rep. 375, NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (LA NRW)

- NW 1037-BIII Nr. 4098, Der Sonderbeauftragte für die Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen, Entnazifizierung Rudolf Behse.
- NW 1049 Nr. 478, Der Sonderbeauftragte für die Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen, Hauptausschuss Regierungsbezirk Köln, Entnazifizierung Rudolf Behse.
- NW 0252 Nr. 31, Justizministerium Nordrhein-Westfalen, Personalakte Rudolf Behse.
- BR-PE Nr. 10259, Personalakten von Beamten und Angestellten aus Landesbehörden, Amts- und Landgericht Köln, Personalakte Rudolf Behse.

Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945

(Online-Datenbank unter: <https://db.saur.de/DGO/login.jsf>)

- Beschwerde der PKzl. beim Reichsjustizminister über die pauschale Kritik des Präsidenten der Reichsrechtsanwaltskammer, Neubert, an der Berichterstattung des „Schwarzen Korps“ über die Anwaltschaft [...] (ID: APK-023917) [25.10.2024].
- Durch Lorenzen (PKzl.) Informierung eines Beamten im Reichsjustizministerium über einen Zwischenfall in der Volksgerichtshofverhandlung [...] (ID: APK-025728) [25.10.2024].
- GOEBBELS, Joseph: Tagebucheinträge vom 18. Juni 1928, 9. April 1929, 6. Juni 1929, 7. Juni 1929 und 11. Juni 1931 (IDs: TJS-0901, TJG-1159, TJG-1212, TJG-1213 und TJG-1885) [9.11.2024].

Staatsarchiv Hamburg (StAH)

- 241-2_153, Justizverwaltung – Personalakten, Personalakte Werner Ranz.

Taube Archive of the International Military Tribunal (IMT) in Nuremberg, 1945–46

- GB Exhibit 516, Box 21, H-4037/-4038, online unter: <https://purl.stanford.edu/yv618zn9889> / <https://purl.stanford.edu/wp378tw1583> [11.12.2024].
- RF Exhibit 11, Box 26, H-5135, online unter: <https://purl.stanford.edu/nj331pq9664> [11.12.2024].

Universitätsarchiv Greifswald

- Jur. Fak. 258, Anfragen zum Studium als Vorbedingung der Promotion, Rechtsanwalt Rudolf Behse.

5.2.2 Gedruckte Quellen

- BONHOEFFER, Emmi: Nach dem 20. Juli 1944, in: KOSLOWSKI, Jutta: Wer war Klaus Bonhoeffer? Annäherungen an einen unbekanntes Widerstandskämpfer, Gütersloh 2023, S. 502–542.
- DAS DEUTSCHE FÜHRERLEXIKON 1934–1935, Berlin 1934.
- DEGENER, Hermann (Hrsg.): Wer ist's?, Berlin ¹⁰1935.
- Dokument 3881-PS. Stenographische Niederschrift der Verhandlung vor dem deutschen Volksgerichtshof am 7. und 8. August 1944. Verfahren gegen Generalfeldmarschall von Witzleben und 7 andere Offiziere wegen des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 (Beweisstück GB-527), in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Band XXXIII: Urkunden und anderes Beweismaterial, Nürnberg 1949, S. 299–530.
- NEUBERT, Reinhard: Neujahrgedanken zum neuen Anwaltsrecht, in: Deutsche Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik 98 (1936), Nr. 1 Ausgabe A vom 3.1.1936, S. 18f.
- NEUBERT, Reinhard: Anwalt in der Politik, Berlin/Wien 1939.
- NEUBERT, Reinhard: Die neuen Maßnahmen auf dem Gebiete des Anwaltsrechts, in: Deutsches Recht 13 (1943), Heft 22 vom 29.5.1943, hrsg. v. NATIONALSOZIALISTISCHEN RECHTSWAHRERBUND, S. 593f.
- Protokoll der Verhandlung der Filmoberprüfstelle, Nr. 1946, vom 13.3.1931, online unter: <https://difarchiv.deutsches-filminstitut.de/zengut/df2tb599z.pdf> [1.12.2024].
- RANZ, Werner/BAUER, Erich/SCHAEFER-ROLFFS, Gerd (Hrsg.): Handbuch des Kösener Corpsstudenten, 4. Ausgabe, Hamburg 1953.
- RANZ, Werner: Reiseeindrücke in Südafrika, in: Deutsche Corpszeitung 69 (1968), S. 13–16.
- ZARNACK, Wolfgang: Was jeder wissen muß. Wann darf ich jemanden festnehmen?, in: Das Schwarze Korps, Folge 23 vom 7.8.1935, S. 5, abgedruckt in: VEJ 1/185, S. 466f.

5.3 Literaturverzeichnis

- BAJOHR, Frank: Neuere Täterforschung, in: Nationalsozialistische Täterschaften. Nachwirkungen in Gesellschaft und Familie, hrsg. v. Oliver VON WROCHEM, Berlin ²2016, S. 19–31.
- BRUHN, Hans-Henning: Die Rechtsanwaltschaft in der DDR. Stellung und Aufgaben, Köln 1972.
- BUCHHEIT, Gert: Richter in roter Robe. Freisler. Präsident des Volksgerichtshofes, München 1968.
- DALLIN, David: Die Sowjetspionage. Die Rote Kapelle in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49/1955, 7.12.1955.
- DÖLEMEYER, Barbara: Gleichschaltung und Anpassung der Anwaltschaft, in: Anwälte und ihre Geschichte. Zum 140. Gründungsjahr des Deutschen Anwaltvereins, hrsg. v. Deutschen Anwaltverein, Tübingen 2011, S. 265–284.
- DÖRRENBÄCHER, Simon: NS-Strafjustiz an der Saar. Nationalsozialistisches Strafrecht in der Rechtsprechung des Sondergerichts Saarbrücken 1939 bis 1945, Berlin 2023.
- DVORAK, Helge: Zarnack, Wolfgang, in: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Band I: Politiker, Teil 6: T–Z, Heidelberg 2005, S. 406f.
- FORM, Wolfgang/NEUGEBAUER, Wolfgang/SCHILLER, Theo (Hrsg.): Erschließungsband zur Mikrofiche-Edition. Widerstand und Verfolgung in Österreich 1938 bis 1945, München 2005.
- GRUCHMANN, Lothar: Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München ³2001.
- HAASE, Norbert: Der Fall „Rote Kapelle“ vor dem Reichskriegsgericht, in: Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hrsg. v. Hans COPPI, Jürgen DANYEL u. Johannes TUCHEL, Berlin 1994, S. 160–179.
- HEIBER, Helmut: Der Fall Grünspan, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5/2 (1957), S. 134–172.
- HENSLE, Michael: Volksgerichtshof, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. v. Wolfgang BENZ, Hermann GRAML u. Hermann WEIß, München ⁵2007, S. 856.
- HERBERT, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903–1989, München ⁶2016.
- HÖHNE, Heinz: ptx ruft moskau, in: Der Spiegel 28/1968, 7.7.1968.
- JUNGINGER, Horst: Die Deutsche Glaubensbewegung und der Mythos einer „dritten Konfession“, in: Zerstrittene „Volksgemeinschaft“. Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus, hrsg. v. Manfred GAILUS u. Armin NOLZEN, Göttingen 2011, S. 180–203.

- KIBENER, Michael/ROTH, Andreas: Notare in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“. Das westfälische Anwaltsnotariat 1933–1945, Baden-Baden 2017.
- KLEE, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.
- KLEIN, Horst: Der Strafverteidiger im nationalsozialistischen Staat unter besonderer Berücksichtigung seines Auftretens in Hoch- und Landesverratsprozessen, München 1996.
- KOCH, Hannsjoachim: Volksgerichtshof. Politische Justiz im 3. Reich, München 1988.
- KOCH, Willi: In memoriam! In Dankbarkeit für Erich Bauer, Werner Ranz und Rudolf Heindl, in: Einst und Jetzt. Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung 16 (1971), S. 235–240.
- KÖNIG, Stefan: Vom Dienst am Recht. Rechtsanwälte als Strafverteidiger im Nationalsozialismus, Berlin 1987.
- KÖNIG, Stefan: Zur Rolle der Berliner Anwaltschaft nach 1933, in: Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate, hrsg. v. Wolfram FISCHER U. A., Berlin 1994, S. 139–151.
- KÖNIGSEDER, Angelika: Recht und nationalsozialistische Herrschaft. Berliner Anwälte 1933–1945, Bonn 2001.
- KRAMER, Helgard: Einleitung, in: NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive, hrsg. v. Helgard KRAMER, München 2006, S. 9–26.
- KRAMER, Helgard: Tätertypologien, in: NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive, hrsg. v. Helgard KRAMER, München 2006, S. 253–309.
- KRAMER, Helmut: Schreibtischtäter und ihre vergessenen Opfer. Biographien aus der NS-Zeit und die Probleme institutionalisierter Gedenkkultur, Dähre 2022.
- LANDAU, Peter: Justiz und Rechtsanwaltschaft in der nationalsozialistischen Diktatur, in: BRAK-Mitteilungen 3/2003, S. 110–113.
- MAAS, Heiko (Hrsg.): Furchtlose Juristen. Richter und Staatsanwälte gegen das NS-Unrecht, München 2017.
- MARXEN, Klaus/SCHLÜTER, Holger: Terror und „Normalität“. Urteile des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs 1934–1945. Eine Dokumentation, Recklinghausen 2004.
- MORISSE, Heiko: Rechtsanwälte im Nationalsozialismus. Zur Funktion der Ehrengerichtbarkeit, dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg, Hamburg 1995.
- MÜHLEN, Bengt VON ZUR (Hrsg.): Die Angeklagten des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof, Berlin-Kleinmachnow 2001.
- NICOLAISEN, Carsten: Gottgläubig, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. v. Wolfgang BENZ, Hermann GRAML u. Hermann WEIB, München ⁵2007, S. 541.

- OEHLER, Christiane: Die Rechtsprechung des Sondergerichts Mannheim 1933–1945, Berlin 1997.
- OSTLER, Fritz: Die deutschen Rechtsanwälte 1871–1971, Essen 1971.
- PAUL, Gerhard: Von Psychopathen, Technokraten des Terrors und „ganz gewöhnlichen“ Deutschen. Die Täter der Shoah im Spiegel der Forschung, in: Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, hrsg. v. Gerhard PAUL, Göttingen 2002, S. 13–90.
- PAUL, Gerhard/MALLMANN, Klaus-Michael: Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung, in: Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, hrsg. v. Klaus-Michael MALLMANN u. Gerhard PAUL, Darmstadt ²2005, S. 1–32.
- PÜNDER, Tilman: In den Fängen des NS-Staates. Staatssekretär Dr. Hermann Pünder 1944/45, Münster 2018.
- RAMM, Arnim: Der 20. Juli vor dem Volksgerichtshof, Berlin 2007.
- RITTER, Ernst: Justiz und innere Verwaltung, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. v. Wolfgang BENZ, Hermann GRAML u. Hermann WEIß, München ⁵2007, S. 87–101.
- RITTER, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954.
- ROELCKE, Volker: „Täterschaft“ und Täter in der Medizin zur Zeit des Nationalsozialismus. Umriss einer Typologie unter Berücksichtigung konkreter Handlungskontexte, in: Medizintäter. Ärzte und Ärztinnen im Spiegel der NS-Täterforschung, hrsg. v. Philipp RAUH u. A., Köln 2022, S. 135–164.
- SCHÄFER, Frank: Geschichte der Bundesrechtsanwaltskammer in der Bonner Republik, in: Festschrift 60 Jahre Bundesrechtsanwaltskammer 1959–2019, hrsg. v. Reinhard GAIER, Köln 2019, S. 1–62.
- SCHRÖDER, Wolfram: Zur Geschichte der Hilfskasse, in: Anwälte und ihre Geschichte. Zum 140. Gründungsjahr des Deutschen Anwaltvereins, hrsg. v. Deutschen Anwaltverein, Tübingen 2011, S. 741–751.
- SCHULTE, Jan Erik/VOLLNHALS, Clemens: Einführung, in: Totalitarismus und Demokratie 7/2 (2010), S. 179–181.
- STAFF, Ilse: Justiz im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Frankfurt am Main/Hamburg 1964.
- WAGNER, Walter: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat. Mit einem Forschungsbericht für die Jahre 1974 bis 2010 von Jürgen Zarusky, München 2011.
- WEIß, Hermann: Alte Kämpfer, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. v. Wolfgang BENZ, Hermann GRAML u. Hermann WEIß, München ⁵2007, S. 398f.

- WELZER, Harald: Wer waren die Täter? Anmerkungen zur Täterforschung aus sozial-psychologischer Sicht, in: Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, hrsg. v. Gerhard PAUL, Göttingen 2002, S. 237–253.
- WILDT, Michael: Blick in den Spiegel. Überlegungen zur Täterforschung, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 19/2 (2008), S. 13–37.
- WILDT, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.
- ZARUSKY, Jürgen: Walter Wagners Volksgerichtshofstudie von 1974 im Kontext der Forschungsentwicklung, in: WAGNER, Walter: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat. Mit einem Forschungsbericht für die Jahre 1974 bis 2010 von Jürgen Zarusky, München 2011, S. 993–1023.